

Das Parlament

Berlin, Montag, 08. Dezember 2014

www.das-parlament.de

64. Jahrgang | Nr. 50-51 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Erster linker Ministerpräsident

Bodo Ramelow Er hat es doch geschafft – trotz aller Unkenrufe über die wacklige Einstimmen-Mehrheit von Rot-Rot-Grün im Thüringer Landtag. Der gebürtige Niedersachse Bodo Ramelow wurde am Freitag in Erfurt zum ersten Ministerpräsidenten der Linkspartei gewählt, ein historisches Ereignis 25 Jahre nach dem Mauerfall. Auf dieses Ziel hatte der 58-Jährige mehr als ein Jahrzehnt lang diszipliniert hingearbeitet. Nach der Zitterpartie mit zwei Wahlgängen wurde Ramelow von seiner Fraktion frenetisch gefeiert. Der Links-Politiker war nach der Wende von Hessen nach Thüringen gewechselt und hatte sich dort als Gewerkschaftschef einen Namen gemacht. Nach seiner Vereidigung gab sich Ramelow, Nachfolger von Christine Lieberknecht (CDU), nach Wochen harter politischer Auseinandersetzungen als Versöhner. In seiner Rede bekundete er eine „vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Opposition“ und entschuldigte sich bei den Opfern des SED-Regimes. *kru*

ZAHL DER WOCHE

46

Stimmen erreichte der Linken-Politiker Bodo Ramelow im zweiten Wahlgang bei der Ministerpräsidentenwahl am Freitag im Thüringer Landtag. Das war bei 91 Abgeordneten die Mindestzahl für die nötige absolute Mehrheit. Im ersten Wahlgang entfielen auf Ramelow nur 45 Stimmen.

ZITAT DER WOCHE

»Baustein für Rot-Rot-Grün auch in Berlin.«

Mike Mohring, Fraktionschef der CDU im Thüringer Landtag, zur neuen Koalition aus Linken, Sozialdemokraten und Grünen im Freistaat.

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Ausschüsse Vorstoß der Opposition zu mehr Öffentlichkeit Seite 5

EUROPA UND DIE WELT
Menschenrechte Bundestag debattiert über globale Durchsetzung Seite 8

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Forschung Abgeordnete sprechen über High-Tech-Strategie der Regierung Seite 12

KEHRSEITE
Bundestag Israelischer Historiker Avineri analysiert Lage im Nahen Osten Seite 14

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Kehrt, marsch marsch!

AFGHANISTAN Das Isaf-Mandat endet, aber die Bundeswehr soll mit einer Ausbildungsmission bleiben

Es ist eine Zäsur: Mit dem Auslaufen des Mandats der „Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe“ in Afghanistan (Isaf) endet zum Jahreswechsel ein Kampfeinsatz der Bundeswehr, der wie kein zweiter das außen- und sicherheitspolitische Selbstverständnis der Bundesrepublik berührt und wohl auch verändert hat. Und doch soll die Truppe weiter Präsenz am Hindukusch zeigen – nunmehr allerdings verkleinert auf bis zu 850 Soldaten und mit dem Fokus auf Ausbildung und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte, die selbst die Verantwortung für die Sicherheit im Lande tragen sollen. So jedenfalls sieht es der Antrag der Bundesregierung (18/3246) zur Beteiligung an der Nato-geführten „Resolute Support Mission“ (RSM) vor, über den die Abgeordneten am vergangenen Freitag debattierten. Zugleich beschloss der Bundestag, dass das vom Krieg verwüstete Land auch nach dem Abzug der Isaf-Truppen weiterhin umfangreiche Entwicklungshilfen erhalten soll.

„Wenn Afghanistan jemals auf eigenen Füßen stehen will, dann braucht es Unterstützung“, sagte Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD). Deutschland werde das Land in den kommenden beiden Jahren mit jährlich 430 Millionen Euro für zivile Aufbauhilfen und ab 2015 mit 150 Millionen Euro jährlich für die Finanzierung der Sicherheitskräfte unter die Arme greifen. Mit dem Auslaufen von Isaf „endet die internationale Unterstützung nicht abrupt, sondern sie bekommt ein neues Gesicht“, sagte Steinmeier. RSM sei kein Kampfeinsatz, sondern folge der Philosophie, die Afghanen zu befähigen, selbst für die Sicherheit im Land zu sorgen.

Mandat Der geplante Bundeswehreintritt stieß bei der Opposition auf harsche Kritik: Frithjof Schmidt (Grüne) bezeichnete das Mandat als „gefährlich unklar“ – weder fuße es bisher auf einem UN-Mandat, noch lege es sich explizit auf ein Datum zum endgültigen Abzug fest. Schmidt warnte vor der Gefahr, dass Bundeswehrsoldaten im Rahmen von RSM in „komplizierte Kampfeinsätze“ verwickelt werden könnten. Ohne klare Exit-Strategie drohe ein „Abrutschen auf schiefer Ebene in einen neuen längerfristigen Einsatz.“ Auch Wolfgang Gehrcke (Die Linke) kritisierte, dass die „Resolute Support Mission“ kein Abzugsmandat sei, sondern ein Mandat dafür, dass der „Krieg womöglich fortgesetzt wird“. Gehrcke forderte zudem die Abgeordneten auf, „schonungslos Rechenschaft“ über



Einpacken: Afghanische Soldaten rollen bei Masareh Sharif den „Roten“ Teppich nach einem Besuch von Verteidigungsministern Ursula von der Leyen (CDU) ein. © picture-alliance/dpa

die deutsche Beteiligung an Isaf abzulegen. Deutschland habe am Hindukusch nicht seine Sicherheit verteidigt, sondern einen Krieg geführt. „Ein Krieg gegen den Terror ist nicht zu gewinnen“, die Terrorgefahr habe seit 2001 zugenommen. Das sei die zentrale Erkenntnis des Einsatzes, sagte Gehrcke.

Thomas Silberhorn (CSU), parlamentarischer Staatssekretär im Entwicklungsministerium, machte deutlich, dass es „ohne Entwicklung keinen Frieden, und umgekehrt ohne ein Mindestmaß an Sicherheit keine Entwicklung“ geben könne. Beim neuen

Mandat gehe es für Afghanistan darum, „Sicherheit durch fremde Kräfte in Sicherheit aus eigener Kraft“ umzuwandeln. Silberhorn betonte, dass die deutschen Hilfen für den zivilen Aufbau an konkrete Fortschritte in der Bekämpfung des Drogenbaus und der Korruption gekoppelt und mit einem klaren

Bekenntnis der afghanischen Regierung zu Demokratie und Menschenrechten verbunden sei. Hans-Peter Bartels (SPD) warnte mit Blick auf den friedlichen afghanischen Regierungswechsel in diesem Jahr vor dem „hochmütigen Glauben“, die Afghanen seien nicht zur Demokratie und zur Entwicklung ihres Landes fähig. Bartels lenkte den Blick jedoch auf äußere Faktoren: Um Afghanistan und nachhaltigen Entwicklung, die Beachtung der Menschenrechte und mit Nachdruck die Bekämpfung der Korruption und des Drogenbaus.“ *Alexander Heinrich*

»Es droht ein Abrutschen auf schiefer Ebene in einen neuen längerfristigen Einsatz.«

Frithjof Schmidt (Grüne)

»Wir werden bei jedem Schritt bei Euch sein«

LONDON-KONFERENZ Die internationale Gemeinschaft sichert Afghanistan Hilfe auch nach Abzug der Nato-Truppen zu

Mit dem Rückzug der Nato-Truppen gehe auch das Geld, warnte Graeme Smith von der International Crisis Group kürzlich. „Afghanistans Wirtschaft ist eine Kriegsblase und wir sehen, wie ihr langsam die Luft ausgeht.“ Um das zu verhindern und Solidarität bei den westlichen Partnern auch über den endenden Nato-Einsatz hinaus einzufordern, war Afghanistans neuer Präsident Ashraf Ghani vergangene Woche nach Europa gereist – erst zur Nato-Konferenz nach Brüssel, dann nach London zu einer Konferenz über die Zukunft seines Landes und anschließend nach Berlin, wo er Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) traf. Ghani kehrte mit guten Nachrichten nach Kabul zurück: Die Regierungen sparten hier wie dort nicht mit Hilfszusagen für die Zeit nach dem Abzug der ISAF-Truppen.

Mit der geplanten Beteiligung an der Ausbildungsmission „Resolute Support Mission“ solle die Unterstützung fortgesetzt werden, sagte Merkel beim Treffen in Berlin. Die Zusammenarbeit werde sich außerdem auf Wirtschaftsentwicklung und das Bildungswesen konzentrieren. Ghani dankte für Deutschlands Unterstützung und würdigte die im Einsatz getöteten Bundeswehr-



Afghanistans Präsident Ashraf Ghani (rechts) und Regierungsgeschäftsführer Abdullah Abdullah (links) mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in Berlin © picture-alliance/dpa

soldaten. Er sicherte zu, auch die Korruption und den Drogenhandel zu bekämpfen. „Wir reden Probleme nicht klein.“ Merkel sprach zudem mit dem afghanischen Regierungsgeschäftsführer Abdullah Abdullah. Der frühere Außenminister hatte bei der diesjährigen Präsidentschaftswahl gegen Ghani kandidiert. Nach längerem Zwiß über das Wahlergebnis einigten sich beide Politiker auf die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit (siehe Seite 3).

Auch die Briten und US-Amerikaner sicherten Afghanistan eine fortdauernde Unterstützung zu. Großbritanniens Außenminister Philip Hammond bekräftigte die Zusage seiner Regierung, „das afghanische Volk dabei zu unterstützen, seine Wirtschaft zu entwickeln, seine Rechte umzusetzen und Beziehungen in der Region aufzubauen“. Premier David Cameron versicherte Ghani: „Wir werden bei jedem Schritt auf diesem Weg bei Euch sein.“ US-Außenminister

Der Antrag der Bundesregierung zur Beteiligung an „Resolute Support“ wurde in die Ausschüsse überwiesen. An der neuen Operation sollen sich ab 1. Januar 2015 neben Nato-Mitgliedstaaten weitere 14 Nationen beteiligen, insgesamt sollen rund 12.000 Soldaten eingesetzt werden.

Aufbauhilfe Mit den Stimmen aller Fraktionen mit Ausnahme der Linken wurde zudem der Koalitionsantrag (18/3405) zum zivilen Aufbau Afghanistans angenommen. Die Abgeordneten machen sich dafür stark, das Land weiterhin bei Entwicklungszusammenarbeit und außenpolitischer Stabilisierung „auf hohem Niveau“ zu unterstützen. Die Hilfe sei allerdings „kein Blankoscheck“. Der Bundestag erwartet von den afghanischen Partnern die Fortsetzung vereinbarter Reformen im Bereich Regierungsführung und Wirtschaftspolitik, „ein klares Bekenntnis zu einer friedlichen, demokratischen und nachhaltigen Entwicklung, die Beachtung der Menschenrechte und mit Nachdruck die Bekämpfung der Korruption und des Drogenbaus.“ *Alexander Heinrich*

EDITORIAL

Der Preis war hoch

VON JÖRG BIALLAS

Fassungslos blickte die Welt auf die Trümmer des World Trade Center in New York. Wie konnte das geschehen? Wer war dafür verantwortlich? Und vor allem: Was ist zu tun, damit derart grauenhafte Anschläge nicht wieder passieren? Schlagartig war klar geworden, dass religiöser Fanatismus in islamisch geprägten Staaten nicht mehr an Grenzen zu anderen Nationen Halt macht. Bisher hatte das „weltweite Terrornetz“ eine irreal, eine zwar beängstigende, aber doch unvorstellbare Bedrohung beschrieben. Jetzt war gewiss: Hass, Gewalt und die wahnsinnige Überzeugung, das eigene Leben sei für den Glauben an eine neue Weltordnung bedingungslos zu opfern, drohten überall.

Im Lichte dieser Erkenntnis beschloss der Bundestag wenige Wochen später, im November und Dezember 2001, deutsche Soldaten nach Afghanistan zu schicken. Ziel des von der Nato geführten Einsatzes war es, die dort herrschenden Taliban unter Kontrolle zu bringen. Damit sollte der radikale Islamismus der Region bekämpft und der Terrororganisation Al Qaida das Handwerk gelegt werden.

Nach 13 Jahren endet diese Mission zum Jahresende. Das Datum wird zum Anlass genommen zu hinterfragen, ob das Engagement der Bundeswehr ein Erfolg war. Diese Frage ist aber schon deshalb nicht zu beantworten, weil ein Krieg niemals ein Erfolg ist. Und in Afghanistan, das wurde schnell klar, aber spät zugegeben, herrscht Krieg. Der Preis für den Versuch, das Land zur Ruhe zu bringen und die Strukturen einer archaischen Gesellschaft aufzuweichen, ist hoch, sehr hoch. Wie muss es den Angehörigen der getöteten oder den traumatisierten heimkehrenden Soldaten wohl vor kommen, wenn sie jetzt allenthalben hören und lesen, ihr Leid sei umsonst gewesen? Zumeist für diese These genauso wenig Belege gibt, wie für die gegenteilige Behauptung. Niemand weiß doch, wie sich das Land, wie sich der internationale Terrorismus ohne Intervention in Afghanistan entwickelt hätten. Es ist anzunehmen, dass der Bundestag nach den Erfahrungen der vergangenen 13 Jahre heute in einer vergleichbaren Situation differenzierter als seinerzeit diskutieren und entscheiden würde. Zumindest die Angst vor Terror heute weit weniger präsent ist. Daran aber die pauschale Erkenntnis festzumachen, unter dem Strich sei die ganze Afghanistan-Mission ein Desaster gewesen, geht zu weit.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

IST DER ABZUG AUS AFGHANISTAN VERFRÜHT?

Schlimme Illusion

PRO



Richard Herzinger
»Die Welt«
»Welt am Sonntag«

Um den Abzug ihrer Kampftruppen aus Afghanistan nicht wie eine Flucht aussehen zu lassen, reden sich die Nato-Staaten die Sicherheitslage in Afghanistan schön. Doch mit Beschwörungsformeln wie der, man habe seine Ziele am Hindukusch erreicht, kann man allenfalls das eigene Gewissen täuschen – nicht aber die Taliban, die in der Offensive sind und denen die unzuverlässige afghanische Regierungsarmee auf Dauer nicht gewachsen ist. Was den Afghanen droht, lässt sich am Schicksal des Irak ermessen: Dort bliesen die USA just zum Rückzug, als es ihnen endlich gelungen war, die jahrelang katastrophale Lage einigermaßen zu stabilisieren. Ohne die amerikanische Ordnungsmacht aber stürzte das Land bald zurück in den sektiererischen Bürgerkrieg. Mit dem Vormarsch der Schlächtertruppe IS ist die Situation nun verheerender und verzweifelter denn je. Die westliche Kriegsmüdigkeit nach vielen frustrierenden Erfahrungen mit einem Afghanistan-Einsatz, der auf mancher illusionären Erwartung gründete, ist verständlich. Doch wer glaubt, man könnte das Land nun einfach sich selbst überlassen, ohne dass dies Folgen für die globale – und damit die eigene – Sicherheit hätte, gibt sich einer neuen, noch schlimmeren Illusion hin. Wo sich der Westen in der Region zurückzieht, tragen andere Mächte ihre Stellvertreterkriege aus. Ein ins Chaos zurücksinkendes Afghanistan aber wird den Kollaps der Stabilität im gesamten Nahen Osten weiter beschleunigen. Gewiss: Die Ansätze ziviler und demokratischer Errungenschaften weiter zu verteidigen, die sich in Afghanistan trotz aller Fehlschläge herausgebildet haben, hätte einen Preis. Der Preis dafür, sie Hals über Kopf aufzugeben, wird jedoch ungleich höher sein.

Sache der Afghanen

CONTRA



Holger Möhle
»General-Anzeiger«, Bonn

Gemeinsam rein, gemeinsam raus. Das ist eine zentrale Devise der Nato. Mit gemeinschaftlicher Ansage, abgegeben bei ihrem Gipfel im Herbst 2010, zieht die Nato Ende dieses Jahres ihre letzten Kampftruppen aus Afghanistan ab. Wem dies zu früh ist, muss die Antwort liefern: Wie viele Jahre soll das westliche Verteidigungsbündnis gut 6.000 Kilometer östlich des eigenen Hauptquartiers noch kampfbereit mit Truppen am Hindukusch stehen? Und was könnte dieser Kampf noch bewegen beziehungsweise befrieden? Die Taliban – das muss der Westen anerkennen – bleiben ein Machtfaktor, so wie die Korruption ein Geschwür der afghanischen Gesellschaft bleibt und der Schlafmohn-Anbau boomt wie nie. Ohne eine Aussöhnung mit den gemäßigten Kräften der Taliban kommt das Land nach 35 Jahren Krieg, Bürgerkrieg und wieder Krieg nicht zur Ruhe. Militär ist nicht die Lösung. Das war den Nato-Planern schon früh im Einsatz klar. In den Elendslagern längs der afghanisch-pakistanischen Grenze rekrutieren die Taliban und andere Aufständische aus einem unerschöpflichen Reservoir an Kämpfern – ungebildet, aber umso leichter fanatisierbar für den Kampf gegen die Ungläubigen. Dass die Nato ihre Kampftruppen abzieht, ist konsequent. Dass sie für Ausbildungszwecke mit einer Folgemission im Land bleibt, ebenso. Ob sie ihr Ziel erreicht hat, zumindest einen Zustand von Nicht-Krieg zu schaffen, müssen die nächsten Jahre zeigen. Afghanistan ist auf der Gesamtstrecke eine Angelegenheit der Afghanen. Irgendwann müssen westliche Kämpfer und Ausbilder gehen. Wenn der Westen die Uhr hat, die Afghanen aber die Zeit, ist es jetzt an der Zeit, sie ihnen wirklich zu lassen.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 4. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Otte, zum Jahreswechsel endet mit dem ISAF-Mandat in Afghanistan der längste und umfangreichste Kampfeinsatz der Bundeswehr. Mit welcher Bilanz verlässt die Truppe das Land?

Der Einsatz der internationalen Staatengemeinschaft in Afghanistan zum Aufbau einer Sicherheitsstruktur war erfolgreich. Es liegt jetzt an Afghanistan selbst, diesen Weg weiter zu beschreiten. Hiermit werden wir die Afghanen aber nicht allein lassen. Die größten Erfolge liegen darin, dass wir den internationalen Terrorismus, der 2001 von Afghanistan aus die Welt und auch Deutschland bedroht hat, zerschlagen konnten und dass das Land damit einen Weg der zivilen Entwicklung gehen konnte. Die Infrastruktur konnte wesentlich ausgebaut, Bildungseinrichtungen aufgebaut werden, Frauen und Kinder können heute wieder an Bildung teilhaben. Und es ist gelungen, eine afghanische Armee und Polizei aufzubauen, die bis zu 350.000 Sicherheitskräfte umfassen und die nun selbst in der Lage sein sollten, das Land zu befrieden.

Immer wieder gibt es Anschläge in Afghanistan, auch die Bundesregierung räumt in ihrem Fortschrittsbericht ein, dass die Lage nicht in allen Teilen des Landes wirklich kontrollierbar ist. Kommt der Abzug der ISAF-Truppen zu früh?

Es ist ja kein vollständiger Abzug. Wir werden mit der Bundeswehr im Rahmen der ISAF-Nachfolgeoperation „Resolute Support Mission“ ab Januar nächsten Jahres den afghanischen Partnern weiterhin zur Seite stehen. Allerdings liegt der Fokus klar auf Beratung und Ausbildung. Die Verantwortung für die Sicherheit im eigenen Lande liegt nun bei der afghanischen Seite.

Welche konkreten Aufgaben soll die Bundeswehr übernehmen?

Deutschland soll mit bis zu 850 Soldaten im Rahmen einer international aufgestellten Mission von insgesamt 12.000 Soldaten die afghanischen Sicherheitskräfte beraten, unterstützen und ausbilden – und zwar in Nordafghanistan und in der Hauptstadt Kabul. Ziel ist es, die Erfolge bei der Schaffung effektiver Sicherheitsstrukturen zu verstetigen. Im Mittelpunkt sollen Führungsunterstützung, das militärische Nachrichtenwesen und Lagebilderstellungen, Logistik und die sanitätsdienstliche Versorgung stehen.

In seiner Zwischenbilanz deutet der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan, Michael Koch, an, dass die afghanische Luftwaffe zu schwach aufgestellt sein könnte, um regierungsfeindliche Kräfte in Schach zu halten. Wie groß schätzen Sie die Gefahr ein, dass das Land in Teilen oder sogar ganz in die Hände der Taliban zurückfallen könnte?

Das muss natürlich verhindert werden. Aber nochmals: Afghanistan und die internationale Gemeinschaft sind gegenseitige Verpflichtungen eingegangen. Und zu diesen zählt, dass Afghanistan selbst für die Sicherheit sorgt und die Staatengemeinschaft das Land auf diesem Wege unterstützt. Die Sicherheitslage ist weiterhin nicht stabil, aber dieses Problem lässt sich nicht allein militärisch lösen. Die Regierung in Kabul muss konsequent den Weg der Versöhnung und inneren Einheit gehen. Das ist sicherlich noch ein langer Weg, der aber alle Mühen wert sein sollte.

Das neue Mandat hat durchaus auch einen „robusten“ Anteil. Ist es denn richtig, vom Ende des Kampfeinsatzes in Afghanistan zu sprechen?

Die „Resolute Support Mission“ ist definitiv kein Kampfeinsatz. Aber in einem nach wie vor auch gefährlichen Umfeld müssen unsere Soldaten in der Lage sein, sich selbst zu verteidigen zu können. In gewissen Gefährdungslagen können sie auch einen Beitrag

»Einsatz war ein Erfolg«

HENNING OTTE Der CDU-Politiker betont die Fortschritte, die das internationale Engagement seit 2001 in Afghanistan ermöglicht hat



© Henning Otte/Laurence Chaperon/CDU/CSU-Fraktion

leisten zur Sicherung und zum Schutz und gegebenenfalls zur Evakuierung von militärischen und zivilen Kräften. Das soll aber die Ausnahme sein.

Wie widerstandsfähig ist die afghanische Gesellschaft gegenüber radikal-islamistischen Ideen?

Die demokratischen Präsidentschaftswahlen waren aus meiner Sicht ein sehr deutliches Zeichen für den Wunsch des größten Teils der Bevölkerung, dass das Land den guten Weg der vergangenen Jahre fortsetzen soll.

Wo sehen Sie die größten Herausforderungen für die neue Regierung?

Die wirtschaftliche Situation in Afghanistan ist angespannt, es müssen bessere Bedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze geschaffen werden. Außerdem ist durch das Tauziehen um das Präsidentenamt und die späte Regierungseinsetzung Vertrauen bei den Wählern verloren gegangen. Durch gutes Regierungshandeln können Präsident Ghani und sein Kabinett hier wieder Boden zurück gewinnen.

Welche Erfahrungen lehrt die Beteiligung der Bundeswehr an ISAF?

Der Einsatz in Afghanistan war eine Zäsur. Ursprünglich und – wie sich später zeigte – fälschlicherweise sind wir anfänglich von einer Friedensmission ausgegangen und mussten feststellen, dass wir uns zwischenzeitlich in einem Krieg befinden. Für die Politik galt es damals, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um unsere Soldaten bestmöglich auszustatten. Grundsätzlich ist in Afghanistan aber auch deutlich geworden, dass Deutschland mit der Bundeswehr als Teil der Verantwortungsgemeinschaft auf dieser Welt einen wesentlichen und erfolgreichen Beitrag leisten kann zur Stabilisierung eines Landes und zum Aufbau von zivilen und wirtschaftlichen Strukturen.

Soll sich die Bundeswehr im Rahmen engerer Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern auf bestimmte Fähigkeiten spezialisieren, etwa als Einsatzarmee wie in Afghanistan? Oder soll sie unter dem Stichwort „Breite vor Tiefe“ ein großes Spektrum an Fähigkeiten haben?

Die Neuausrichtung der Bundeswehr hat zum Ziel, dass wir ein breites Fähigkeitspektrum vorhalten, um flexibel auf alle sicherheitspolitischen Herausforderungen reagieren zu können. Das können Kampfeinsätze wie in Afghanistan oder Ausbildungsmissionen wie gegenwärtig in Mali sein. Dort, wo es aber schon jetzt möglich ist, suchen wir Kooperationen mit unseren Partnern in Europa, um gemeinsam militärische Fähigkeiten zu stärken. Ein Beispiel ist die angestrebte Zusammenarbeit mit den niederländischen Streitkräften zum Aufbau eines gemeinsamen Panzerbataillons. Wir wollen gemeinsame europäische Fähigkeiten dort verstetigen und stärken, wo sie sich anbieten.

Was sind die größten Versäumnisse in den 13 Jahren Kampfeinsatz am Hindukusch?

Die Politik hat sich der wirklichen Situation in Afghanistan womöglich anfangs zu zaghaft gestellt. Und sie war womöglich zu zaghaft darin, der Bevölkerung in Deutschland ein klares Lagebild darzustellen. Meine persönliche Lehre aus dem Afghanistan-Einsatz ist, mit aller Offenheit und Transparenz zu schildern, wie die Lage vor Ort ist und welche Konsequenzen sich daraus ergeben. Mit der Nachlieferung von Schutzsystemen für die Soldaten, mit der Änderung der Taktik im Rahmen des „Partnerings“, also mit gemeinsamen Operationen von Bundeswehr und afghanischer Armee, wurden dann aber die richtigen Konsequenzen gezogen.

Die Taliban haben die ISAF-Truppen nicht besiegen können. Könnten sie über die Geduld der deutschen Öffentlichkeit siegen?

Es gilt der alte Satz: Die Deutschen haben die Uhr, Afghanistan hat die Zeit. Wir müssen uns immer deutlich machen, dass in Afghanistan eine eigene Mentalität herrscht, die es zu beachten gilt. Wir wollen all die guten Ansätze unterstützen und stärken, um langfristig diesem Land eine gute Perspektive zu geben, und auch, um den afghanischen Beitrag zur Sicherheit auf dieser Erde zu unterstützen.

Das Gespräch führte Alexander Heinrich.

Henning Otte (CDU) ist verteidigungspolitischer Sprecher der Unionsfraktion und seit 2005 Mitglied des Bundestages.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Heimatlose: Wolfgang Gehrcke

Wolfgang Gehrcke hat die Isaf-Einsätze der Bundeswehr in Afghanistan von Anfang an abgelehnt. Wenig verwunderlich also, dass der Linken-Abgeordnete dem Plan der Bundesregierung, im Anschluss an das ISAF-Mandat bis zu 850 deutsche Soldaten im Land zu belassen, nichts abgewinnen kann. „Das ist eine höchst bedenkliche Entscheidung“, sagt der Fraktionsvize und Linken-Obermann im Auswärtigen Ausschuss. Deutsche Soldaten zu belassen innerhalb eines Nato-Kontingentes von 12.000 Soldaten in Afghanistan, lasse bei der afghanischen Bevölkerung den Eindruck entstehen, „der Krieg ist nicht zu Ende und unser Land nach wie vor von ausländischen Truppen besetzt“. Erschwerend hinzu komme noch, dass es keinen UN-Beschluss für eine Fortführung des Engagements am Hindukusch gebe. „Und dabei hat die Bundesregierung gesagt, ohne einen solchen Beschluss würde kein deutscher Soldat geschickt“, gibt er zu bedenken. Außerdem würden die deutschen Kräfte seiner Ansicht nach eben nicht nur zu Ausbildungszwecken im Land verbleiben. „Liest man den Antrag der Bundesregierung gründlich durch, entdeckt man, dass die Bundeswehrkräfte mit dem USA-Kontingente gekoppelt sind, welches eine klare Kampffunktion hat“, sagt er. Auch sei ein Einsatz des KSK-Einsatzkommandos laut Mandat nicht ausgeschlossen. Kein Militär, sondern zivile Aufbauhilfe brauche das Land, findet hingegen Gehrcke. „Wir brauchen ein realistisches Aufbauprogramm für Afghanistan.“ Beruhen müsse dies auf den Vorstellungen der Afghanen. „Die müssen sagen, was sie wollen und was sie brauchen. Dann können wir sagen, das machen wir und das nicht“, lautet seine Vorstellung von einem gang-



© DDF/Archim/Meide

»Bei der afghanischen Bevölkerung entsteht der Eindruck, unser Land ist nach wie vor von ausländischen Truppen besetzt.«

müssen wir die im Land aktiven Entwicklungsorganisationen nach ihren Erfahrungen befragen“, verlangt der 71-Jährige, der sich zuletzt auch einen Ruf als „Russland-Versteher“ gemacht hat. Ehrenrührig findet er diese Bezeichnung nicht. Eher witzig und irgendwie auch zutreffend. „Ja, ich will verstehen, warum jemand tut, was er tut. Dafür muss man im konkreten Fall mit den Menschen in Russland reden – innerhalb und außerhalb der

Parlamente.“ Aus seiner Sicht hat Deutschland moralische und rationale Gründe, dem Verhältnis zu Russland besondere Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen. „Das rationale Argument ist: Einen solchen Riesen wie Russland sollte man nicht zum Feind haben.“ Der andere Grund ergebe sich aus den 27 Millionen im Zweiten Weltkrieg getöteten Sowjetbürgern, von denen viele Russen waren. Deutschland, so Gehrcke, müsse anerkennen, „dass wir unsere Demokratie auch der Roten Armee zu verdanken haben“. Es sind sicherlich auch Sichtweisen wie diese, die die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ bewogen hat, Gehrcke in den Kreis der Reformerschlachten in der Linkenfraktion aufzunehmen, die eine Regierungsbeteiligung der Linken im Bund unmöglich machen würden. Gehrcke amüsieren solche Eingruppierungen eher als dass sie ihn ärgern. „Ich galt schon als das Sprachrohr Gorbatschows in Deutschland und auch schon als der Reformerschlachten“, sagt er. Und meint auch, in keine Schublade hineinzu passen. „Die Nichtausrechenbarkeit schafft nämlich auch jede Menge Freiraum“, hat er über die Jahre erkannt. Erkennen durfte Wolfgang Gehrcke auch, dass sich Geschichte wiederholt – auch im persönlichen Bereich. Auf die Frage, wie oft er sich denn in seiner Vergangenheit im Westen Deutschlands als langjähriger DDP-Funktionär bis zur Wende habe anhören müssen: „Dann geh doch rüber“, sagt er. „Im Grunde bei jeder politischen Diskussion.“ Doch es geht auch andersherum. Als sich Gehrcke anschwickte, 2004 seinen Wahlkreis Ostprignitz bei der Brandenburger Landtagswahl zu gewinnen, hätte es von seinen Kontrahenten ebenfalls geheißeln: „Geh doch rüber“. „Es ist das Trauma der Linken – heimatlos zu sein“, sagt er und schmunzelt. Götz Hauding

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (030) 227-305 15
Telefax (030) 227-365 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Julian Burgert (jbb)
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stell. v.d.
Michael Klein (mik)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), v.d.
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionschluss
5. Dezember 2014

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantwortl.)
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 75 01-42 53
Telefax (069) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 75 01-43 75
Telefax (069) 75 01-45 02
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Anzeigenabteilung
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 75 01-42 74
Telefax (069) 75 01-45 02
E-Mail: anzeigenverwaltung@fs-medien.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für
Schüler, Studenten und Auszubildende
(Nachweis erforderlich) 13,80 €
(im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor
Ablauf des Berechnungszeitraums.
Einkostenloses Probeabonnement
für vier Ausgaben kann bei unserer
Vertriebsabteilung angefordert
werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel
stellen nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion dar. Für unvollständige
Einsendungen wird keine Haftung
übernommen. Nachdruck nur mit
Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtsverwecke können Kopien
in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“
ist Mitglied der
Informationsgesellschaft
zur Feststellung
der Verbreitung von
Werkebeträgen e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitschrift
„Das Parlament“ wird ausschließlich
Recycling-Papier verwendet.



Afghanistans neuer Präsident Ashraf Ghani besucht eine Schule in Kabul (li). In der Hauptstadt (M.) haben die Taliban zuletzt wieder häufiger Anschläge verübt. In vielen Provinzen boomt indes der Drogenanbau und -handel (re., Opiumernte)

© picture-alliance/dpa/Tone Koene

Viele Worte, wenig Taten

AFGHANISTAN Die neue Führung steht vor einem Berg von Problemen. Doch Lösungen hat sie bisher wenige parat

Am vergangenen Montag reiste die afghanische Doppelspitze, das ist Staatspräsident Ashraf Ghani und der so genannte Regierungsgeschäftsführer Abdullah Abdullah, gemeinsam zum Nato-Gipfel nach Brüssel. Beide demonstrierten sichtlich Harmonie – doch ob sie zwischen ihnen tatsächlich herrscht, müssen die Politiker den Afghanen und der Welt nach dem Debakel bei der Präsidentschaftswahl im vergangenen Sommer erst beweisen. Beide stehen für zwei gleich starke ethnische Gruppen, deren Rivalität sich durch die Geschichte Afghanistans zieht. Während Ghani vor allem die Paschtunen im Süden des Landes vertritt, gilt Abdullah als der Vertreter der Tadschiken im Norden. Wenn die Zusammenarbeit der beiden scheitert, könnten ethnische Konflikte wieder aufbrechen und möglicherweise einen erneuten Bürgerkrieg auslösen. Das Tandem Ghani-Abdullah war erst unter diplomatischem Druck der USA bereit, sich zusammenspannen zu lassen. Beobachter gehen davon aus, dass, anders als Ex-Präsident Hamid Karzai, beide ihren westlichen Partnern kaum widersprechen werden. Deutlich wurde das, als Ghani einen Tag nach seinem Amtsantritt bereits das Bilaterale Sicherheitsabkommen (BSA) mit den USA unterzeichnen ließ. Karzai hatte die Truppensteller-Nationen zuvor zehn Monate auf seine Unterschrift warten lassen und damit die auf dem Abkommen basierende Nato-Folgemission fast zum Scheitern gebracht.

Rückhalt der USA Ghani und Abdullah teilen sich offiziell die Macht. Aber der Stärkere der beiden ist ohne Zweifel Ghani. Vor allem, weil die USA hinter dem paschtunischen Technokraten stehen. Aber auch die afghanischen Eliten in Kabul, die sich seit Jahren nach einem aufgeklärten Diktator sehnen, scheinen mit der Lösung zufrieden zu sein. Ghani, so sagen sie, sei jener kluge, zupackende autoritäre Politiker, den das Land so dringend benötige. Der Journalist Sune Engel Rasmussen, der den Präsidenten im August im Auftrag einer US-amerikanischen Zeitschrift traf, berichtet indes von einem Mann, der jeden und alle belehrt und als ausgesprochener Choliker mit chronischem Magengeschwür gilt. Seine Wutausbrüche sind legendär und gefürchtet. Rasmussen zitiert einen ausländischen Experten, ein Opfer einer solchen Wutattacke: „Ich kann mir keine schlimmere Person vorstellen, für die man arbeitet.“ Weggefährten, die beim Ehepaar Ghani zu Hause eingeladen werden, berichten, dass es lediglich seiner Ehefrau gelänge, ihren Mann zu beruhigen. Ob Ghani trotz dieser Charaktereigenschaften einen funktionierenden Regierungsapparat aufbauen kann, muss sich noch zeigen. Sein Versprechen, in kürzester Zeit ein neues Kabinett aufzustellen, konnte er jedenfalls nicht einhalten. Vor der London-Konferenz in der vergangenen Woche (siehe Seite 1) meldeten Quellen, dass die Regierungsbildung in Kabul noch

zwei bis vier Wochen auf sich warten lassen werde. Doch der afghanischen Regierungsspitze rennt die Zeit davon. Sie muss so schnell wie möglich funktionsfähig sein, denn vor ihr türmen sich gewaltige Problemeberge auf. Seit dem ersten Wahlgang in April geht im Land nichts mehr, weil niemand im Staatsapparat Verantwortung übernehmen will. Das kostete bisher nicht nur viel wertvolle Zeit, sondern brachte den Staat an den Rand des Bankrotts. Die ohnehin schwache Zentralregierung hat in den vergangenen Monaten weiterhin an Einfluss in den Provinzen verloren. Dort regieren mächtige und waffenstarrende Provinzfürsten. Ghani und Abdullah müssen auch auf ihre Interessen Rücksicht nehmen, wenn sie im ganzen Land herrschen wollen. Insbesondere Abdullah hatte im Wahlkampf versprochen, mehr der internationalen Hilfsgelder in die Provinzen umzuleiten. Denn trotz aller Bemühungen internationaler Geber bleibt diese Hilfe meist in Kabul hängen oder fließt sogar in Form von Beraterhonoraren zurück ins Ausland. Die neue Regierung unter Ashraf Ghani muss auch das vollständige Übertragen der Sicherheitsverantwortung von internationalen Truppen zu afghanischen Sicherheitskräften vollziehen, ohne dabei der bewaffneten Opposition Schwäche zu zeigen und diese weitere Erfolge feiern zu lassen. Gleichzeitig muss sie Schritte initiieren, die zum Frieden führen sollen. Nicht weniger

wichtig ist es, eine Wirtschaft aufzubauen, wo bisher keine ist. Während des Wahlkampfes stellten weder Ashraf Ghani, noch Abdullah ein offiziell verbindliches Wahlprogramm vor, was erklären könnte, wie sie diese Herausforderungen angehen wollen. Ein Blick auf die afghanische Web-Seite „Sadroz“ gibt eine Idee, was versprochen wurde – und was bisher wirklich gehalten wurde. Laut Sadroz wurden von 110 gemachten bisher vier Versprechen erfüllt. Dazu gehört, dass der neue Präsident das BSA mit den USA unterzeichnet hat. Weiterhin löste er einen Posten innerhalb des Präsidentenamtes auf und unterstellte die Aufgaben seinem Stabschef Abdul Salam Rahimi, der als sein treuester Mitarbeiter gilt. Bemerkenswert

ist, dass er außerdem das von Journalisten lange geforderte, aber von Karzai vertagte Gesetz zum Informationszugangrecht zugänglich bewilligte. Mit der Aufhebung des Einreiseverbotes des New-York-Times-Reporters Matt Rosenberg gab er dem Westen zudem ein Signal der Versöhnung. Rosenberg war im Sommer des Landes verwiesen worden, nachdem er über einen Putschversuch in Kabul berichtet hatte. Neben Rosenberg darf auch der deutsche Afghaniist Thomas Ruttig, der vor drei Jahren ein Einreiseverbot erhielt, wieder nach Kabul kommen. Abgesehen davon hat der neue Machthaber aber noch wenig gemacht. Laut Sadroz handelt sich dabei in vielen Fällen um Anweisungen, Sicherheitsprobleme zu behe-

ben, oder Vereinbarungen, Staatsbediensteten neue Wohnungen zu bauen. Kritiker nennen Ghanis Aktionen „pure populistische Symbolpolitik“, die jedoch bei der afghanischen Bevölkerung meist gut ankommt. So sorgte Ghani recht schnell dafür, dass der größte Korruptionsskandal Afghanistans erneut vor Gericht verhandelt wird. Mehrere Personen wurden festgenommen, die Konten von Mahmud Karzai, dem Bruder des ehemaligen Präsidenten, wurden eingefrieren. So bekommt die Bevölkerung das Gefühl, dass die „Parasiten in der Gesellschaft“ endlich die Strafe bekommen werden, die sie ihrem Gefühl nach verdienen. Ghani macht zudem oft mediale wirksame Überraschungsbesuche bei Krankenhäusern oder Polizeistationen. Nicht anwesende Angestellte werden sofort entlassen. Auch das gefällt dem Volk. Berufsverbände dagegen protestieren leise: „Wenn aus Populismus weiterhin solche drastische Maßnahmen getroffen werden, werden uns bald alle gut ausgebildeten Ärzte verloren gehen.“ Solche Aktionen sind offensichtlich ein kluger Schachzug des neuen Präsidenten. Die Afghanen, die nach der katastrophalen Wahlerfahrung im Sommer ihr Vertrauen in die Politik verloren hatten, scheinen dadurch wieder optimistisch nach vorne zu blicken. Das sind gute Nachrichten für Ghani, denn ohne ihre Unterstützung sind die gewaltigen Probleme des Landes nicht zu lösen. Die afghanische Wirtschaft, die in den vergangenen 13 Jahren durchschnittlich etwa um elf Prozent wuchs, implodierte mit dem beginnenden Abzug der internationalen Truppen im Jahr 2013. In diesem Jahr gehen die Weltbank-Experten von einem negativem Wachstum aus. Das verunsichert die Bevölkerung. Bereits heute liegt die Arbeitslosenquote bei rund 45 Prozent, afghanische Gewerkschafter sprechen sogar von 80 Prozent. Ghani hat während der Wahlkampagne vier Millionen neue Arbeitsplätze versprochen. Doch dafür muss erst eine Basis für eine funktionierende Wirtschaft geschaffen werden. Da dies so schnell nicht geht und kaum ohne weitere massive Hilfe des Auslands zu schaffen ist, beschloss Ghani eine weitere drastische Maßnahme: So sollen nächstes Jahr an die 300.000 afghanische Arbeiter als Gastarbeiter in die Golfstaaten, vor allem nach Saudi-Arabien, gehen.

Drogenanbau boomt Sonst gibt es bisher nur wenig handfeste Wirtschaftspolitik in Afghanistan. Man werde in die alte Kultur Afghanistans investieren, versprach Ghani bei einer internationalen Konferenz in Kabul, und zeigte sich überzeugt: „In dem wir unsere alten Kulturstätten erhalten, werden wir eine Million Arbeitsplätze schaffen.“ Arbeitslosigkeit und daraus resultierende Armut könnten den ohnehin florierenden Drogenanbau weiter ankurbeln. Afghanis-

tan liefert heute 90 Prozent der globalen Opiummenge. Der Kampf gegen die Drogen gilt als verloren. Wenn Ghani sich nicht bald etwas einfallen lässt, um die Wirtschaft auf gesunde Beine zu stellen, werden verzweifelte afghanische Bauern noch mehr Mohn anbauen. Auch im Sicherheitsbereich hat sich kaum etwas bewegt, abgesehen von der Unterzeichnung der BSA. Wie im Abkommen vorgesehen, haben Ghani und Abdullah bereits neue Waffen bei westlichen Ländern angefragt. Gespräche mit der pakistanischen Führung, die in Kabul als die Ursache des afghanischen Sicherheitsproblems angesehen wird, sind positiv verlaufen. Doch so weit war auch die Regierung unter Karzai schon gekommen. Zur mehr Sicherheit hat es bisher nicht geführt. Im Gegenteil. Seit der Amtseinführung haben die Taliban besonders aggressive Attacken in der afghanischen Hauptstadt gefahren. Da diese sich nun auch gegen internationale Hilfsorganisationen richten, haben einige ihre Projekte in Afghanistan bereits eingestellt. Ermutigend ist nur, dass die afghanische Armee (ANA) die Taliban durch eine Groß-

offensive wieder aus allen bisher von der Regierung kontrollierten Distrikten des Landes vertreiben konnte. Sie hatten die Aufständischen in den Chaos-Tagen rund um die Präsidentschaftswahlen erobert können. Experten glauben daher, dass die ANA bereits stark genug ist, dem militärischen Druck der Taliban stand zu halten. Allerdings gehen die Erwartungen kaum darüber hinaus. So sei die ANA nicht in der Lage, die vielen anderen, von den Taliban seit langem kontrollierten Gebiete zurückzuerobern, heißt es. Das sei aber auch kaum notwendig, behaupten Militärspezialisten. Experten glauben daher, dass die ANA bereits stark genug ist, dem militärischen Druck der Taliban stand zu halten. Allerdings gehen die Erwartungen kaum darüber hinaus. So sei die ANA nicht in der Lage, die vielen anderen, von den Taliban seit langem kontrollierten Gebiete zurückzuerobern, heißt es. Das sei aber auch kaum notwendig, behaupten Militärspezialisten. Experten glauben daher, dass die ANA bereits stark genug ist, dem militärischen Druck der Taliban stand zu halten.

Die ohnehin schwache Zentralregierung hat weiter an Einfluss in den Provinzen verloren.

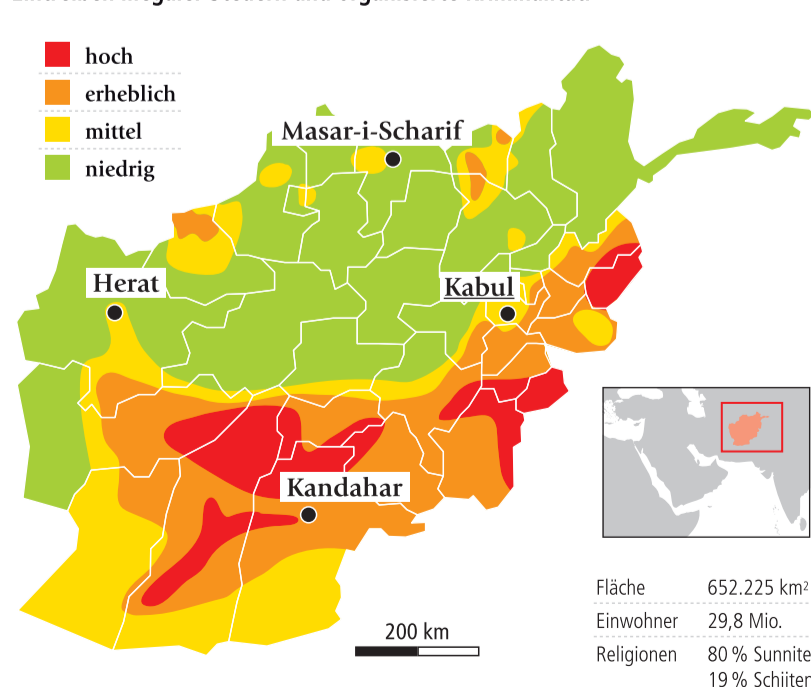
Kritiker nennen Ghanis Aktionen »pure populistische Symbolpolitik«.

Der Autor ist freier Korrespondent in Kabul.



Gefahrenzonen in Afghanistan

Bedrohungslage für die Bevölkerung durch Anschläge, Erpressung, Eintreiben illegaler Steuern und organisierte Kriminalität:



Fläche: 652.225 km²
 Einwohner: 29,8 Mio.
 Religionen: 80 % Sunniten
 19 % Schiiten

Quelle: APA, Munzinger, Bundesregierung Grafik: dpa • 2014 (editiert) Stand: 03. April 2014

Jahrbuch der Europäischen Integration 2014



Jahrbuch der Europäischen Integration 2014

Herausgegeben von Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels
 2014, 584 S., brosch., 68,- €
 ISBN 978-3-8487-1931-0
www.nomos-shop.de/23989

Das Jahrbuch der Europäischen Integration 2014 dokumentiert und bilanziert den Prozess der europäischen Integration. In rund 100 Beiträgen zeichnen die Beiträge die europapolitischen Ereignisse des Berichtszeitraums 2013/2014 nach und informieren über die Arbeit der europäischen Institutionen, die Entwicklung der einzelnen Politikbereiche der EU, Europas Rolle in der Welt und die Europapolitik in den Mitgliedstaaten und Kandidatenländern.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
 Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
 Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nach dem Kampf ist vor dem Kampf: Anders als bislang von US-Präsident Barack Obama angekündigt, wird sich Amerika ab 2015 in Afghanistan nicht auf eine reine Trainings- und Beratungsmission („Resolute Support“) zugunsten der afghanischen Armee beschränken. Um ein Wiedererstarken der Taliban und anderer radikal-islamischer Terrornetzwerke zu verhindern, hat der US-Präsident dem Militär grünes Licht für Kampfeinsätze mit Flugzeugen, Bomben und Drohnen gegeben, wenn die afghanische Seite darum bitten sollte. Die Autorisierung geschah mittels eines geheimen Befehls Obamas ohne vorherige Unterrichtung oder Debatte im Kongress. Regierungsoffizielle bestätigten unlängst entsprechende Medienberichte.

Trotz des Truppenabbaus – ab Januar werden nur noch 9.800 US-Soldaten in Afghanistan stationiert sein – ändert sich damit nach Einschätzung von Experten verschiedener Denkfabriken in Washington am militärischen Ist-Zustand nach 13 Jahren Kriegseinsatz de facto nicht viel. Die Kurskorrektur stellt gleichwohl einen substantiellen Strategiewechsel dar. Noch im Frühjahr hatte Obama für Ende dieses Jahres das definitive Auslaufen der Kampfhandlungen und die komplette Übertragung der Verantwortung für die innere Sicherheit an die afghanische Regierung angekündigt. Er folgte damit einem politischen Versprechen bei seiner ersten Wahl 2008 und der weit verbreiteten Kriegsmüdigkeit in der amerikanischen Bevölkerung, die laut Umfragen US-Engagement an Brandherden in Übersee überaus kritisch sieht. Dass ab 2017 nur noch 1.000 US-Soldaten in Afghanistan bleiben sollen, um die Botschaft in Kabul zu sichern, traf darum weitgehend auf Zustimmung.

Unklare Schlagkraft Der Militärführung im Pentagon missfielen diese Festlegungen seit langem. Hinter vorgehaltener Hand hegt man dort erhebliche Zweifel an der Schlagkraft der afghanischen Streitkräfte, obwohl zweistellige Milliardenbeträge in den Aufbau der Armee gesteckt wurden. Generäle befürchten eine zunehmende Destabilisierung des Landes, falls sich die USA zu früh auf eine „reine Beifahrer-Rolle“ zurückzögen, sagte kürzlich ein ehemaliger Kommandeur am Rande einer Tagung in Washington. Er verwies auf einen „beunruhigenden Anstieg der Attentate“ durch die Taliban in jüngster Zeit.

Nach Recherchen des renommierten Terrorismus-Analyse-Zentrums Jane’s in London ist die Zahl der Anschläge in diesem Jahr allein in Kabul mit bisher über 85 doppelt hoch wie 2013 – und die höchste seit 2009. Weil sich das internationale Isaf-Bündnis seit Monaten immer weiter aus ländlichen Gebieten zurückzieht und Dutzende Standorte aufgibt, rücken die Taliban mit ihren Kommandos nun häufiger in die Hauptstadt ein. Aber auch fern der Stadt geht das demonstrative Morden weiter. Zuletzt sorgte ein verheerender Selbstmordanschlag bei einem Volleyballspiel in der Ost-Provinz Paktika mit über 50 Toten für Entsetzen. Dennoch hält das Verteidigungsministerium in den USA in offiziellen Verlautbarungen die afghanische Armee für befähigt, ab Januar 2015 „die volle Verantwortung zu übernehmen“.

Terror der Taliban Obamas stille Kehrtwende, anders als zentrale Weichenstellungen bisher nicht offiziell vom Weißen Haus erklärt oder bestätigt, hat nach Angaben von Regierungskreisen ursächlich mit den Geländegewinnen der Terror-Organisation „Islamischer Staat“ in Syrien und

Stille Kehrtwende

USA Präsident Obama will nun doch mit mehr Militär in Afghanistan bleiben. Taliban verstärken ihren Terror



Die USA setzen auf das vom Westen ausgebildete afghanische Militär, befürchten aber neue Taliban-Offensiven. © picture-alliance/dpa

im Irak zu tun. In Washington ist in Militärkreisen inzwischen Allgemeingut, dass Obamas radikaler Truppenabzug im Irak Ende 2011 den Aufstieg der Dschihadisten um den selbst ernannten Kalifen Bagdadi mindestens begünstigt hat und zudem die Annahme verfrüht war, dass die mit Unsummen alimentierte irakische Armee dem Feind aus dem Inneren gewachsen sein würde. Auf afghanische Verhältnisse übertragen lautet Washingtons große Sorge darum: Wie standhaft sind die rund 300.000 afghanischen Sicherheitskräfte, wenn die Taliban spätestens im kommenden Frühjahr ihre Angriffe verstärken sollten?

Die Fortsetzung eines wehrhaften Einsatzes am Hindukusch über 2015 hinaus mittels einer präsidenten Mandatsausweitung war im Weißen Haus alles andere als unumstritten. Von mehreren zivilen Beratern Obamas ist überliefert, dass sie sich für eine vollständige Einstellung der Kampf-

handlungen ausgesprochen haben. So müsse Afghanistan endlich unter Beweis stellen, dass es die innere Sicherheit aus eigener Kraft gewährleisten könne. Die US-Generalität sprach sich dem Vernehmen nach dagegen aus und forderte ein robustes Mandat, um – an der Seite afghanischer Kräfte – weiter mit Spezialtruppen gegen Taliban und El Qaida vorgehen zu können. Nach Angaben von US-Oberbefehlshaber John F. Campbell hatte der afghanische Präsident Ashraf Ghani um ein größeres Rolle der US-Truppen in seinem Land auch in Zukunft gebeten. Laut „New York Times“ bekam das Militär am Ende „weitgehend“ das, was es wollte.

Die bis zuletzt gültige Marschroute, US-Kampftruppen allenfalls zum Schutz eigener Einrichtungen und westlicher Zivilisten einzusetzen, ist damit Makulatur. Wie lange, darauf nimmt in Washington derzeit niemand Wetten an. Zwar wird das Verhältnis zu Ghani im Vergleich zu Vor-

gänger Karsai als „konstruktiv“ beschrieben. Andererseits hat man in der US-Hauptstadt registriert, dass der neue Mann im Kabuler Präsidentenpalast neun Wochen nach Amtseinführung noch nicht einmal ein Kabinett berufen hat, um die dringenden Reformen voranzutreiben. Die Auswirkungen des Kurswechsels der Amerikaner auf die übrigen Truppensteller in Afghanistan sind noch nicht absehbar. Neben knapp 10.000 US-Soldaten sollen 3.000 weitere ausländische Kräfte aus rund 20 Ländern das Rückgrat von „Resolute Support“ bilden. Den 850 Bundeswehr-Soldaten kommt dabei die Aufgabe zu, am Standort Masar-i-Scharif afghanische Sicherheitskräfte zu unterstützen. Wie sich die Lage für sie im Falle erhöhter Taliban-Aktivität militärisch darstellen wird, bleibt abzuwarten. Dirk Hautkapp

Der Autor ist USA-Korrespondent der Funke-Mediengruppe.

Licht und Schatten

BILANZ Bundesregierung zur Lage und Zukunft Afghanistans

In wenigen Tagen ist letzter Zapfenstreich für die deutschen Isaf-Soldaten. Am 31. Dezember dieses Jahres endet in Afghanistan das Mandat der „Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe“ und damit ein Einsatz, der für die Bundeswehr der umfassendste und auch opferreichste war und der wie kein anderer die außen- und sicherheitspolitische Agenda in Deutschland geprägt hat. Die Bundeswehr wird vorerst weiter vor Ort bleiben – allerdings unter einem neuen Mandat, das nicht mehr als Kampfeinsatz gedacht ist und in dessen Mittelpunkt die Ausbildung und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte steht.

Engagement Wenn der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan, Michael Koch, seine Zwischenbilanz dem „Afghanistan-Engagement“ widmet, dann ist das keine Beschönigung für einen in der deutschen Öffentlichkeit bis heute umstrittenen Militäreinsatz, sondern zielt ganz bewusst auf die Tatsache, dass Isaf „nur ein, aber gleichwohl wichtiger Teil des weit darüber hinausreichenden Afghanistan-Engagements war“. Fazit von Kochs Bericht, der Teil des Fortschrittsberichts der Bundesregierung zur Lage am Hindukusch ist (18/3270): „Wir haben in Afghanistan für seine Menschen und für die internationale Ordnungspolitik schon viel erreicht, aber wir sind noch lange nicht am Ziel.“

Auf der Haben-Seite gibt es eine ganze Reihe von Indikatoren, die auf eine deutliche Verbesserung gegenüber der Zeit der Herrschaft der Taliban bis 2001 schließen lassen. So ist die Lebenserwartung von 45 auf 60 Jahre gestiegen, Mütter- und Kindersterblichkeit sind gesunken, das Bruttoinlandsprodukt hat sich mehr als sechsfach auf 670 US-Dollar pro Kopf. 57 Prozent der Bevölkerung haben Zugang zu medizinischer Grundversorgung, 2002 waren es nur neun Prozent. 2001 gingen lediglich eine Million Kinder – fast ausnahmslos Jungen – in die Schule, heute sind es zwischen acht und neun Millionen, davon 40 Prozent Mädchen. Als Ausdruck dieser positiven Entwicklungen wird in dem Bericht die Tatsache gewertet, dass seit 2002 zwischen 4,7 und 5,7 Millionen Flüchtlinge nach Afghanistan zurückgekehrt sind.

Sicherheit Die bange Frage aber ist, droht das Land mit dem Abzug der Isaf-Truppen in die Hände der Taliban zurückzufallen, die dann die Uhr wieder zurückstellen könnten? In dem Bericht wird festgehalten, dass islamistische Terrorgruppen heute keine Operationsbasen mehr in Afghanistan haben, von denen „für unsere Sicherheit“ oder „für die der Nachbarn“ eine Bedrohung ausgehen könnte. „Afghanen sind mit wenigen Ausnahmen keine treibende Kraft im internationalen islamistischen Terrorismus.“ In dem Bericht wird betont, dass die knapp 200.000 Mann starke afghanische Armee und die mehr als 150.000 afghanischen Polizisten bereits seit Mitte 2013 die Sicherheitsverantwortung in sämtlichen Distrikten übernommen haben und in der Lage sind, eine „ausreichend kontrollierbare Sicherheitslage“ zu gewährleisten. Allerdings ist in dem Bericht auch von „Defiziten bei anspruchsvollen Aufgaben“ und begrenzten Luftkampfmitteln die Rede, „wobei Luftfahrtunterstützung – trotz aller kritischen Aspekte

– eines der wirksamsten Mittel von Isaf“ beim Kampf gegen regierungsfeindliche Kräfte gewesen sei. Und zur Wahrheit gehört auch: Afghanistan ist bei der Finanzierung seiner Sicherheitskräfte weiter auf die Hilfe der Geberländer angewiesen.

Zivilgesellschaft Wichtig ist dem Sonderbeauftragten in seiner Zwischenbilanz noch ein anderer Aspekt: Die afghanische Gesellschaft ist in der Mehrheit nicht empfänglich für radikal-islamistische Abenteuer. Die Zivilgesellschaft habe einen hohen Organisationsgrad und schaue der Kabuler Regierung selbstbewusst auf die Finger, die Medienlandschaft suche hinsichtlich Freiheit und Vielfalt in der Region ihresgleichen. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung unterstütze die Taliban nicht und lehne Gewalt und Extremismus ab, schreibt Koch. Für die Bundesregierung hat die Präsidentschaftswahl dieses Jahres gezeigt, dass es trotz der Versuche der regierungsfeindlichen Kräfte, die Abstimmung zu be- oder verhindern, „ein in den Anfängen funktionierendes demokratisches Gemeinwesen“ in Afghanistan gebe, „an dessen Zukunft seine Bürger mehrheitlich glauben und das von seinen Sicherheitskräften wirksam verteidigt wird“.

Keinen Erfolg kann sich die internationale Gemeinschaft beim Zurückdrängen des Drogenanbaus auf die Fahnen schreiben. Nach UN-Angaben wurde 1994 in Afghanistan Schlafmohn angebaut mit einem Ertrag von rund 3.400 Tonnen Opium, 2013 lag der Ertrag bei 5.500 Tonnen. Damit zusammenhängend werden im Fortschrittsbericht und der Zwischenbilanz eine Reihe von Problemen aufgezählt, auf deren Lösung die internationale Gebergemeinschaft die Kabuler Regierung im Rahmen des sogenannten Tokio-Prozesses verpflichtet hat. Das gilt etwa für Defizite in der Rechtsstaatlichkeit, Justiz, Korruptionsbekämpfung und bei der Achtung und Durchsetzung der in der Verfassung von 2004 verbrieften Grundrechte, insbesondere der Rechte von Mädchen und Frauen.

Wirtschaft Auf einen Punkt wird im Fortschrittsbericht und der Zwischenbilanz besonders wert gelegt: Es wird kein stabiles Afghanistan geben, wenn die Entwicklung der Wirtschaft nicht vorankommt. Die neue Regierung unter Präsident Ashraf Ghani und Abdullah Abdullah im neu geschaffenen Amt des Regierungsvorsitzenden werde sich „mit Dringlichkeit“ der Aufgabe stellen müssen, ein rechtsstaatliches Geschäftsumfeld zu schaffen und die Weichen für eine „sich selbst tragende Wirtschaft“ zu stellen, schreibt die Bundesregierung. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung würden auf bis zu 50 Prozent der Erwerbsbevölkerung geschätzt. „Afghanistan besitzt eine junge, schnell wachsende Bevölkerung“, jährlich drängen etwa 500.000 junge Frauen und Männer zusätzlich auf den Arbeitsmarkt und für sie gilt es, Perspektiven zu schaffen. Deutschland wird im Übrigen bis mindestens 2016 jährlich bis zu 430 Millionen Euro für den Aufbau in Afghanistan bereitstellen und ist damit nach den USA und Japan drittgrößter bilateraler Geber. Die Bundesregierung halte an der Überzeugung fest, dass eine maßvolle Zweckbindung der zugesagten Hilfen der richtige Weg ist, um den nötigen Reformdruck auf die Kabuler Regierung aufrechtzuerhalten. ahe

»Wir haben viel erreicht, aber wir sind noch nicht am Ziel.«

Michael Koch, Sonderbeauftragter für Afghanistan und Pakistan

Mit »uneingeschränkter Solidarität« in den Krieg

RÜCKBLICK Vor 13 Jahren begann unter dem Eindruck der Terroranschläge des 11. Septembers der Bundeswehreinsatz in Afghanistan

Das militärische Engagement Deutschlands in Afghanistan begann mit einem Versprechen und einem innenpolitischen Paukenschlag. Nach den Terroranschlägen des 11. Septembers 2001 hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) den USA die „uneingeschränkte Solidarität“ Deutschlands zugesagt. Vier Wochen später sollte diese Zusage in der Beteiligung am „Krieg gegen den Terrorismus“ münden, den US-Präsident George W. Bush verkündet hatte. Die Nato hatte die Terroranschläge als Angriff auf das Bündnisgebiet gewertet und gemäß Artikel 5 des Nordatlantik-Vertrages den Bündnisfall ausgerufen. Dass Deutschland sich in dieser Situation militärisch verweigert, war kaum denkbar. Mit bis zu 3.900 Soldaten sollte sich die Bundeswehr an der von den USA geführten „Operation Enduring Freedom“ (OEF) beteiligen – nicht nur in Afghanistan, sondern auch am Horn von Afrika und auf der arabischen Halbinsel und damit außerhalb des Nato-Einsatzgebietes. Für Deutschland stellte dies „eine Zäsur“ dar, wie Schröder einräumte. In Afghanistan sollten zunächst



Terrorangriff auf die Türme des World Trade Centers in New York 2001 © picture-alliance/dpa

vor allem 100 Soldaten des Kommando Spezialkräfte zum Einsatz kommen. So sah es das OEF-Mandat vor, das die deutsche Regierung dem Bundestag zur Zustimmung vorlegte. Innerhalb des rot-grünen Regierungsbündnisses war die Beteiligung an OEF jedoch heftig umstritten. 20 Bundestagsabgeordnete der SPD und acht der Grünen meldeten ihre Bedenken an oder bekundeten offen, dem Einsatz nicht zustimmen zu wollen.

Da die Oppositionsfractionen CDU/CSU und FDP dem OEF-Einsatz zustimmen wollten, war eine parlamentarische Mehrheit für das Mandat gesichert. Doch Kanzler Schröder wollte „eine Entscheidung von solcher Tragweite“ in jedem Fall durch eine Mehrheit innerhalb der eigenen Koalition abgesichert sehen. Schröder trat in dieser Situation die Flucht nach vorne an und verknüpfte die Entscheidung über das OEF-Mandat mit der Vertrauensfrage nach

Artikel 68 des Grundgesetzes und somit an die Fortführung des ersten roten-grünen Regierungsbündnisses auf Bundesebene. Kritiker bezeichneten dieses bis dahin einmalige Vorgehen als „Nötigung des Parlaments“. Doch Schröders Rechnung ging auf. Mit 336 Ja-Stimmen aus dem Regierungslager gegen 326 Nein-Stimmen der Opposition billigte der Bundestag das OEF-Mandat und sprach dem Kanzler damit gleichzeitig das Vertrauen aus. Lediglich vier Parlamentarier der Grünen und die Abgeordnete Christa Lörcher, die noch vor der Abstimmung am 16. November 2001 die SPD-Fraktion verlassen hatte, verweigerten Schröder die Gefolgschaft.

Sicherheit am Hindukusch Bereits vier Wochen später, am 22. Dezember, billigte der Bundestag dann die Beteiligung Deutschlands an der „Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan“ (ISAF). Nach der Beseitigung des Taliban-Regimes sollten in Afghanistan ein demokratisches Staatswesen aufgebaut und die Beschlüsse der Petersberger Konferenz umgesetzt werden. Afghanistan sollte dauerhaft als Operationsbasis für islamistische Terroristen ausscheiden. In späteren Jahren begründete Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) den ISAF-Einsatz deshalb mit dem Hinweis, Deutschlands Sicherheit werde „auch am Hindukusch verteidigt“.

Das erste ISAF-Mandat nahm sich noch relativ bescheiden aus. Bis zu 1.200 Soldaten sollten vorwiegend in der Hauptstadt Kabul und Umgebung zum Einsatz kommen. Mit der Ausweitung des Operationsgebietes auf ganz Afghanistan vergrößerte sich jedoch auch das deutsche Engagement. Im Oktober 2003 beschloss der Bundestag die Übernahme des Provincial Reconstruction Teams (PRT) im nordafghanischen Kundus durch die Bundeswehr und erhöhte die Mandatsobergrenze auf 2.250 Soldaten. Im Sommer 2006 übernahm die Bundeswehr schließlich das Kommando über alle ISAF-Truppen im Norden Afghanistans. Dort mehrten sich seit 2007 die Angriffe und Anschläge von Taliban-Kämpfern. In der Folge vergrößerte der Bundestag das deutsche Kontingent bis 2011 auf bis zu 5.350 Soldaten. Spätestens seit dem Luftangriff auf zwei entführte Tanklaster bei Kundus im September 2009 realisierte die Öffentlichkeit, dass die Bundeswehr in einen Krieg verwickelt ist und nicht nur Brunnen bohrt oder Schulen aufbaut. Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) sprach dies dann als erstes Regierungsmitglied auch offen aus. Bis heute sind in diesem Krieg 55 deutsche Soldaten ums Leben gekommen und Hunderte kehrten entweder schwer verletzt oder traumatisiert aus ihren Einsätzen zurück. Alexander Weinlein

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.*

Bestellen Sie unentgeltlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
parlament@fs-medien.de
www.das-parlament.de

DasParlament

Zurück an die Arbeit

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Untersuchungsausschüsse (im Bild: BND-Untersuchungsausschuss, 2008) sorgen stets für großes öffentliches Interesse. Aber auch sie tagen sehr oft unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

© picture-alliance/dpa

Opferrente steigt

RECHT Die Opferrente für politisch Verfolgte der DDR und der Sowjetischen Besatzungszone wird um monatlich 50 Euro erhöht. Einstimmig verabschiedete der Bundestag am Donnerstag vergangener Woche einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/3120, 18/3445). Demnach steigen die monatlichen Zahlungen bereits zum 1. Januar 2015 von derzeit höchstens 250 Euro auf maximal 300 Euro. Auch die Ausgleichleistungen für Personen, die aufgrund ihrer Verfolgung berufliche Nachteile erlitten hatten, werden nächstes Jahr erhöht, um jeweils 30 Euro auf maximal 214 Euro. Bei Enthaltung der Grünen abgelehnt wurde dagegen ein Gesetzentwurf (18/3145, 18/3445) der Fraktion Die Linke. Darin forderte diese unter anderem, den Empfängerkreis der Opferrente auszuweiten. Matthias Bartke (SPD) sagte in der Debatte, mit dem Gesetz würdige der Bundestag die Menschen aus der ehemaligen DDR, die Vorkämpfer für Freiheit, Demokratie und für ein vereinigtes Deutschland waren. Der Umgang mit den Opfern des SED-Regimes ist für Stefan Heck (CDU) auch 24 Jahre nach dem Mauerfall weiterhin eine wichtige Säule der Aufarbeitung. Halina Wawzyiak (Die Linke) fand es bedauerlich, dass die Koalition dem Entwurf ihrer Fraktion nicht folgte. Allerdings werde ihre Fraktion trotzdem dem Regierungsentwurf zustimmen, denn jede Verbesserung für die Opfer sei gut. Harald Terpe (Grüne) sagte, der demokratische Rechtsstaat sühne mit diesem Gesetzentwurf richtigerweise vergangenes, systematisches, staatliches Unrecht. *jbb*

Am Puls der Abgeordneten

AUSSCHÜSSE Grüne und Linke wollen grundsätzlich öffentliche Sitzungen. Koalition zweifelt am Sinn

Ende September machte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) seinem Ärger Luft und sich in den eigenen Reihen nicht nur Freunde: Wenn nicht wenigstens ein hochrangiges Kabinettsmitglied an der „Befragung der Bundesregierung“ teilnehmen, werde er den Punkt künftig nicht mehr aufrufen, sagte er im Ältestenrat. Die Frage, wie man die Arbeit des Bundestages – nicht zuletzt für die Öffentlichkeit – interessanter gestalten könnte, beschäftigt seitdem alle Fraktionen. Zuletzt am vergangenen Donnerstag, als in erster Lesung über einen Antrag von Grünen und Linken (18/3045) beraten wurde, der fordert, grundsätzlich alle Sitzungen von Ausschüssen des Bundestages öffentlich durchzuführen und per Livestream im Internet zu übertragen. Der Vorstoß Lammerts hatte eine andere Zielrichtung: Es ist bei Ministern schon länger üblich, sich bei der Regierungsbefragung – immer mittwochs in Sitzungswochen – durch ihre Staatssekretäre vertreten zu lassen, um die vorher eingereichten Fra-

gen der Abgeordneten zu beantworten. Die Kritik Lammerts erzeugte jedenfalls Handlungsdruck und so einigten sich Union und SPD bereits auf einen Reformplan. Künftig soll immer ein Minister anwesend sein und auf alle Fragen der Abgeordneten antworten, die Dauer der Fragestunde soll sich von 35 auf 60 verlängern. Ursprünglich wollte die SPD noch eine Kanzlerbefragung einführen, konnte sich damit aber bei ihrem Koalitionspartner nicht durchsetzen. Umgesetzt werden soll die Reform 2015. Der Opposition aus Grünen und Linken reichen diese Pläne nicht, eine Reform der Parlamentsarbeit müsse sich auch auf die Ausschüsse erstrecken, so ihr Argument. Sie fordern deshalb eine Änderung der Geschäftsordnung des Bundestages, denn darin heißt es in Paragraph 69: „Die Beratungen der Ausschüsse sind grundsätzlich nicht öffentlich. Der Ausschuss kann beschließen, für einen bestimmten Verhandlungsgegenstand oder Teile desselben die Öffentlichkeit zuzulassen.“ Reichen diese Möglichkeiten aus und welchen Sinn macht eine grundsätzliche Öff-

nung aller Sitzungen für das breite Publikum?, war deshalb die zentrale Frage der Debatte. Immerhin existiert durch den Informationsdienst „heute im Bundestag“, der auch aus nichtöffentlichen Sitzungen berichtet, ja bereits eine gewisse Öffentlichkeit. Dieser Punkt spielte in der Debatte jedoch keine Rolle, stattdessen ging es um die große Frage der Legitimität der parlamentarischen Demokratie und das Selbstverständnis der Abgeordneten. **Wie im Europaparlament** Petra Sitte (Die Linke) begründete den Antrag mit dem Ziel, eine „offene, bürgernahe politische Kultur“ zu stärken. Angesichts beschleunigter Kommunikationsprozesse müssten die Abgeordneten klären, „was wir tun müssen, um eine lebendige Demokratie zu gestalten“, sagte sie. Sehr direkt bezog sie sich aber auch auf die Arbeit ihrer eigenen Fraktion: Die Mehrheit der größten Koalition in der Geschichte des Bundestages bewirke, dass Oppositionsaufgaben wie Kontrolle oder Kritik der Bundesregierung mehr als sonst auf eine wache mediale und gesellschaftliche Öffentlichkeit angewiesen seien, betonte die Erste parlamentarische Geschäftsführerin der Linken. Bernhard Kaster, parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, konnte den Argumenten wenig abgewinnen. Natürlich brauche der Bundestag zwingend Öffentlichkeit und Transparenz. Aber Tat-

sache sei schon heute: Jedes Gesetz werde öffentlich debattiert, die Ausschüsse führten häufig öffentliche Sitzungen durch, ebenfalls öffentlich zugänglich seien Gesetzentwürfe, Anträge und viele andere Dokumente des Bundestages. Durch eine vollständige Öffnung der Sitzungen würde sich der „Charakter und die Ergebnisoffenheit“ der Beratungen und auch der Erwartungsdruck von Interessengruppen verändern, so die Befürchtung Kasters. Britta Haßelmann, die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, bezeichnete die Initiative als „absolut überfällig“. Sie verwies auf das Europaparlament und einige Landesparlamente, wo Ausschüsse grundsätzlich öffentlich tagten, während in Berlin die Öffentlichkeit aus

den Ausschüssen gedrängt werde. So sei es in der letzten Legislaturperiode noch üblich gewesen, dass zum Beispiel der Sportausschuss und der Kulturausschuss grundsätzlich öffentlich getagt hätten. „Wir sollten froh sein über das Interesse der Menschen“, sagte sie. Sonja Steffen (SPD), Obfrau im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, betonte, eine Öffnung könne die Akzeptanz steigern. „Aber dient das tatsächlich auch der Funktionsfähigkeit des Parlaments?“ Steffen betonte gleichzeitig, dass ihre Fraktion bereit sei, „in die Debatte einzusteigen“. Die wird nun in den Ausschüssen geführt, denn dahin wurde der Oppositionsantrag zu weiteren Beratungen überwiesen. *Claudia Heine*



»Wir sollten froh sein über das Interesse der Menschen.«
Britta Haßelmann (Grüne)

> STICHWORT

Öffentlichkeit im Bundestag

- > **Ausschüsse** Die Ausschüsse des Bundestages tagen grundsätzlich in nichtöffentlicher Sitzung. Die Ausschüsse können aber jederzeit beschließen, die Öffentlichkeit zuzulassen. So sieht es die Geschäftsordnung des Bundestages vor.
- > **Fragestunde** Ende September hatte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) die Abwesenheit von Ministern bei der Regierungsbefragung kritisiert. Union und SPD planen nun eine Reform.
- > **Beteiligung** Im Europaparlament und einigen Landesparlamenten tagen Ausschüsse grundsätzlich öffentlich.

Kritik an Mietpreisbremse Vom Schreibtisch ans Krankenbett

RECHT Gesetzentwurf ist für Experten zu ungenau

Die Bundesregierung sollte nach Ansicht von Experten die von ihr geplante Mietpreisbremse deutlich nachbessern. Das zumindest war das Ergebnis einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz in der vergangenen Woche. Nach dem Gesetzentwurf (18/3121) sollen in angespannten Wohnungsmärkten die Mieten bei Wiedervermietung künftig nicht mehr als zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen dürfen. Die Mehrzahl der Experten bezeichnete die ortsübliche Vergleichsmiete als Referenzpunkt jedoch als zu ungenau, ein qualifizierter Mietpreis sei besser geeignet. Einstimmig begrüßt wurde hingegen, die Beibehaltung des Paragraphen fünf des Wirtschaftsstrafgesetzbuches. Dieser erlaubt Bußgelder für Vermieter, falls diese Mieten um mehr als 20 Prozent erhöhen. Norbert Portz von der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände sagte, der Entwurf bekämpfe nur die Symptome, nicht die Ursache der hohen Mieten, nämlich Wohnungsmangel. Deshalb forderte er unter anderem, die Städtebauförderung des Bundes dauerhaft zu erhöhen. Axel Gedaschko, Präsident des Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, sagte, es sei gut, dass Neubauten und modernisierte Wohnungen von

der Mietpreisbremse ausgenommen werden sollen. Christian Bruch, Bundesgeschäftsführer des Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen, begrüßte, dass im Gesetz Gegenden mit angespanntem Wohnungsmarkt genau definiert würden, das helfe bei Investitionsentscheidungen, betonte er. Für Lukas Siebenkotten, Bundesdirektor des Deutschen Mieterbundes, ist die ortsübliche Vergleichsmiete hingegen ein bewährtes Mittel, zudem gebe es in vielen Städten gar keinen Mietspiegel. Rolf Gaßmann vom Deutschen Mieterbund Baden-Württemberg sagte, man brauche die Mietpreisbremse, weil nicht schnell genug ausreichend gebaut werden könnte. Nicht weit genug geht der Entwurf für Carola Handweg vom Republikanischen Anwälten- und Anwaltverband sowie für Beatrix Zurek vom Mieterverein München. Die Mietpreisbremse müsse bundesweit gelten und habe zu viele Ausnahmen. Jens-Ulrich Kießling, Präsident des Immobilienverbandes Deutschland, kritisierte die Änderung des Bestellerprinzips bei den Maklergebühren. Für Kai Warnecke vom Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer ist der Entwurf verfassungswidrig. Er verletze die Eigentumsrechte, sagt er. *jbb*

FAMILIE Bundestag verabschiedet Gesetz zur Familienpflegezeit. Opposition kritisiert »Einknicken vor der Wirtschaft«

Ab kommendem Jahr verbessert sich die Situation für Berufstätige, die nahe Angehörige pflegen. Das zumindest ist das Ziel des von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzes zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf (18/3124), das der Bundestag vergangenen Donnerstag in der Ausschussfassung (18/3449) verabschiedet hat. Mit dem Gesetz wird eine Lohnersatzleistung in Höhe von 90 Prozent des Nettogehaltes eingeführt. Sie wird an Beschäftigte gezahlt, wenn diese eine zehntägige Familienpflegezeit nehmen, um die Pflege eines nahen Angehörigen zu organisieren. Zudem gibt es einen Rechtsanspruch auf eine bis zu 24-monatige Familienpflegezeit. In dieser Zeit können Beschäftigte ihre Arbeitszeit auf bis zu 15 Wochenstunden reduzieren, um einen nahen Angehörigen zu betreuen. Um den Verdienstaufschlag zu kompensieren, kann ein zinsloses Darlehen durch den Staat in Anspruch genommen werden. Dieser Rechtsanspruch gilt jedoch nur für Arbeitnehmer in Betrieben mit mehr als 25 Beschäftigten. In der Regierungsvorlage war noch von 15 Beschäftigten die Rede. Der Familienausschuss veränderte die Gesetzesvorlage aber durch einen entsprechenden Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen.

Aus gutem Grund, wie Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) fand. Kleinbetriebe würden eher spezielle Angebote an ihre Mitarbeiter richten und hätten mehr Schwierigkeiten, für 24 Monate einen Ersatz zu finden, sagte sie in der Debatte. Außerdem, so die Ministerin, hätten auch Beschäftigte in Betrieben mit bis zu 25 Mitarbeitern die Chance, eine 24-monatige Familienpflegezeit zu nehmen. Aber: „Sie sollten das mit ihren Arbeitgeber absprechen, statt es durchklagen zu können.“ Elisabeth Scharfenberg (Grüne) zeigte sich enttäuscht von den Sozialdemokraten und der Ministerin im Besonderen. „Wie konnten Sie nur so einknicken“, fragte sie. Der Rechtsanspruch sei „nicht das Papier wert, auf dem er gedruckt wird“. Schließlich würde er in 90 Prozent aller Betriebe nicht gelten.

Pia Zimmermann (Die Linke) sprach von einem Kniefall vor der Wirtschaft. Mehr als sieben Millionen Beschäftigte seien von dem Rechtsanspruch ausgenommen, kritisierte sie. Aber auch die zehntägige Auszeit helfe nicht wirklich. „Glauben Sie, dass sich eine plötzlich aufgetretene Notlage innerhalb von zehn Tagen regeln lässt?“, fragte sie und sprach sich für die Möglichkeit einer sechswöchigen Auszeit aus. Astrid Timmermann-Fechter (CDU) verteidigte hingegen die verabschiedete Regelung. Aus dem Gesetz gehe hervor, dass die zehn Tage unter Familienangehörigen auch aufgeteilt werden können. Zugleich sei der Kreis der „näheren Verwandten“ im Gesetz erweitert worden. Carola Reimann (SPD) machte deutlich, dass man bei der Regelung die Interessen der Pflegebedürftigen, der pflegenden Angehörigen aber auch der Wirtschaft im Blick habe. „Die bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf macht auch wirtschaftlich Sinn“, sagte sie. *hau*



Arbeitnehmer, die Angehörige pflegen, bekommen mehr Unterstützung. © picture-alliance/dpa

Einreiseverbot für Delegation

DIPLOMATISCHER AFFRONT Eine Delegation von Bundestagsabgeordneten ist von der Regierung Ecuadors an der Einreise in das südamerikanische Land gehindert worden. Die Botschaft Ecuadors begründete die Absage offiziell mit dem Fehlen einer „einvernehmlichen Planung“ und der mangelnden „Ausgeglichenheit“ des vorgesehenen Programms. Die Abordnung des Umweltausschusses unter Leitung der Vorsitzenden Bärbel Höhn (Bündnis 90/Die Grünen) wollten im Vorfeld der Weltklimakonferenz im Nachbarland Peru unter anderem auch Gespräche mit Vertretern von Umweltschutzorganisationen führen, die sich gegen die Ölförderung im Yasuni-Nationalpark aussprechen. Die Bundesrepublik unterstützt den Schutz des dortigen Regenwaldes. Die Mitglieder der Delegation reagierten empört auf die Absage der Reise durch die Regierung des südamerikanischen Landes. Man lasse sich gewiss nicht die Gesprächspartner vorschreiben, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung. „Eine solche Erwartungshaltung und das anschließende Verhalten hätten wir nicht erwartet“, schreibt die Abordnung. Den Mitgliedern gehe es um eine gute Zusammenarbeit sowohl mit der Regierung als auch mit der Zivilgesellschaft in Fragen des Umweltschutzes und des Schutzes der Menschenrechte. „Für diese Entscheidung der ecuadorianischen Regierung kann es keine für uns zu akzeptierenden Gründe geben. Wir fordern die deutsche Regierung im Lichte dieses Vorganges auf, daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen“, heißt es weiter. *scr*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Im Dickicht der Daten

NSA-AUSSCHUSS Bei der Befragung des Zeugen macht sich mitunter eine skurrile Geheimnistuerei breit

Der große Internetknoten in Frankfurt am Main spielt eine wichtige Rolle bei der Aufklärung des NSA-Spähscandals im Untersuchungsausschuss.

© picture-alliance/28

Alle diese Fragen sollen den Zeugen doch nur bloßstellen“, giftete dessen Rechtsbeistand hinüber zu Konstantin von Notz (Grüne), und deshalb werde er unter dem Kürzel S. L. firmierende Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes (BND) in diesem Fall keine Antwort geben. Der Abgeordnete hatte wissen wollen, ob nicht allein schon das Durchforsten der Telekommunikation eines Bürgers mit Hilfe von Suchbegriffen dessen Grundrechte beeinträchtigen – und nicht erst eine Übermittlung solcher Daten an den US-Geheimdienst NSA. Das Treffen des zur Durchleuchtung des NSA-Spähscandals eingesetzten Untersuchungsausschusses wurde vergangene Woche sogar einmal unterbrochen, als sich die Koalition über Vorwürfe empörte, S. L. sage nicht die Wahrheit. Skurril mutete die Geheimnistuerei an: Während der Sitzung sprachen die Parlamentarier von einem „großen Netzbetreiber“, der dem BND und der NSA bei der Ausforschung von Internetdaten technisch geholfen habe und der offiziell nicht genannt werden dürfe – wo doch die Ladung des früheren Telekom-Chefs Kai-Uwe Ricke in den Zeugenstand den Konzern offenbarte. Der Ausschuss prüft, ob hiesige Geheimdienste in den Spähskandal um die NSA verwickelt sind. Und dieses Mal wurden überraschende Neuigkeiten bekannt. So war das Kanzler-

Ex-Telekom-Chef Ricke weiß nichts von Post aus dem Kanzleramt.

amt laut S. L. 2004 direkt in das vom Zeugen geleitete Projekt „Eikonal“ involviert und hat das Anzapfen eines Internet-Kabelknotens in Frankfurt am Main durch BND und NSA erst ermöglicht. Der Zeuge räumte zudem ein, dass der BND nicht nur die Telekom, sondern noch einen anderen Provider für einen „zweiten Ansatz“ nutzte, um an Internetdaten zu gelangen, wobei Näheres geheim erörtert wurde. Überdies weiß der Ausschuss nun, dass bei „Eikonal“ nicht nur in geringem Umfang Meldungen über Telefonate, Fax und Mails von Ausländern an die NSA gingen, sondern auch „Metadaten“, also Verbindungsdaten.

Post vom Kanzleramt Die NSA wollte einen Zugriff auf das Internet-Kabelnetz in Frankfurt und etwa auf den afghanischen Datenverkehr bekommen. Laut S. L. hatte der „Netzbetreiber“ erst Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Ausspähung von Telefonleitungen, um die es bei „Eikonal“ ging. Eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Kanzleramts habe diese Bedenken ausgeräumt. In dieser Phase habe man um Zusammenarbeit „gebeten“, da man die Firma dazu nicht habe „zwingen“ können, sagte der Zeuge. Es sei ein Vertrag geschlossen worden, und für die Hilfe „hat der BND gezahlt“. Nach dem Auftritt von S. L. erklärte Ricke überraschend, er wisse nichts von einem Übereinkommen mit dem BND und von Post aus dem Kanzleramt. Doch die Abgeordneten konnten auf seine namentliche Erwäh-

nung in dem Schreiben verweisen. Der Brief sei vielleicht an anderen Stellen im Unternehmen gelandet, orakelte Ricke. Bei einem Gespräch mit BND-Präsident August Hanning sei es jedenfalls nicht um dieses Thema gegangen. Als bei „Eikonal“ später auch die Durchforstung des Internetverkehrs anstand, holte der BND eine Genehmigung der G-10-Kommission des Bundestages ein. Dieses Placet war nötig, da im Internet laut S. L. anders als bei Telefonaten Informationen über Deutsche, im Fachjargon G-10-Daten, nicht schnell aussortiert werden können und deshalb bearbeitet werden müssen. Eine G-10-Genehmigung zwingt einen Provider zur Unterstützung des BND. Die Opposition argwöhnte, der BND habe die G-10-Kommission und die

Telekom „getäuscht“: Die G-10-Genehmigung sei nur ein Vorwand gewesen, in Wahrheit habe der BND nicht G-10-Daten, sondern die Telekommunikation von Ausländern abgreifen wollen. S. L. sagte: Der BND habe „kommuniziert“, es gehe um G-10-Daten, der damit verbundene Zugang zu ausländischer Kommunikation sei ein „Benefit“ (Nutzen) für „Eikonal“ gewesen. Er bestand darauf, dass der BND über eine „mehrstufige Filterkaskade“ Informationen über Deutsche aus den Datenströmen konsequent aussortiert und nicht an die NSA geleitet habe: „Wir haben uns streng an Recht und Gesetz gehalten.“

Strenge Kontrollen S. L. nannte es „ehrenrührig“, wenn der BND in den Medien in die „Nähe der Stasi und der Gestapo gerückt wird“. Wegen der rigiden Datenfilterung habe die US-Seite letztlich im Jahr „nur wenige Hundert Meldungen“ erhalten, da auch die Auswertung des ausländischen Datenverkehrs, der Zweck von „Eikonal“, streng kontrolliert worden sei. Weil bei diesem Projekt nur wenig herauskam, sei die NSA 2008 ausgestiegen. Koalitionspolitiker sahen in diesen Ausführungen den Beleg dafür, dass der BND alles getan habe, um die Daten von Deutschen vor einem NSA-Zugriff zu schützen. Nach mehrmaligem Nachhaken von Martina Renner (Linke) räumte S. L. indes ein, dass nicht nur Meldungen zu Telefonaten oder Mails, sondern auch Metadaten übermittelt worden seien, ohne Bezüge zu Personen. Die NSA sei eventuell vor allem an diesen Metadaten interessiert, mutmaßte Notz. Dies blieb ebenso offen wie die Frage, in welchem Umfang Verbindungsdaten in die USA flossen. *Karl-Otto Sattler* ||

> STICHWORT

Der NSA-Spähskandal

> **Auftrag** Der Untersuchungsausschuss soll den Skandal um die millionenfache Ausspähung von Deutschen durch den US-Geheimdienst NSA und andere ausländische Dienste durchleuchten.

> **BND** Die Abgeordneten sollen auch klären, ob der BND in diese Affäre verwickelt ist und Daten über Deutsche an die NSA übermittelt hat.

> **Internet** Eine wichtige Rolle spielt die Kooperation von BND und NSA beim Anzapfen von Internetkabeln in Frankfurt im Rahmen des Projekts „Eikonal“.

BKA ständig mit neuen Fällen von Kindesmissbrauch befasst

EDATHY-AUSSCHUSS BKA-Beamter berichtet von bis zu 3.000 neuen Vorgängen im Monat, die bearbeitet werden müssen

Bei seiner Erkundung der Vorgänge rund um den „Fall Edathy“ hat sich der 2. Untersuchungsausschuss des Bundestages ein Stück vorangetastet. Ein aktueller und ein früherer Leiter des für Kinderpornografie zuständigen Referats SO 12 des Bundeskriminalamtes (BKA) bestätigten vergangene Woche durchgängig, was sieben ihrer Mitarbeiter bereits ausgesagt hatten. Ein neues Detail konnte Christian Hoppe, Referatsleiter bis Ende 2013, zu der Frage beitragen, warum es zwei Jahre gedauert hat, bis erkannt wurde, dass es sich beim Namen Sebastian Edathy auf der Kundenliste eines

kanadischen Kinderpornovertriebs um den damaligen SPD-Bundestagsabgeordneten handelte. Schon bisher war klar, dass von den über 800 deutschen Kunden der Firma zunächst diejenigen überprüft worden waren, die eindeutig strafbares Material bestellt hatten. Erst beim Abgleich der übrigen Namen hatte Edathys heimatische Polizeidienststelle in Nienburg erkannt, um wen es sich handelte, und die Kollegen im BKA informiert. Mitglieder des Ausschusses wollten nun von Hoppe wissen, warum er selbst nicht früher auf Edathy aufmerksam wurde. Immerhin war er Zeuge in dem von Edathy geleiteten NSU-Untersuchungsausschuss. Hoppe sagte, er habe keine Veranlassung gehabt, die Namensliste einzusehen. Als dann am 15. Oktober 2013, dem Tag der Nachricht aus Nienburg, Mitarbeiter zu ihm gekommen seien und ihm den Na-

men Edathy gezeigt hätten, sei ihm sofort klar gewesen, um wen es sich handelte, und er habe umgehend seine Vorgesetzten informiert. Schon Hoppes Mitarbeiter waren gefragt worden, ob dessen Auftritt vor dem NSU-Ausschuss kein Thema im Referat gewesen sei. Dazu hatten sie ausgesagt, dass darüber nur am Rande geredet worden sei und nicht so, dass sich ihnen der Name Edathy eingepägt habe. Hoppe sagte nun, er habe hauptsächlich mit Kollegen aus seinem früheren, mit Rechtsterrorismus befassten Referat sowie mit anderen Referatsleitern über den NSU-Ausschuss gesprochen. Im Referat SO 12 sei nur allgemein darüber geredet worden. Zu der ebenfalls schon in früheren Zeugenvernehmungen abgeklapften Frage, warum die Abarbeitung der Kundenliste so lange dauerte, berichtete Hoppe von 2.500 bis 3.000 neu eingehenden Vorgängen im Mo-

nat, die seine knapp 30 Mitarbeiter abarbeiten müssten. Darunter seien krasse Fälle von fortwährendem Kindesmissbrauch, zu denen vorrangig ermittelt werden müsse. Bei der mit Edathy in Zusammenhang stehenden „Operation Selm“ dagegen gehe es um Konsumenten von 15 bis 20 Jahre alten Filmen und Bildern. Der Inhaber des kanadischen Vertriebs sei längst dingfest gemacht.

Ausnahmezustand Hoppes Amtsnachfolger Christoph Dorendorf, berichtete als zweiter Zeuge, er habe am 20. Januar 2014 seinen Dienst im Referat SO 12 angetreten, und bereits am 10. Februar habe die Staatsanwaltschaft Hannover Edathys Wohnung durchsucht. Seitdem habe in seinem Referat über Monate der Ausnahmezustand geherrscht. Die Mitarbeiter hätten hausinterne Berichte schreiben, Medienanfragen



Kinder sind ständigen Gefahren durch Missbrauch ausgesetzt.

© picture-alliance/dpa

und parlamentarische Anfragen beantworten sowie große Mengen von Akten erst für den Innenausschuss und dann für den Untersuchungsausschuss aufarbeiten müssen.

Manchmal hätten sie sich kaum um ihre eigentliche Arbeit kümmern können. Es seien ihm zeitweise aber weitere Mitarbeiter zugeteilt worden. *Peter Stützle* ||

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Chronisch Kranke mit mehr Schutz

RECHT Menschen mit chronischen Erkrankungen müssen nach Ansicht der Opposition noch wirksamer gegen Diskriminierungen etwa im Berufsalltag geschützt werden. Die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen machten vergangene Woche deutlich, dass sie deswegen eine Präzisierung im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) für nötig halten. Der von der Linksfraktion eingebrachte Gesetzentwurf (18/3315) wird allerdings sowohl von den Regierungsfractionen der Union und SPD wie auch von den Grünen abgelehnt. Nach Ansicht der Union ist der Entwurf nach einem Grundsatzurteil überholt. Die Linke hatte die politische Initiative angesichts des Rechtsstreits über die Kündigung eines HIV-infizierten Chemielaboranten ergriffen. Der neu eingestellte Mann war aufgrund seiner Infektion gekündigt worden, weil er nach Ansicht der Firma mit seiner ansteckenden Krankheit für die ihm zugedachte Arbeit in einem sogenannten Reinraum nicht infrage kam. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) urteilte daraufhin am 19. Dezember 2013, ein Arbeitnehmer, der an einer symptomlosen HIV-Infektion erkrankt ist, sei behindert im Sinne des § 1 AGG, sodass eine Kündigung diskriminierend und damit unwirksam sei (Az 6 AZR 19/

12). Nach Ansicht der Union erübrigt sich damit der von den Linken vorgelegte Gesetzentwurf, wie Volker Ullrich (CSU) darlegte, denn chronische Krankheiten könnten nun „unter dem Tatbestandsmerkmal Behinderung subsumiert werden“. Es bestehe keine Regelungslücke. Auch Hendrik Hoppenstedt (CDU) merkte an, das BAG-Urteil lasse den Schluss zu, dass künftig „jedwede chronische Erkrankung eine Behinderung im Sinne des AGG“ sein könne. Er riet aber dazu, im Ausschuss zu beraten, ob die Aufnahme chronischer Krankheiten in den AGG-Katalog zur Klarstellung erforderlich sei. Matthias Bartke (SPD) wies darauf hin, dass es nicht nur um HIV und Aids gehe, sondern auch etwa um Diabetes, Krebs oder psychische Erkrankungen. Nicht jeder chronisch Kranke gelte als behindert. Um Betroffene zu schützen, sollte der Behindertenbegriff im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention weiterentwickelt werden. Volker Beck (Grüne) sagte, das AGG enthalte „Lücken, die geschlossen werden müssen“. Die Vorlage der Linken beinhalte aber uneinheitliche Rechtsbegriffe. Harald Petzold (Linke) betonte, Schicksale wie die des Laboranten könnte er „ohne Unterbrechung“ darlegen. Im AGG sollte der Schutz daher „klar benannt und geregelt“ werden. *pk* ||

Bessere Chancen für Behinderte

TEILHABE Die Vermögensanrechnung für Menschen mit Behinderung, die eine Assistenz benötigen, soll überarbeitet werden. Das kündigten Vertreter aller Fraktionen vergangene Woche während der Bundestagsdebatte anlässlich des „Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung“ an. Damit griffen die Abgeordneten eine zentrale Forderung von Verena Bentele, Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, auf. Sie hatte darauf hingewiesen, dass die aktuelle Gesetzeslage es für die Betroffenen unmöglich mache, zum Beispiel für die Ausbildung der eigenen Kinder zu sparen. Bentele forderte zudem von den Bundesländern, eine Lösung im Hinblick auf einen Entschädigungsfonds für Missbrauchssopfer in Einrichtungen der Behindertenhilfe und Psychiatrie zu finden. Bei der Aussprache kritisierte Katrin Werner von der Fraktion Die Linke, dass auf dem Papier zwar schon viel für Behinderte passiert sei, es aber an der Umsetzung noch hapere. Sie forderte vor allem, die Kommunen in den Blick zu nehmen, da es dort häufig an konkreten Initiativen zur Barrierefreiheit fehle. Uwe Schummer (CDU) erinnerte an die schwierige Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt. Es müsse

noch mehr Aufklärungsarbeit geleistet werden, um Unternehmen zu zeigen, welche Mittel sie abrufen könnten, um Behinderte die Arbeit in Betrieben zu ermöglichen. Corinna Rüffer von der Grünen-Fraktion kritisierte die Informationspolitik der Bundesregierung in Hinblick auf das geplante Bundes-teilhabe-gesetz. So würden kleine Anfragen ihrer Fraktion mit Verweis auf den noch nicht abgeschlossenen Beteiligungsprozess inhaltlich nicht beantwortet, bemängelte Rüffer. Es sei zwar richtig und vor allem völkerrechtlich vorgeschrieben, Verbände der Betroffenen zu beteiligen. Das dürfe aber nicht dazu führen, dass im Bundestag gar nicht diskutiert werde, sagte sie. Kerstin Tack (SPD) verwies auf das Übereinkommen der Vereinten Nationen zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen, das die Bundesrepublik 2009 ratifiziert hatte. In der Folge habe ein Paradigmenwechsel stattgefunden hin zu der Frage, wie sich die Systeme verändern müssten, um die sogenannte Inklusion zu ermöglichen. Daran werde sich auch das Bundesteilhabegesetz prüfen lassen müssen. Tack kündigte an, sich für bundeseinheitliche Standards bei der Bedarfsermittlung einzusetzen. *scr* ||

Offene Wünsche zum Geburtstag

KINDERRECHTE Vor 25 Jahren wurde in New York die Kinderrechtskonvention von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen. Das Vertragswerk, dem bis heute 193 Nationen beigetreten sind, garantiert Kindern Standards zu ihrem Schutz, so etwa das Recht auf Entwicklung, Schutz vor Diskriminierung, Wahrung ihrer speziellen Interessen und Teilhabe an der Gesellschaft. Zum 25. Geburtstag der Konvention gab es im Bundestag Glückwünsche – und vor allem einen bislang unerfüllten Wunsch: den nach der Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz. Während in der Vereinbarten Debatte am Freitag SPD, Grüne und Linke dafür plädierten, ist die Union weiter skeptisch. Die Kinderbeauftragte der SPD-Fraktion, Susanna Rührich, sagte, sie äußere Wünsche, von denen sie hoffe, dass sie sich in den nächsten 25 Jahren erfüllen: die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz, eine kostenfreie Bildung für jedes Kind in Kitas und Schulen, die Gleichbehandlung von Flüchtlingskindern und einen besseren Schutz vor Gewalt. Um Gewaltfreiheit ging es auch dem Linken-Abgeordneten Norbert Müller, der einen Stopp der Bundeswehr-Werbung an Kitas und Schu-

len verlangte. Man dürfe die „Enttabuisierung des Militärs nicht bagatelisieren“, sagte er. Dass es offenbar „Kasernenexkursionen“ von Kindergartenkindern gebe, sei „unwürdig“. Müller plädierte ebenfalls für die Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung und forderte die SPD auf, ihrem Koalitionspartner dabei Druck zu machen. Dass dies schwierig sein dürfte, darauf deutete der Beitrag des familienpolitischen Sprechers der Unionsfraktion, Marcus Weinberg (CDU), hin. Er frage sich, ob eine Grundgesetzänderung nicht reine „Symbolpolitik“ wäre. Tatsächlich sei sowohl in Deutschland wie auch international noch viel zu tun. Weltweit erlebten 6,3 Millionen Kinder ihren fünften Geburtstag nicht, nur fünf Prozent aller Kinder lebten in Ländern, in denen Gewalt in der Erziehung verboten sei. Wenn in Deutschland 40.000 Kinder jährlich in Obhut genommen werden müssten, „dann stimmt etwas nicht in dieser Gesellschaft“. Die Grünen-Familienexpertin Franziska Brantner erwiderte, selbst wenn Kinderrechte in der Verfassung nur ein Symbol wären, was sie nicht glaube, sei dies „kein akzeptables Argument“ dagegen. *Susanne Kalitz* ||

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



KURZ NOTIERT

Verbraucherschutz zum Justizministerium

Die Zuständigkeit der Verbraucherschutzpolitik liegt zukünftig vollständig beim Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV). Einstimmig verabschiedete der Bundestag vergangene Woche einen entsprechenden Gesetzentwurf (18/3253, 18/3448) der Bundesregierung. Der Übergang der Zuständigkeit für den Verbraucherschutz vom Agrarministerium auf das Justizministerium Anfang der Wahlperiode machte laut dem Entwurf die Änderung rechtlicher Regelungen erforderlich, in denen das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit für die grenzüberschreitende Rechtsdurchsetzung vorgesehen ist. Diese Aufgaben des „wirtschaftlichen Verbraucherschutzes“ sind nun beim BMJV. *jbb*

Grünes Licht für höhere Streitwertgrenze

Der Bundestag hat der Bundesregierung grünes Licht gegeben, in Brüssel einer Erhöhung der Streitwertgrenze bei Bagatellverfahren auf 4.000 Euro zuzustimmen. Dazu verabschiedete das Parlament vergangene Woche bei Enthaltung der Linksfaktion eine Beschlussempfehlung und einen Bericht des Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz (18/3427, 18/3385, 18/2647, 18/419). Im Zuge der Verhandlungen zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen und zur Einführung eines europäischen Mahnverfahrens hatte die Regierung einen Parlamentsvorbehalt zur Zustimmung angekündigt. *jbb*

EU-weite Angleichung der Handelsregister

Der Bundestag hat vergangene Woche einen Gesetzentwurf (18/2137, 18/3438) der Bundesregierung verabschiedet, mit dem die europaweite Kommunikation zwischen den Handelsregistern verbessert wird. Die Fraktion Die Linke enthielt sich, alle anderen Fraktionen votierten für den Entwurf. Das Gesetz setzt die Richtlinie 2012/17/EU des Europäischen Parlamentes und des Europäischen Rates in nationales Recht um. Die Richtlinie soll den grenzüberschreitenden Zugang zu Unternehmensinformationen über das Europäische Justizportal verbessern. Im Handelsgesetzbuch werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Interoperabilität des Handelsregisters und des Unternehmensregisters mit der zentralen europäischen Plattform gewährleistet ist. *jbb*

Übereinkommen zum Schutz von Kindern

Der Bundestag hat das Übereinkommen des Europarates zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und Missbrauch ratifiziert. Bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke verabschiedete das Plenum vergangene Woche einen entsprechenden Gesetzentwurf (18/3122, 18/3437). Zur wirksamen Durchführung des Übereinkommens soll „ein besonderer Überwachungsmechanismus“ eingeführt werden, der aus einem Ausschuss der Vertragsparteien und Vertretern anderer europäischer Institutionen bestehen soll. *jbb*



Eines von Millionen Flüchtlingskindern: Alma aus Syrien im Kindergarten der Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge im baden-württembergischen Meßstetten.

© picture-alliance/dpa

Viel getan, viel zu tun

SYRIEN-FLÜCHTLINGE Opposition will Aufnahme ausdehnen. Regierung: Schwerpunkt bei Hilfe vor Ort

Die Zahlen, die die Grünen-Abgeordnete Luise Amtsberg und andere vergangene Woche in der Bundestagsdebatte über die Aufnahme syrischer Flüchtlinge nannten, sind mehr als bedrückend, verbergen sich dahinter doch Einzelschicksale voll Not und Leid: „13 Millionen Menschen sind in der Region (...) auf der Flucht. Es gibt sieben Millionen Binnenvertriebene in Syrien und drei Millionen Vertriebene im Libanon, in Jordanien und in der Türkei. Fast zwei Millionen Iraker fliehen seit Jahresbeginn vor dem Terror des IS“, rechnete Luise Amtsberg vor, als sie den Antrag ihrer Fraktion vorstellte, die Aufnahme syrischer und irakischer Flüchtlinge auszuweiten (18/3154).

»Kontingente sind ein Weg der legalen Zuwanderung. Diesen sollten wir stärken.«

Luise Amtsberg (Grüne)

Die Vorlage stand zusammen mit einer Großen Anfrage der Grünen-Fraktion zur „Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Deutschland“ (18/2999) erstmals auf der Tagesordnung des Bundestagsplenums. Danach soll die Bundesregierung unter anderem ein zusätzliches Kontingent zur Aufnahme weiterer 20.000 Flüchtlinge aus den beiden Bürgerkriegsstaaten auflegen. Amtsberg verwies darauf, dass die Aufnahme von Kontingentflücht-

lingen eine Möglichkeit legaler Zuwanderung biete, die man stärken müsse. Zahlen nannte auch Ole Schröder (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, um zu belegen, „dass sich Deutschland der Sache der syrischen Flüchtlinge annimmt wie kaum ein anderes Land außerhalb der Krisenregion“. Dies gelte für die vorrangige Hilfe vor Ort als auch für die Flüchtlingsaufnahme. Derzeit lägen die deutschen Leistungen für die Hilfe vor Ort bei 800 Millionen Euro, und seit Ausbruch des Konflikts hätten bereits rund 75.000 syrische Staatsangehörige in der Bundesrepublik Schutz gefunden. „Deutschland wird allen Betroffenen in der Krisenregion weiterhin helfen“, versicherte Schröder, doch sei es „mit der Ankündigung von Kontingenten nicht getan“. Die Masse der Flüchtlinge erreiche man nur in der Region selbst, wo man „mit dem Geld am meisten tun“ könne. Daher werde der Schwerpunkt deutscher Hilfe auch künftig die Unterstützung vor Ort sein. Alles andere wie etwa Aufnahmeprogramme könne „nur für besonders Schutzbedürftige gelten und für solche Menschen, die besondere Beziehungen nach Deutschland haben“. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Ay-

dan Özoguz (SPD), sagte, angesichts der „Menschenrechtskrisen“ wie in Syrien und dem Irak sei „unbestritten, dass wir uns mittelfristig auch auf mehr Asylsuchende einstellen“ müssten. Zugleich dürfe man aber auch die europäischen Partner nicht aus der Verantwortung für die syrischen Flüchtlinge lassen. Dass in der EU fünf Staaten 75 Prozent der Schutzsuchenden aufnehmen, könne „nicht dazu verleiten, von einer tatsächlichen europäischen Solidarität zu sprechen“. Özoguz mahnte zudem, in Europa alles zu tun, damit die Asyldebatte nicht „auf dem Rücken der Schutzsuchenden ausgetragen wird“. Wie notwendig solche Warnungen sind, machte für Die Linke ihre Parlamentarierin Petra Pau deutlich, die vor einer wachsenden Ausländerfeindlichkeit in Deutschland warnte und gleichfalls bestürzende Zahlen nannte: In den ersten neun Monaten dieses Jahres seien „bundesweit 29 gewalttätige Übergriffe auf Flüchtlinge, 23 Brandanschläge auf Unterkünfte, 27 Sachbeschädigungen an Unterkünften sowie 194 flüchtlingsfeindliche Kundgebungen“ registriert worden, sagte die Bundestagsvizepräsidentin. Im statistischen Durchschnitt finde täglich eine fremdenfeindliche Aktion statt. „Wir erleben zunehmend Pogromstimmungen wie

»Deutschland wird allen Betroffenen in der Krisenregion weiter helfen.«

Ole Schröder (CDU)

Anfang der 1990er Jahre“, sagte Pau. Darauf müsse „die Bundespolitik endlich reagieren“. Die „Würde der Menschen in Not, der Flüchtlinge“ müsse einen höheren Stellenwert bekommen als bisher. Auch mehrten sich die Beispiele, dass Mitglieder der an vielen Brennpunkten aktiven „Willkommensinitiativen“ „mit Gewalt und Morddrohungen von Nazis überzogen werden“. Solche Bedrohungen müsse die Polizei ernst nehmen. Die CDU-Abgeordnete Nina Warken hob hervor, dass es derzeit in Deutschland „große Solidarität mit den Flüchtlingen“ gebe. Diese Solidarität sei „essentiell für die Akzeptanz unserer gesamten Flüchtlingspolitik“. Es gebe aber auch Ängste, mit denen man sorgsam umgehen müsse. Hinzu komme die Situation in den Ländern und Kommunen, die an ihrer Leistungsgrenze angekommen seien. Man brauche daher „keine Rufe nach immer mehr“, sondern eine „überlegte Strategie der umfassenden Hilfe“. Rund drei Viertel aller syrischen Flüchtlinge in Europa seien in Deutschland aufgenommen worden. Der Schwerpunkt der Hilfen liege jedoch in den Nachbarländern Syriens. Jeder Euro, der dort den Menschen zugutekomme, bewirke „das Doppelte und Dreifache“ wie hierzulande.

Wie Warken verwies die CSU-Parlamentarierin Andrea Lindholz darauf, dass Deutschland neben den in den vergangenen zwei Jahren bereitgestellten rund 800 Millionen Euro für die Hilfe vor Ort für die nächsten drei Jahre weitere 500 Millionen Euro an bilateraler Hilfe zugesagt habe. Sie erinnerte zudem daran, dass sich unter den syrischen Flüchtlingen mehr als fünf Millionen Kinder befänden. Auch darum sei es wichtig, dass sich Deutschland bei der Flüchtlingshilfe vor Ort massiv engagiert. **»Die Verletzlichsten«** Der SPD-Abgeordnete Rüdiger Veit regte an zu überlegen, wie man „Zureisemöglichkeiten beziehungsweise Aufnahmemöglichkeiten (...) für die Verletzlichsten“ schaffen könne. Dabei habe er vor allem Kinder im Blick, die zu Waisen geworden sind, sowie alleinstehende Frauen mit Kindern, die sich in einer noch verzweifelteren Lage befänden als andere. Die SPD-Parlamentarierin Christina Kampmann betonte unter Verweis auf die bisher aufgenommenen Flüchtlinge, dass Deutschland „schon viel getan“ habe, sich darauf aber „nicht ausruhen“ dürfe. Bei einem Krieg wie in Syrien müsse es eine konstante Unterstützung geben. Angesichts der Millionen Syrien-Flüchtlinge werde aber „das, was wir tun können, niemals genug sein“. Deshalb sei die Forderung richtig, dass sich andere europäische Länder stärker zu ihrer humanitären Verantwortung bekennen müssten. *Helmut Stoltenberg*

Erleichterungen für Asylbewerber

KOMPROMISS Bundestag setzt Regierungsvereinbarung mit Kretschmann um

Asylbewerber und geduldete Ausländer können sich künftig freier als bislang im Bundesgebiet bewegen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der schwarz-roten Regierungskoalition (18/3144, 18/3160) verabschiedete der Bundestag vergangene Woche in der Ausschussfassung (18/3444) mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und Grünen bei Enthaltung der Linksfraktion. Danach soll die räumliche Beschränkung – die sogenannte Residenzpflicht – für Asylbewerber und Geduldete auf drei Monate nach der Einreise befristet werden. Um eine gerechte Verteilung von Sozialkosten zwischen den Ländern zu gewährleisten, sollen Sozialleistungen lediglich an dem durch eine Wohnsitzauflage festgelegten Wohnort des Betroffenen erbracht werden. Ziehen Asylbewerber und geduldete Ausländer unter Verstoß gegen die Wohnsitzauflage in ein anderes Bundesland um, sollen sie dort keine Ansprüche nach dem Asylbewerberleistungsgesetz geltend machen können.



Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) handelte den Kompromiss aus.

© picture-alliance/dpa

tergebracht werden, „ist hiernach künftig als Geldleistung zu erbringen“, heißt es in der Vorlage. Dadurch sollen die Selbstbestimmungsmöglichkeiten der betroffenen Ausländer gestärkt werden. Mit dem Gesetzentwurf, der noch der Zustimmung des Bundesrates bedarf, wird der „Asylkompromiss“ zwischen der Bundesregierung und Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) umgesetzt. Kretschmann hatte im Gegenzug der von der Bundesregierung angestrebten Einstufung von Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien als asylrechtlich „sichere Herkunftsstaaten“ im Bundesrat zugestimmt und so für die erforderliche Mehrheit gesorgt. Im Bundestag hatten die Grünen diese Regierungsvorlage entschieden abgelehnt. In der Debatte verwies Andrea Lindholz (CSU) darauf, dass als weitere Maßnahme des Kompromisspakets „die Vorrangprüfung für Asylsuchende bei der Arbeitssuche und für Geduldete“ per Rechtsverordnung auf 15 Monate beschränkt wird. Sie mahnte zugleich, man müsse Zuwanderung steuern, um nicht die Akzeptanz für das Asylsystem zu verlieren. Rüdiger Veit (SPD) betonte, was Kretschmann „im Sinne der Flüchtlinge herausgehandelt hat“, sei eine „beachtliche Leistung“. Er glaube, „jenseits der Schmerzgrenze“ bei der Union sei „wirklich nicht mehr zu erreichen gewesen“. Ulla Jelpke (Linke) sprach von einem „Fortschritt mit angezogener Handbremse“ und kritisierte Ausnahmen bei der Beschränkung der Residenzpflicht sowie dem Vorrang von Geldleistungen. Luise Amtsberg (Grüne) bedauerte, dass die Bundesregierung nicht zu mehr Zugeständnissen bereit gewesen sei. Dennoch sei die Vorlage ein „Schritt in die richtige Richtung“. *sto*

Aufenthalt (nicht) nur bei Aussage

MENSCHENHANDEL Fraktionen streiten über Besserstellung der Opfer

Menschenhandel ist ein abscheuliches Verbrechen. Darin sind sich alle Bundestagsfraktionen einig. Der von den Grünen vorgelegte Gesetzentwurf „zur Verbesserung der Situation von Opfern von Menschenhandel in Deutschland“ (18/3256) fand bei der ersten Lesung vergangene Woche gleichwohl keine Unterstützung der Koalition. Kernpunkt der Vorlage: Opfer von Menschenhandel sollen in Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, unabhängig davon, ob sie bereit sind, in einem Strafverfahren gegen die Täter auszusagen. Opferschutz müsse zuerst kommen, sagte Volker Beck (Grüne). Dann folge das Interesse nach Strafverfolgung der Täter. Beck verwies darauf, dass es für viele Opfer nicht möglich sei, Anzeige zu erstatten oder vor Gericht auszusagen, weil dies Konsequenzen für ihre Familie im Heimatland haben könne. Derzeit sei jedoch ein Aufenthaltstitel an die Aussagebereitschaft geknüpft. „Diesen Zustand müssen wir ändern“, forderte Beck. Er zeigte sich zudem enttäuscht über eine vom Kabinett verabschiedete Regierungsvorlage zu dem Thema, die Anfang 2015 das Parlament erreichen soll. Darin sei ein Schutz für jene, die nicht aussagen könnten, nicht vorgesehen. Damit würden „viel Strafverfahren vereitelt und die Opfer nicht wirksam geschützt“.



In der Sex-Branche ist Menschenhandel verbreitet.

© picture-alliance/Robert Schließer

Nina Warken (CDU) konnte dem Regierungsentwurf, deutlich mehr abgewinnen. Dadurch könnten Opfer von Menschenhandel nach der Mitwirkung in Strafverfahren ein Bleiberecht erlangen, sagte sie in der Debatte. Das sei auch möglich, wenn trotz der Mithilfe der Opfer die Täter nicht ermittelt werden konnten. Warken vertrat die Ansicht, dass die Mitwirkung der Opfer für die Strafverfolgung von entscheidender Bedeutung sei. Daher müsse dies auch weiterhin im Gesetz enthalten

sein. Der Grünen-Vorschlag helfe hingegen den Tätern. Ulla Jelpke (Die Linke) betonte dagegen, dass die Opfer in der Heimat mit Racheakten rechnen müssten, oftmals traumatisiert seien und daher nicht in der Lage, in einem Strafverfahren ihren Opfern gegenüberzutreten. Daher begrüße sie den Gesetzentwurf der Grünen. Die Vorlage der Regierung sehe allenfalls kleine Verbesserungen vor. „An der Aussagebereitschaft als Bedingung für ein Aufenthaltsrecht hält die Regierung leider fest“, konstatierte Jelpke. Zugleich kritisierte sie, dass der besondere Schutzbedarf von Kindern überhaupt nicht berücksichtigt sei. Eva Högl (SPD) befand, die Regierungsvorlage bringe wichtige Verbesserungen für die Opfer. „Wir gestalten das Bleiberecht in eine Soll-Vorschrift um“, sagte sie. Auch sei eine Soll-Verlängerung nach dem Strafverfahren enthalten. Zudem werde ein Familiennachzug möglich sein. „Das gab es bislang überhaupt nicht“, sagte Högl. *Götz Hausding*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Am 10. Dezember 1948 verabschiedete die Vollversammlung der Vereinten Nationen (UN) die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. In Gedenken daran wird der 10. Dezember seitdem als Internationaler Tag der Menschenrechte begangen. Auch der Bundestag würdigt diesen Termin in jedem Jahr kurz vor Weihnachten, so auch in der vergangenen Woche.

„Die Menschenrechte global durchsetzen“ lautete der Titel der Debatte, in der die Abgeordneten auf verschiedenste Aspekte der Thematik und unterschiedliche Regionen der Welt eingingen. Jedoch bildete die Situation der syrischen Flüchtlinge und die humanitäre Katastrophe im Nahen Osten einen Schwerpunkt. So kritisierten viele Abgeordnete, dass die UN ihre Lebensmittelhilfen für syrische Flüchtlinge aus Geldmangel eingestellt hat.

Nach Ansicht des Vorsitzenden des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Bundestag, Michael Brand (CDU), ist dies ein „Armutszuzeugnis“. Die Mitglieder des Ausschusses hätten die Bundesregierung deshalb fraktionsübergreifend aufgefordert, sich international dafür einzusetzen, dass „vollmundigen Versprechen“ anderer Regierungen auch Taten folgten (siehe Text rechts). Die internationale Gemeinschaft müsse schnell mehr Geld zur Verfügung stellen, bevor der kalte Winter für eine weitere Verschlechterung der Situation Sorge, forderte Brand. Der CDU-Abgeordnete fügte aber auch hinzu, dass Deutschland seinen humanitären Verpflichtungen vorbildlich nachgekommen sei.

Mehr Verantwortung Gabriela Heinrich (SPD) erklärte, es werde immer darüber geredet, dass Deutschland mehr Verantwortung übernehmen müsse: wirtschaftlich, diplomatisch und auch militärisch. Es müsse aber auch mehr Verantwortung für die Menschenrechte übernehmen und sich zum Beispiel stärker für das Recht auf Leben engagieren. Indem Deutschland Flüchtlinge aus Syrien oder anderen, von Bürgerkriegen heimgesuchten Ländern, aufnehme, tue es genau das. Außerdem müsse sich Deutschland weltweit für den besseren Schutz von Frauen vor sexueller Gewalt einsetzen.

Die Parlamentarier, sagte Heinrich weiter, hätten außerdem die konkrete Gelegenheit, mit gutem Beispiel im Inland voran zu gehen und das Deutsche Institut für Menschenrechte endlich auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. Ansonsten laufe das Institut Gefahr, den A-Status der UN zu verlieren. Dieser wird nur Organisationen verliehen, welche die 1993 verabschiedeten Pariser Prinzipien erfüllen, also über eine juristische Grundlage, einen klaren Auftrag sowie eine ausreichende Infrastruktur und Finanzierung verfügen. In einem Jahr, in dem Deutschland den Vorsitz des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen übernehme, sei der Verlust des A-Status „peinlich“ und untergrabe die Glaubwürdigkeit Deutschlands, kritisierte Heinrich.

Die Forderung der SPD-Politikerin unterstützte auch der menschenrechtspolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Tom Koenigs. Seine Fraktion hatte im



Die UNO hat die Nahrungsmittelversorgung für die syrischen Flüchtlinge aus Geldmangel eingestellt.

© picture-alliance/landov

»Das ist ein Armutszuzeugnis«

MENSCHENRECHTE Abgeordnete fordern Staaten auf, mehr Geld für syrische Flüchtlinge bereitzustellen

September in einem Antrag (18/2618) ebenfalls gefordert, das Institut „gemäß den Pariser Prinzipien auszugestalten“. Koenigs warnte darüber hinaus vor dem „weltweiten Trend“, den öffentlichen Raum für zivilgesellschaftliche Akteure einzuschränken. Das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie das Recht auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit werde in vielen Ländern durch staatliche Maßnahmen systematisch ausgehöhelt. Als Beispiel dafür nannte Koenigs Russland und dessen „Agentengesetz“. Seit dem Jahr 2012 müssten sich dort alle Nichtregierungsorganisationen, die Geld oder andere Zuwendungen aus dem Ausland erhalten, als ausländische Agenten registrieren lassen und sich auch so bezeichnen. „Das

empört uns“, sagte Koenigs. Es diskreditiere die Arbeit der Menschenrechtsorganisationen. Weitere Beispiele seien Äthiopien oder Ägypten. So sei 2012 in Ägypten die Konrad-Adenauer-Stiftung geschlossen worden. Koenigs rief dazu auf, das „System der vielen kleinen Steinchen, Steine und Fußfesseln“ zu erkennen und es zu bekämpfen.

Schutz von Parlamentariern Als konkrete Möglichkeit, sich für Menschenrechte einzusetzen, warb Michael Brand für das Programm „Parlamentarier schützen Parlamentarier“, das bedrohte Politiker und Menschenrechtsverteidiger unterstützt. Dank des Programms sei es in diesem Jahr gelungen, eine junge vietnamesische Men-

schenrechtsaktivistin aus dem Gefängnis zu befreien.

Der außenpolitische Sprecher der Linken, Wolfgang Gehrcke, sagte, beim Thema Menschenrechte komme man nicht umhin, auch über eine Veränderung der Verteilungsfragen zu reden. Es könne nicht sein, dass täglich tausende Menschen an Unterernährung sterben würden, obwohl genug Nahrungsmittel produziert werden. Auch den unzureichenden Zugang zu sauberem Trinkwasser bezeichnete er als „skandalös“. Privatisierungen der Wasserversorgung seien „Verbrechen“, urteilte Gehrcke. Deutschland brauche außerdem nicht über Menschenrechtspolitik reden, wenn es nicht gerade im Hinblick auf Syrien seine Flüchtlingspolitik ändere. *Julian Burgert* ||

Lammert trifft König Felipe

BUNDESTAG Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) und der spanische König Felipe VI. haben in der vergangenen Woche bei einem Gespräch im Reichstag das gemeinsame Interesse Deutschlands und Spaniens an der weiteren demokratischen Entwicklung Tunesiens hervorgehoben. Der spanische König war gemeinsam mit Königin Letizia zu einem Antrittsbesuch nach Berlin gekommen. Lammert hatte Felipe im Februar dieses Jahres noch als Kronprinzen bei den Feierlichkeiten der Annahme der neuen tunesischen Verfassung in Tunis getroffen. Dies sei eine der erfreulichsten politischen Entwicklungen des zu Ende gehenden Jahres gewesen, erklärte Lammert.

Tunesien mit seiner überwiegend muslimischen Bevölkerung hat sich bei der Verfassungsgebung an westlichen Werten wie Gewissensfreiheit, Religionsfreiheit, Gewaltenteilung und Gleichstellung von Mann und Frau orientiert.

Interessiert zeigte sich der spanische König an der parlamentarischen Arbeit unter den gegenwärtigen Bedingungen der Großen Koalition in Deutschland sowie an den Möglichkeiten, das Interesse gerade junger Leute an politischen Prozessen zu verstärken. Weitere Themen des Gesprächs waren die zunehmende Demokratisierung der Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene sowie die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Spanien. *BT* ||

Zweifel an rechtlicher Grundlage

BUNDESWEHR »Active Endeavour«-Einsatz im Mittelmeer soll erneut verlängert werden



Das deutsche U-Boot „U33“ auf dem Weg zu seinem Einsatz im Rahmen von „Active Endeavour“ im Mittelmeer

© picture-alliance/dpa

Die Bundeswehr soll sich ein weiteres Jahr mit bis zu 500 Soldaten an der Nato-geführten Operation „Active Endeavour“ zur Terrorismusabwehr im Mittelmeer beteiligen. Darauf zielt ein Antrag (18/3247) der Bundesregierung ab, über den der Bundestag in der vergangenen Woche kontrovers debattierte. Abstimmen wollen die Abgeordneten darüber in der letzten Sitzungswoche vor Weihnachten.

Die Operation beinhaltet die Kontrolle des Seeverkehrs und soll Terroristen abschrecken. Deutschland beteiligt sich mit Fregatten, Schnellbooten und U-Booten. Sie startete, wie auch der Aghanistan-Einsatz im Jahr 2001, nach den Terroranschlägen auf die USA am 11. September. Die Nato rief damals den Bündnisfall nach Artikel 5 des Nato-Vertrages aus – er ist seither auch rechtliche Grundlage für die deutsche Beteiligung an „Active Endeavour“. Doch ob

das nach zwölf Jahren noch richtig ist, bezweifeln viele Abgeordnete im Bundestag. „Sie beantragen die Mission auf einer völkerrechtlichen Grundlage, von der Sie selbst sagen, dass sie nicht mehr trägt“, kritisierte Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen). Die Bundesregierung habe völlig Recht, wenn sie in ihrem Antrag selbst feststelle, dass der Bündnisfall „heute, mehr als zwölf Jahre nach 9/11, nicht mehr dauerhaft tragfähige Rechtsgrundlage sein“ könne. Nouripour schlussfolgerte daraus: „Es gibt keinerlei Grund, sich an einem Einsatz zu beteiligen, wenn man der Meinung ist, dass Artikel 5 nicht mehr greift.“ Alexander S. Neu (Die Linke) bezeichnete die Behauptung, Active Endeavour sei noch immer eine Selbstverteidigungsmaßnahme, als „absurd“. Die Bundesregierung und ihre westlichen Verbündeten sollten endlich sagen, worum es bei dem Einsatz wirk-

lich geht: „Der Westen betrachtet das Mittelmeer als sein Meer und nicht als Meer der Anrainerstaaten.“ Statt für diesen „lächerlichen Dauereinsatz“ weiter Steuergelder zu „verbraten“ und den Soldaten etwas von Verantwortung in der Welt zu erzählen, legte Neu der Bundesregierung nahe, sich mehr um die Rettung von Flüchtlingen im Mittelmeer zu kümmern.

Neues Einsatzprofil Maria Böhmer (CDU), Staatsministerin im Auswärtigen Amt, bezeichnete den Einsatz indes in seiner heutigen Form als „hilfreich und zeitgemäß“. Der Einsatz habe sich von einer aktiven Operation zur Terrorbekämpfung zu einem Aufklärungseinsatz entwickelt. Da das Mittelmeer von strategischer Bedeutung für Europa sei, „haben wir ein großes Interesse an einem lückenlosen Lagebild“, betonte die Unionsabgeordnete. Potenzielle Risiken und Bedrohungen könnten so frühzeitig erkannt und abgewendet werden. Böhmer sicherte jedoch auch zu, dass die Bundesregierung sich dafür einsetze, den Einsatz auf eine neue Grundlage zu stellen. So solle er von Artikel 5 des Nato-Vertrages entkoppelt und ein neues Einsatzprofil erstellt werden. Da dies aber nur im Konsens aller 28 Nato-Staaten möglich sei, könne dieses Vorhaben bis Ende des Jahres nicht mehr durchgesetzt werden, bedauerte sie.

Lars Klingbeil (SPD) ergänzte, die Verhandlungen seien „auf einem guten Weg“. Bis zu einer Einigung bleibe das Mandat ein Übergangsmandat wegen der Diskrepanz zwischen Einsatzrealität und Mandatstext. „Es geht darum, einen Mehrwert, nämlich Sicherheit im Mittelmeerraum, zu haben“, betonte Klingbeil. „All das sind Erfolge der Vergangenheit, die sich nicht kleinreden lassen.“ *Johanna Metz* ||

Nicht genügend Geld

AUSWÄRTIGES Nahrungsmittelhilfe für Syrien am Ende

Laut Auswärtigem Amt trifft Deutschland keine Schuld an der fehlenden Finanzausstattung der Nahrungsmittelhilfe für syrische Flüchtlinge durch das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP). Das sagte ein Vertreter des Ministeriums vergangene Woche im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Bundestages. Hintergrund der Berichterstattung durch Auswärtiges Amt war die Ankündigung des WFP, die Versorgung der Flüchtlinge in Syrien und den Nachbarländern mit Lebensmitteln einzustellen. Das Welternährungsprogramm begründete den Schritt damit, dass nicht mehr genug Geld für das Verteilen von Lebensmittelscheinen zur Verfügung stehe. Bereits in den vergangenen zwei Monaten hatte das WFP deshalb die Rationen für die Flüchtlinge kürzen müssen.

Wie der Vertreter des Auswärtigen Amtes nun im Ausschuss sagte, hätten einige Geberländer ihre zugesagten Mittel nicht an das Welternährungsprogramm überwiesen. Um welche Länder es sich dabei allerdings handelt, sei nicht bekannt, sagte er weiter. Deutschland habe seine Zahlungsverpflichtungen an das WFP jedoch eingehalten. Das WFP könne seine Nahrungsmittelhilfe nur aus vorhandenen eigenen Mitteln finanzie-

ren und nicht durch Kredite in Vorleistung treten, erklärte der Regierungsvertreter.

Deutschland werde als zuverlässiger Geber seitens des WFP gelobt. Allein in diesem Jahr habe die Bundesregierung 15 Millionen Euro zusätzlich überwiesen. Insgesamt habe Deutschland 2014 rund 162 Millionen Euro an Hilfsgeldern im Rahmen der Syrienkrise bereitgestellt. Im internationalen Vergleich rangierte Deutschland damit auf Platz fünf der Geberländer, größter Geber seien die USA.

Die Bundesregierung wolle weitere zusätzliche Hilfszahlungen tätigen, sobald die Mittel für den Haushalt 2015 freigegeben seien, sicherte der Regierungsvertreter zu. Mehrfach und nachdrücklich habe die Bundesregierung in den vergangenen Monaten auf die drohende Geldnot des WFP hingewiesen. Nun gelte es öffentlich und innerhalb der Gremien der Vereinten Nationen zu kommunizieren, dass es inakzeptabel sei, Zahlungsverpflichtungen für humanitäre Hilfe nicht einzuhalten.

Fraktionsübergreifend bezeichneten die Abgeordneten im Ausschuss die Unterfinanzierung des WFP als skandalös. Sie forderten die Bundesregierung auf, als wichtiger Geber selbstbewusster aufzutreten und erhöhten Druck auszuüben. *fri* ||

Gemeinsam für Europa

EU Deutschland und Frankreich für engere Zusammenarbeit

Die für Europa zuständigen Staatsminister im deutschen und französischen Außenministerium, Michael Roth (SPD) und Harlem Désir, haben vergangene Woche im Europaausschuss des Bundestages die besondere Bedeutung der Beziehungen beider Länder hervorgehoben. Nur wenn Deutschland und Frankreich in dieser für Europa schwierigen Periode zusammenstünden, könnten beide Länder dem europäischen Aufbauwerk neuen Schwung verleihen, betonte Désir. In einer Zeit, in der die Wirtschaft stagniere, die Arbeitslosigkeit dramatische Ausmaße erreicht habe, müssten sie gemeinsam Verantwortung für Europa übernehmen.

Als wichtigste Aufgabenfelder nannte der französische Staatssekretär für Europafragen unter anderem die Bereiche Energie, Klima, Forschung, Ausbildung und digitale Wirtschaft. Bei diesen Wachstumsmotoren gebe es den größten Investitionsbedarf, damit Europa künftig mit der Konkurrenz vor allem aus den USA und China mithalten könne.

Darüber hinaus lobte Désir das 315-Milliarden-Euro-Paket, das Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker gerade auf den Weg gebracht hat und das am 18. und 19. Dezember den europäischen Staats- und Regierungschefs vorgelegt werden soll. Das Investitionspaket müsse so schnell wie möglich umgesetzt werden, forderte Désir. Durch den erwarteten Hebeleffekt könne es große private Investitionen in den ge-

nannten Bereichen nach sich ziehen. Allerdings machte er auch deutlich, dass die Vorschläge ergänzt und erweitert werden müssten. So sollten die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert werden, ebenfalls Beiträge zu diesem Paket zu leisten.

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Roth, machte deutlich, nichts werde in der EU besser, wenn Deutschland und Frankreich nicht so eng wie möglich zusammenarbeiteten. Es gebe eine riesige Agenda, die abgearbeitet werden müsse. Frankreich sei dabei Deutschlands wichtigster Partner in der Europäischen Union, und dies obwohl beide Länder gar nicht immer eine Meinung seien. Die Stärke der Partnerschaft liege aber darin, so Roth, dass beide Staaten am Ende immer eine Synthese gefunden hätten, die Europa weiter geeicht habe. Der Sozialdemokrat forderte außerdem Respekt, Verständnis und Solidarität in den gemeinsamen Beziehungen. Es brauche auch die Bereitschaft, sich in den Partner hineinzuwenden, mahnte er mit Blick auf die Haushaltskrise in Frankreich, die auch in Deutschland kritische Stimmen hervorgerufen habe. Die Strukturformen, die der französische Präsident Francois Hollande eingeleitet habe, bezeichnete Roth als einen wichtigen Schritt hin zu einer Lösung der Krise.

Désir versicherte, Frankreich wolle seinen Haushalt konsolidieren und die EU-Verträge einhalten. Das Haushaltsdefizit solle so schnell wie möglich unter die Drei-Prozent-Hürde gesenkt werden. *juh* ||

Heikle Geschosse

AUSWÄRTIGES Gesundheitliche Folgen von Uranmunition

Uranmunition wird von vielen Armeen der Welt, etwa von den USA, Russland und Pakistan, zur Bekämpfung gepanzerter Fahrzeuge eingesetzt. Sie kam im zweiten Golfkrieg, auf dem Balkan und im Irakkrieg zum Einsatz. Urangeschosse zerstören aber nicht nur Panzer, sie stehen auch in Verdacht, die Gesundheit der Menschen in den Einsatzgebieten zu schädigen.

Die Oppositionsfaktionen im Bundestag fordern die Bundesregierung nun in zwei Anträgen (18/3410, 18/3407) auf, einer UN-Resolution zuzustimmen, die mehr wissenschaftliche Untersuchungen und Unterstützung für die betroffenen Staaten verlangt. Die Bundesregierung hat bisher zwar allen UN-Resolutionen zur Uranmunition zugestimmt, sich bei dieser aber enthalten. Nach Ansicht von Agnieszka Brugger (Grüne) ein „falsches und fatales Signal“. Einerseits würden die eigenen Solda-

ten durch Vorschriften vor den Gefahren geschützt. „Wenn es aber um den Schutz von Zivilisten geht, enthalten Sie sich“, kritisierte Brugger. Alexander S. Neu (Die Linke) bezeichnete das Abstimmungsverhalten der Regierung als „skandalös“. Die explodierenden Krebsraten, die massiv zunehmende Zahl von Tot- und Missgeburten in den Einsatzregionen sprechen eine deutliche Sprache.“

Julia Bartz (CSU) entgegnete, es lägen zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen vor, unter anderem von der Nato und der Weltgesundheitsorganisation. Keine hätte einen ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Einsatz dieser Munition und Krankheiten feststellen können. Die Ergebnisse der Studien kämen in der UN-Resolution nicht vor, sie sei daher nicht auf dem aktuellen Stand. Ute Finkh-Krämer (SPD) sagte hingegen, es sei „noch nicht endgültig geklärt“, welche Schäden die Toxizität von Uran bewirke. Sie kündigte an, dass der Unterausschuss „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“ in seiner nächsten Sitzung mit Fachleuten über dieses Thema sprechen werde.

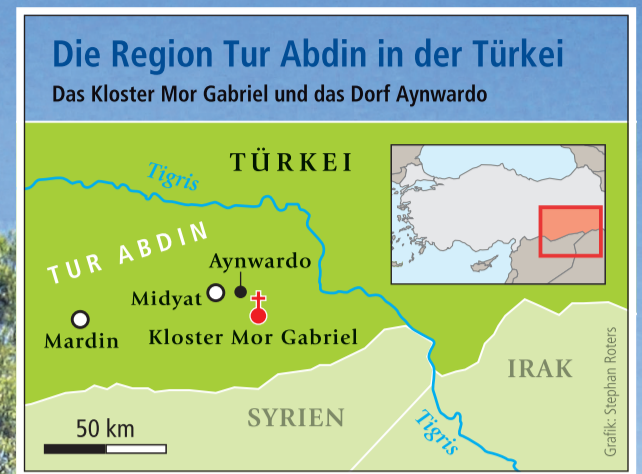
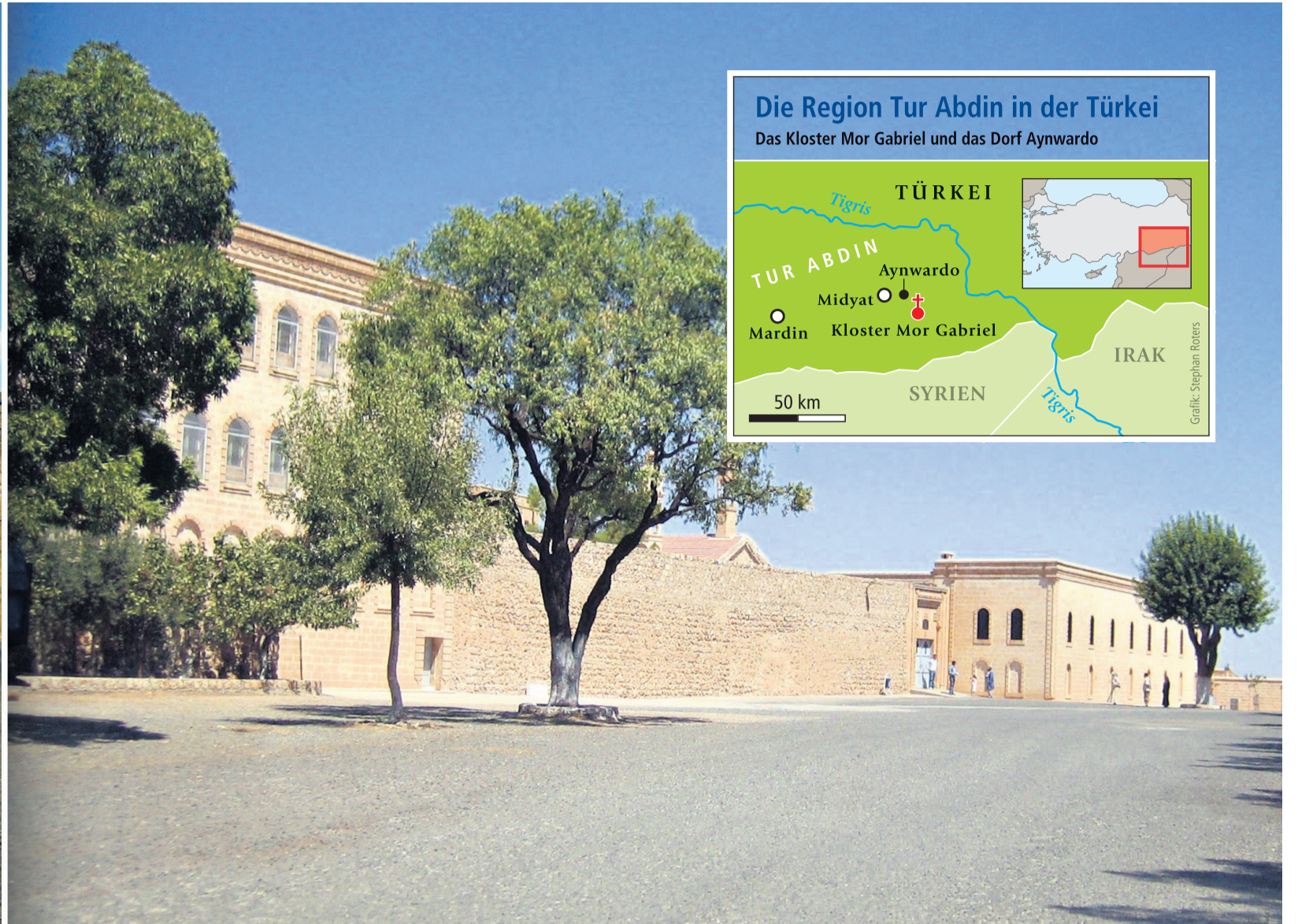


Messung von Radioaktivität 2001 am Wrack eines zerstörten Panzers im Kosovo

© picture-alliance/dpa

Abrüstung In einem weiteren Antrag (18/3409) fordert die Grünen-Fraktion die Regierung auf, sich mehr für atomare Abrüstung und Rüstungskontrolle einzusetzen. Brugger kritisierte unter anderem, dass die Koalition nicht bereit sei, eine UN-Erklärung, die einen Einsatz dieser Massenvernichtungswaffen unter allen Umständen verbietet, zu unterzeichnen. Die deutsche Abrüstungspolitik sei damit „wenig glaubwürdig“. Robert Hochbaum (CDU) erwiderte, eine Welt ohne Atomwaffen sei „unser aller Ziel“. Doch weltweite nukleare Abrüstung könne nun mal nicht „mit einem Handstreich“ vollzogen werden. *juh* ||





Blick auf das Dorf Aynwardo (links) und das Kloster Mor Gabriel (rechts). Heute leben allein in Deutschland rund 80.000 Christen aus der südosttürkischen Region Tur Abdin. Vor Ort sind es nur noch 2.000

© Markus Tozman/picture-alliance/dpa

Neuer Ärger in alter Heimat

TÜRKEI Tausende aramäische Bundesbürger verlieren ihr Land im Tur Abdin. Die Rückkehr ist dadurch fast unmöglich

Vom Kirchturm in Aynwardo aus betrachtet, sieht die Landschaft des Tur Abdin trügerisch friedlich aus. Die sanften Wellen der Hügel, das satte Braun fruchtbarer Erde und der grüne Schimmer der Felder erstrecken sich bis zum Horizont; eine tiefe Stille liegt über dem Land. Doch die Kirche ist befestigt wie eine Burg und mit Schießscharten bewehrt, aus denen sich die Christen des Dorfes 1915 gegen die Belagerung von Kurden und Türken verteidigten. Fast hundert Jahre ist das her, und die Christen hier fühlen sich noch immer belagert. „Da drüben am Hang sitzen sie“, sagt Daniel Akbulut und beugt sich über die Brüstung des Kirchturms, um auf ein kurdisches Dorf am nächsten Hügel zu zeigen, das sich auf christlichem Land niedergelassen hat. „Wir sind im Grundbuch als Besitzer dieser Felder eingetragen“, erzählt der grünäugige junge Mann. „Doch wir können sie nicht einmal betreten, weil die Kurden uns mit Waffen drohen.“ Daniel Akbulut zählt mit seinen fünf Brüdern zu den letzten Christen von Aynwardo, einem von rund drei Dutzend solcher Dörfer im Tur Abdin. Der Landstrich im Südosten der Türkei, zwischen dem Tigris und der syrischen Grenze, ist die historische Heimat der syrisch-orthodoxen Christen, die auch Aramäer oder Assyrer genannt werden und zu den ältesten christlichen Völkern der Welt zählen. Bei den Massakern von 1915 zusammen mit den Armeniern schon stark dezimiert, wurden die meisten Angehörigen dieser Volksgruppe im vergangenen Jahrhundert aus ihrer Heimat vertrieben – durch Armut, Diskriminierung, Gewalt und zuletzt durch den Krieg zwischen kurdischen Rebellen und der türkischen Armee. Heute leben alleine in Deutschland mindestens 80.000 Christen aus dem Tur Abdin, vor Ort sind es nur noch 2.000.

polit von Tur Abdin. Im Kloster Mor Gabriel hockt er in seinen schwarz-roten Roben am Holzofen und tippt auf einem Taschenrechner herum. „Ich habe ihnen gesagt, dass sich hier vieles geändert hat und dass man hier wieder leben kann“, sagt der Bischof und blickt erbittert von seinen Rechnungen auf. „Nun zeigen sie mit dem Finger auf mich und sagen: Rette dich doch erstmal selbst.“ Der Bischof spricht vom Streit um die Ländereien des Klosters, der sich vor sechs Jahren an der Modernisierung der Grundbücher in der Region entzündete und bis heute die Gerichte bis hinauf nach Straßburg beschäftigt. Zwölf von 30 umstrittenen Parzellen hat das türkische Schatzamt dem Kloster inzwischen zurückerstattet, doch an 18 Parzellen hält das staatliche Forstamt hartnäckig fest. Der Fall Mor Gabriel hat weltweit Schlagzeilen gemacht. Untergegangen ist in diesem Wirbel, dass nicht nur Mor Gabriel von den Enteignungen betroffen ist. Fast alle christlichen Dörfer im Tur Abdin, alle Jesiden und viele Kurden haben Land an den Staat verloren, seit in den 1990er Jahren mit der Modernisierung der Grundbücher begonnen wurde. Weitaus am schlimmsten hat es die Christen und Jesiden getroffen, die im syrischen Exil lebten, als das Land von Katasterbeamten vermessen wurde. Ihr Besitz wurde nicht nur vom Staat, sondern

oft auch von kurdischen Nachbarn beansprucht und besetzt – ein Problem, das wegen der Waffengewalt in der Region nur schwer auf dem Rechtsweg zu lösen ist.

Bedrohtes Brachland Vom Kirchturm in Aynwardo ist auch das Grundstück von Murat Toprak zu sehen. 1973 war Toprak als Gastarbeiter nach Europa gegangen, um Geld zu verdienen, doch als er genug erspart hatte, war es zu spät: In der Türkei gab es einen Putsch, im Südosten brach Krieg aus, im Tur Abdin waren Christen ihres Lebens nicht mehr sicher. Jahrelang träumte Toprak im fernen Locarno von seinem Dorf, doch als er nun mit über 80 Jahren zurückkehrte, da war sein Grundbesitz weg – von den Katasterbeamten zu Brachland erklärt und deshalb verstaatlicht. Liegt ein Feld oder Acker in der Türkei 20 Jahre lang

brach, so fällt es nach türkischem Gesetz an das Schatzamt, erklärt der Rechtsanwalt Rudi Sümer. In seiner Kanzlei in Midyat stapeln sich die Klagen gegen Verstaatlichungen christlichen Besitzes. Tausende Fälle gebe es in der Region, sagt der Anwalt. „Das Gesetz fragt nicht, warum das Land brach gelegen hat, warum die Menschen fortgegangen sind“, kritisiert er. Selbst wo Dörfer im Krieg vom Militär geräumt wurden, haben die Rückkehrer den Anspruch auf ihre Felder verwirkt.

Bei den Katastervermessungen im Südosten der Türkei sei nicht immer alles mit rechten Dingen zugegangen, räumt Oguzhan Bingöl, der Landrat von Midyat, ein. Das sei bedauerlich, richte sich aber keinesfalls gegen die Christen. Im Gegenteil, betont der Beamte: Er habe Anweisung aus Ankara, die Christen im Tur Abdin bevorzugt zu behandeln und zur Rückkehr zu ermuntern, was er im übrigen auch aus eigener Überzeugung tue. Und was die Enteignungen angehe, so könne jeder sein Land vom Staat zum Vorzugspreis zurückkaufen. Murat Toprak hat dieses Angebot angenommen. 50.000 Lira, knapp 20.000 Euro, hat er dem Staat gezahlt, um sein Land in Aynwardo zurück zu bekommen. Doch als der alte Mann mit zwei Beamten des Grundbuchamtes hinfuhr, um das Grundstück abzustecken, tauchten bewaffnete Kurden auf und vertrieben sie. „Sie haben ihn geprügelt und verhöhnt, haben ihm nachgerufen: ‚Na, wo ist denn jetzt dein Land?‘“, erzählt ein Augenzeuge. Mit Waffen hätten die Männer ihn bedroht, berichtet Murat Toprak, der inzwischen wieder in der Schweiz ist. „Was jetzt werden soll, weiß ich nicht.“

Tausendfach sei dies geschehen, sagt der Rechtsanwalt Serhat Karasin. Erst vor zwei Wochen ist Karasin beim Innenministerium in Ankara gewesen, um sich für den Schutz jesidischer Rückkehrer ins Dorf Efe einzusetzen. Ein Kurdenclan versperrt ihnen den Zugang zum Dorf und droht ihnen, sie abzuschlachten, „wie im Irak“. Dass das keine leeren Drohungen sind, erfuhr vor zwei Jahren der deutsche Staatsbürger Israel Demir im nahen Christendorf Kafro – einem Dorf, das vollständig von Rückkehrern aus Deutschland und der Schweiz bewohnt ist. Kurdische Viehhirten schossen den Göttinger Familienvater nieder und verletzten ihn schwer, als er ihre Herden von seinem Land verweisen wollte.

Gesetz des Stärkeren „In dieser Gegend gilt kein Gesetz, hier gilt nur das Recht des Stärkeren“, sagt der Parlamentsabgeordnete Erol Dora, der als erster aramäischer Christ in der türkischen Volksvertretung sitzt. Selbst die Sicherheitsbehörden könnten nichts gegen die mächtigen Kurdenclans ausrichten, die das christliche Land unter sich aufgeteilt haben. Sogar die Kurdenpartei HDP, der er selbst angehört, habe da schweres Spiel. „Die Kurden töten sich ja auch gegenseitig, wenn es um Landbesitz geht“, erinnert Dora an die Blutfelder in der Region. Einen Lichtblick kann Dora den Streitigkeiten um das Land im Tur Abdin abgewinnen, sind sie doch auch ein Zeichen der Rückkehr der Christen in ihre historische Heimat. „Früher sind die Leute geflohen und haben das Land verlassen, nun kommen sie zurück, und das Land ist wieder etwas wert“, sagt der Abgeordnete. Doch die Enteignungen haben die Rückwanderung in den Tur Abdin schon wieder ausgebremst. Überall in Europa warten Aramäer und Jesiden nun ab, wie es weitergeht mit dem Bodenstreit. Alleine in Deutschland sind tausende Aramäer be-

troffen, die mehrheitlich Bundesbürger sind, sagt Daniyel Demir, der Vorsitzende des Bundesverbandes der Aramäer. Von tausenden betroffenen Deutschen spricht auch der Politologe Markus Tozman, Autor einer Studie über die Enteignungen. Ohne eine Lösung wird es keine weitere Rückkehr geben.

Unterstützung aus Berlin Die Verantwortung dafür liegt nicht mehr nur bei der türkischen Regierung, meint Erol Dora. „Es stimmt ja, dass die meisten betroffenen Christen und Jesiden deutsche Staatsbürger sind“, sagt Dora. „Insofern gibt es da auch eine deutsche Verantwortung.“ Diese Einschätzung wird auch in Berlin geteilt. Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Christoph Strässer (SPD), rief die betroffenen deutschen Staatsangehörigen jetzt auf, sich bei der Bundesregierung zu melden, „damit wir das gegenüber der Türkei ansprechen können“. Das seien „deutsche Interessen“, sagte auch Bundestags-Vizepräsidentin Claudia Roth (Grüne); die Bundesregierung müsse den betroffenen Deutschen zur Seite

stehen. Die Bundesrepublik habe „eine Verpflichtung, auf die Türkei einzuwirken“, betont Heribert Hirte vom Stephanuskreis der Unionsfraktion. Hirte lud die betroffenen aramäischen Bürger ein, ihn anzuschreiben oder mit einer Delegation zu besuchen. Ulla Jelpke (Linke) forderte mehr politischen Druck auf die Türkei. Im Kloster Mor Gabriel erinnert sich Bischof Timotheos dankbar an den Einsatz von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), die sich beim Treffen mit dem damaligen türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan letztes Jahr energisch für die Rückgabe des Klosterbesitzes einsetzte. Nur gebracht habe das bisher nicht genug, sagt der Bischof, während er sich vom Holzofen erhebt und seine Röcke rafft. „Wenn dieses Problem nicht gelöst wird“, sagt Timotheos, bevor er hinausrauscht, „dann bedeutet das, dass die Versprechen der europäischen Staaten wertlos sind.“

Susanne Güsten

Die Autorin ist freie Korrespondentin in der Türkei und forscht derzeit als Mercator-IPC Fellow in Istanbul über die Probleme der Aramäer.

Anatolische Wurzeln

CHRISTENTUM Die Türkei tut sich schwer mit dem Erbe

Die Türkei ist heute ein muslimisches Land, doch die Wurzeln der christlichen Kultur reichen tief in ihre Erde hinein. Anatolien ist die historische Heimat des Christentums, wo die Apostel die ersten Gemeinden gründeten und die Anhänger von Jesus Christus erstmals Christen genannt wurden. Aus Konstantinopel, wie Istanbul früher hieß, stieg das Christentum von einer verfolgten Sekte zur Weltreligion auf. Und auf heute türkischem Boden – in Nicaea und Ephesus, in Konstantinopel und Chalcedon – wurden auf den sieben Ökumenischen Konzilien die Grundlagen der christlichen Theologie ausgefeilt. Heute ist weniger als ein halbes Prozent der türkischen Bevölkerung christlichen Glaubens, vor 100 Jahren waren es noch 20 bis 30 Prozent. Die Vertreibung und Massakrierung der Armenier und anderer anatolischen Christen von 1915, der Bevölkerungsaustausch mit Griechenland von 1922 und die repressive Minderheitenpolitik der Türkischen Republik haben die christliche Bevölkerung auf heute noch 100.000 bis 200.000 dezimiert, darunter vor allem armenische und aramäische Christen sowie Griechisch-Orthodoxe, Chaldäer, Katholiken und Protestanten.

Praktisch handlungsunfähig Der türkische Staat erkennt davon nur die Armenier und Griechisch-Orthodoxen als religiöse Minderheiten an, denen er bestimmte Rechte auf ihre Sprache und eigene Schulen zugesteht. Doch selbst diesen Kirchen wird vom Gesetz keine Rechtspersönlichkeit zugestanden, was sie praktisch handlungsunfähig macht. Nach wie vor ist in

der Türkei zudem ein teils militanter Nationalismus verbreitet, der die Christen als Agenten ausländischer Mächte anfeindet. Die islamisch inspirierte AKP-Regierung hat die Lage der Christen in den vergangenen Jahren etwas verbessert – sie hat die Rückgabe staatlich enteigneten Kirchenbesitzes verfügt, geschlossene Kirchen wieder eröffnet und sich als erste türkische Regierung mit den christlichen Kirchenführern getroffen. Bis zur Gleichberechtigung der Christen ist es allerdings noch ein weiter Weg, zumal der Reformeifer der Regierung zuletzt erlahmt ist. Ein wichtiger Schritt wäre die Erlaubnis zur Wiedereröffnung des orthodoxen Priesterseminars Halki, das für den geistlichen Nachwuchs des Patriarchats von Konstantinopel zuständig und seit über 40 Jahren geschlossen ist. Mindestens ebenso wichtig wäre die Anerkennung der Christen als vollwertige Staatsbürger, rechtlich in einer neuen Verfassung wie auch praktisch im Alltag. Bis hier war Christen in der Türkei der Weg in den Staatsdienst versperrt. Als revolutionär galt es daher, dass Ministerpräsident Ahmet Davutoglu kürzlich den armenischen Intellektuellen Etyen Mahcupyan zu seinem Chefberater berief. Seit der letzten Parlamentswahl sitzt erstmals seit einem halben Jahrhundert ein christlicher Abgeordneter im Parlament.

güs

Geld aus der Diaspora Vom Kirchendach zeigt Akbulut auf die einzelnen Häuser im Dorf: „Der da ist in Deutschland, der in Holland, der in Amerika.“ Die meisten Christen von Aynwardo leben heute in Städten wie Gütersloh, Gießen oder Delmenhorst, den Zentren assyrisch-aramäischen Lebens in der deutschen Diaspora. Ihre Häuser in Aynwardo sind aber frisch renoviert, einige auch neu aufgebaut nach jahrzehntelanger Verwahrlosung. Durch einige Reformen in jüngster Vergangenheit und dem Beginn von Friedensverhandlungen im Kurdenkrieg haben viele Aramäer in Europa neue Hoffnung geschöpft auf einen Neubeginn in der Heimat. Mehrfach hat die türkische Regierung die Christen eingeladen, in die Türkei zurückzukehren. Hunderttausende Euro sind seither aus der Diaspora in diese Dörfer geflossen. Den Umzug haben bisher aber nur wenige mutige Christen gewagt, denn in der alten Heimat gibt es neue Scherereien. „Vor ein paar Jahren bin ich selbst nach Europa gereist und habe unser Volk beschworen, in die Heimat zurück zu kommen“, sagt Bischof Timotheos, der Metro-



Israel Demir im südostanatolischen Rückkehrerdorf Kafro. Im kleinen Bild der syrisch-orthodoxe Erzbischof Timotheos

© Susanne Güsten/picture-alliance/abaca



Der Bund will in den kommenden Jahren die Städte und Gemeinden weiterhin finanziell unterstützen und zudem beim Ausbau der Kindertagesbetreuung helfen. Dies beschloss der Bundestag am Donnerstag, in dem er einen Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/2586) auf Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (18/3443) in geänderter Fassung annahm. Dafür stimmten bei Enthaltung von Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD.

Entlastung Danach werden die Kommunen in den Jahren 2015 bis 2017 jährlich um eine Milliarde Euro entlastet. Dies soll durch eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes zur Hälfte durch einen höheren Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und zur anderen Hälfte durch einen höheren Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer zulasten des Bundesanteils an der Umsatzsteuer erfolgen. Zudem wird mit dem Gesetz einen Teil der vorgesehenen Entlastung von insgesamt sechs Milliarden Euro im Zusammenhang mit den Herausforderungen bei der Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen bereitgestellt. Dazu wird das bestehende Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ um 550 Millionen Euro aufgestockt. Schließlich wird zur weiteren Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten der Kinderbetreuung der Länderanteil an der Umsatzsteuer zulasten des Bundesanteils an der Umsatzsteuer in den Jahren 2017 und 2018 um jeweils 100 Millionen Euro erhöht.

Alois Rainer (CSU) begrüßte in der Debatte das Paket. „Wir tragen Verantwortung gegenüber den Menschen und den nachfolgenden Generationen“, sagte er. Deshalb müssten die Kommunen finanziell gestärkt werden, damit sie eigene Gestaltungsmöglichkeiten und eigene Mittel hätten. Der Abgeordnete wies darauf hin, dass der Verteilungsschlüssel für die eine Milliarde Euro im Jahr noch offen sei. Die Verbesserung der Kinderbetreuung für unter Dreijährige hielt er für „ein starkes Signal für die Familien in Deutschland“. Es sei aber wichtig, dass das Geld auch dort ankomme, wo es am dringendsten gebraucht werde. „Wir müssen darauf achten, dass die Mittel nicht zweckfremd verwendet werden und für die Sanierung von Länderhaushalten genutzt werden“, sagte er.

Für Susanna Karawanskyj (Die Linke) sind die zur Verfügung gestellten Mittel nur „Mosaikwerk“. Dadurch würden die Kommunen nicht in die Lage versetzt, für einen qualitativen Ausbau der Kitas zu sorgen. Deshalb forderte sie mehr Mittel für die Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher. Dafür seien alleine in den kommenden Jahren neun Milliarden Euro notwendig. Die Kommunen müssten nachhaltig finanziert werden und brauchten langfristig stabile Finanzen. Deshalb seien die Mittel, die durch das Gesetz zur Verfügung gestellt werden sollen, nur ein „Tropfen auf den heißen Stein“. Auch die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Katja Dörner, kritisierte, dass nichts für die Qua-



Hilfe für Kitas

HAUSHALT I Bund unterstützt Kommunen und Landkreise im nächsten Jahr mit mehr als 1,5 Milliarden Euro

Vor allem die Ganztagsbetreuung in Kindertagesstätten soll ausgebaut werden.

picture-alliance/dpa

lität der Kitas getan werde. „Das ist zukunftsversessen“, betonte sie. Bei der Qualität der Kitas mache sich die Koalition einen „schlanken Fuß“. Sie forderte für ihre Fraktion bundesweit verbindliche Standards, die selbstverständlich Geld kosten würden. Dabei sei „klar, dass auch der Bund mit ins Boot“ müsse. Ihre Fraktionskollegin Ekin Deligöz erkannte zwar an, dass die Kommunen durch die eine Milliarde Euro entlastet würden. Sie hätte sich jedoch gewünscht, dass diese Finanzierung ganz durch einen höheren Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung finanziert worden wäre. „Ich hätte mir in dieser Frage mehr Entschlossenheit gewünscht“, sagte sie.

„Dies ist ein guter Tag für die Kommunen“, betonte dagegen Ulrike Gottschalk (SPD). Durch die Erhöhung der Mittel durch den Bund könne der Kita-Ausbau weiter forciert werden. Dadurch würden die Kommunen nachhaltig entlastet. Dies sei gut angelegtes Geld. Dadurch wird den Kommunen wieder Handlungsspielraum gegeben. „Dies ist kein Mosaiksteinchen, sondern ein ganz dicker Brocken“, sagte sie in Richtung der Linksfraktion.

Änderungen Auch für die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig (SPD), erhalten die Gemeinden, Städte und Landkreise durch den Bund eine „große Finanzspritze“. Dies sei eine große Leistung, dass ein

großer Betrag investiert werde, ohne dass der Bund im kommenden Jahr neue Schulden mache. Das Geld werde vor allem für Ganztagskitaplätze verwendet. So sei eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie gegeben. Sie wies darauf hin, dass mit dem Gesetz auch qualitative Standards gesetzt würden.

Bei den parlamentarischen Beratungen stimmten die Abgeordneten zudem einem Änderungsvorschlag des Bundesrates zu und änderten das Lastenausgleichsgesetz (LAG). Damit soll die Möglichkeit geschaffen werden, durch eine Vereinbarung zwischen dem Bundesausgleichsamt und der Landesstelle Zuständigkeiten eines Bundeslandes auf das Bundesausgleichsamt zu übertragen. Michael Klein

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Steuerpaket beschlossen

FINANZEN II Der Bundestag hat am Donnerstag eine Reihe wichtiger Steueränderungen beschlossen. Sie betreffen Regelungen zur Berufsausbildung, zur steuerlichen Behandlung von Betriebsfeiern und zur privaten Altersvorsorge. Das Parlament stimmte dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften (18/3017, 18/3158, 18/3441, 18/3442) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD zu. Die Oppositionsfraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich. Neben Regelungen für den EU-Zollkodex ist in dem Gesetz auch die Einführung einer Steuerbefreiungsvorschrift für den INVEST-Zuschuss für Wagniskapital vorgesehen. Diese Maßnahme wurde von Fritz Güntzler (CDU/CSU-Fraktion) ausdrücklich begrüßt. Die bisherige Regelung, einen Zuschuss zu zahlen, der dann vom Empfänger versteuert werden müsse, mache keinen Sinn. Die Änderungen im Einkommensteuerrecht bezeichnete Güntzler als richtig und sinnvoll und erklärte, dass nicht genug Zeit gewesen sei, alle Vorschläge des Bundesrates eingehend zu prüfen. Im Steuerrecht müsse aber der Grundsatz der Grundsätzlichkeit vor Schnelligkeit gelten: „Steuerpolitik macht man nicht im Schweinsgalopp.“ Die Koalition werde sich im nächsten Jahr mit den Bundesrats-Vorschlägen befassen.

Der Bundestagsbeschluss sieht im Bereich des Einkommensteuerrechts steuerliche Erleichterungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor. Für zusätzliche, außergewöhnliche Betreuungsleistungen soll ein Freibetrag von 600 Euro im Jahr eingeführt werden. Neu definiert wurde der Begriff der ersten Berufsausbildung. Bisher sind Ausbildungskosten des

Steuerpflichtigen bis zum Abschluss der Erstausbildung bis zu 6.000 Euro als Sonderausgaben abziehbar. Jetzt wird unter anderem vorgeschrieben, dass die Erstausbildung mindestens zwölf Monate dauern muss.

Das Abzugsvolumen für Beiträge zugunsten einer Basisversorgung im Alter (gesetzliche Rentenversicherung, Versorgungswerk oder private Basisrente) wird von 20.000 auf 22.172 Euro angehoben. Bei Betriebsveranstaltungen sollen Zuwendungen des Arbeitgebers keinen Arbeitslohn darstellen, wenn ihr Wert 110 Euro nicht übersteigt. Aus der ursprünglichen Freigrenze wird jetzt ein Freibetrag, was für die Betroffenen eine Verbesserung bedeutet. Richard Pitterle (Die Linke) warf der Koalition vor, wichtige Dinge nicht geregelt zu haben. Er nannte als Beispiel die Bekämpfung der Steuerumvermeidung durch hybride Steuergestaltungen durch grenzüberschreitend tätige Konzerne. Außerdem sei der Kinderfreibetrag nicht erhöht worden, obwohl dies verfassungsrechtlich vorgeschrieben sei. Pitterle sagte, es dürfe nicht sein, dass Geld für Schulhefte und Mittagessen fehle. Die Anhebung des Abzugsvolumens für die Basisversorgung komme allein Besserverdienern zugute.

Dies kritisierte auch Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen). Die Erhöhung des Abzugsvolumens komme nur denen zugute, die 1.800 Euro monatlich für die Altersvorsorge zurücklegen könnten. Das seien nur 10.000 Fälle bundesweit. Paus kritisierte die nicht erfolgte Erhöhung des Kinderfreibetrages und des Kindergeldes. Der Kinderfreibetrag sei um 72 Euro zu niedrig, und das sei ein „echter Skandal“. Dagegen lobte Jens Zimmermann (SPD) das Gesetz: „Wir bauen Bürokratie ab, wir entlasten die Beschäftigten. Und das ist kurz vor Weihnachten ein gute Nachricht.“ hle

2015 weniger Arbeitslose erwartet

HAUSHALT II Die Bundesagentur für Arbeit (BA) erwartet im kommenden Jahr Einnahmen von insgesamt 35 Milliarden Euro. Die Beitragseinnahmen sollen davon 29,8 Milliarden Euro betragen. Das geht aus dem Etatentwurf 2015 der BA hervor, den der Haushaltsausschuss vergangene Woche zur Kenntnis nahm. Die Ausgaben sind mit insgesamt 34,7 Milliarden Euro etatisiert. Davon sind für die aktive Arbeitsförderung 9,6 Milliarden Euro vorgesehen. Auf das Arbeitslosengeld I entfallen 15,8 Milliarden Euro. Wie in diesem Jahr sind für das Insolvenzgeld auch 2015 eine Milliarde Euro veranschlagt.

Die BA geht in ihrem Etatentwurf davon aus, dass im kommenden Jahr das Bruttoinlandsprodukt um 1,3 Prozent wachsen wird. Die Arbeitslosigkeit soll um 20.000 Personen auf 2,89 Millionen Arbeitslose fallen. Die BA erwartet, dass die Zahl der beitragspflichtigen Arbeitnehmer weiter zunimmt und auf 29,4 Millionen Euro steigt.

Der Vorstandsvorsitzende der BA, Frank-Jürgen Weise, betonte, dass er im kommenden Jahr auch wieder mit einem Überschuss rechnet. Die Rücklagen würden insgesamt rund drei

Milliarden Euro betragen. Als Ziele der Arbeitsförderung im kommenden Jahr nannte Weise vor allem die flächendeckende Unterstützung junger Menschen beim Übergang von der Schule in die berufliche Ausbildung und die Verbesserung der Zugangschancen Jugendlicher in eine betriebliche Ausbildung. Zudem werde unter anderem das Budget für Gründungszuschüsse gegenüber diesem Jahr erhöht.

Bündnis 90/Die Grünen kritisierten, dass trotz der guten Konjunktur die Rücklagen nicht erhöht würden und zudem bei der Grundförderung gekürzt werde.

Die CDU/CSU-Fraktion warnte davor, in Zeiten einer guten konjunkturellen Entwicklung immer mehr Programme aufzulegen, die in schlechten Zeiten nicht mehr zu bezahlen seien. Die Linksfraktion sprach sich dafür aus, dass der beitragszuschuss auch „im System“ bleiben solle, damit er in schlechteren Zeiten für die Arbeitslosen genutzt werden könne. Die SPD-Fraktion wies im Ausschuss darauf hin, dass auch Hochqualifizierte nach der Familienphase nur schwierig wieder Fuß fassen könnten. mik

KURZ NOTIERT

Die Selbstanzeige wird verschärft

Das System der straffbefreienden Selbstanzeige im Steuerrecht wird erheblich enger gefasst als bisher. Der Bundestag stimmte am Donnerstag dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung (18/3018, 18/3439) zu. Für den Entwurf waren CDU/CSU und SPD sowie die Grünen. Die Linke enthielt sich. Vorgesehen sind unter anderem niedrigere Grenzwerte. So soll die Grenze, bis zu der eine Steuerhinterziehung ohne Zahlung eines zusätzlichen Geldbetrages bei Selbstanzeige strafrei bleibt, von 50.000 auf 25.000 Euro gesenkt werden. hle

Linksfraktion will Verbot von Stromsperrn

Stromsperrn durch die Versorgungsunternehmen aufgrund von Zahlungsfähigkeit der Kunden sollen gesetzlich verboten werden. Dies fordert die Fraktion Die Linke in einem Antrag (18/3408), der vom Bundestag am Freitag an die Ausschüsse überwiesen wurde. Für schutzbedürftige Kunden müsse eine Grundversorgung mit Strom jederzeit möglich sein. Wie die Fraktion schreibt, bedeuten die im letzten Jahr durchgeführten 344.798 Stromsperrn einen Rekordwert. hle

Der Soli hat noch ein langes Leben

FINANZEN I Integration in die Einkommensteuer könnte für Familien teuer werden

Alle Deutschen zahlen den Solidaritätszuschlag – „von Rügen bis zum Bodensee“. Dies in Erinnerung zu rufen, war Dietmar Bartsch (Linke) dann doch ein Anliegen. Frage indes: Müssen alle weiterhin zahlen, auch wenn der Solidaripakt in vier Jahren eigentlich ausläuft? Für diesen Blick in die Zukunft hatte seine Fraktion eine Aktuelle Stunde verlangt.

Denn jetzt solle endlich mal im Bundestag über diese Frage gestritten werden, befand Bartsch. Die Linke, das kündigte er gleich an, werde dabei ein Hauptaugenmerk auf die ungleiche Vermögensverteilung in Deutschland legen. Doch wichtig war ihm vor allem, dass sich das Parlament überhaupt mit der Thematik beschäftigt. Derzeit gebe es da „völlige Fehlanzeige“, während Minister und Ministerpräsidenten die Diskussion bestimmten. Es entstehe der Eindruck, dass sich „die Regierung ein Parlament hält“. Um dies zu ändern, sah er die Große Koalition in der Verantwortung. Die Abgeordneten dürften es nicht mit sich machen lassen, dass „nur noch in Hinterzimmern“ über den Soli verhandelt werde. Er verlangte: Mit „kontroversen Debatten“ nun „rein ins Parlament“. Konkret machte sich Bartsch für die Einrichtung einer „Föderalismuskommission III“ stark. Mit ihr solle eine neue Aufteilung der Aufgaben und Finanzen zwischen Bund, Ländern und Kommunen gefunden werden. Nur in einem Gesamtpaket, verknüpft mit einer Steuerreform, könne über die Soli-Zukunft entschieden werden.

„Eurozeichen“ in den Augen der Ländervertreter machte Hans Michelbach (CSU) aus. „Fette Beute“ wollten sie machen, konstatierte er. Für ihn ist es „ein fragwürdiger Vorstoß einer Gruppe von Ländern“, den Soli in die Einkommensteuer aufgehen zu lassen. Michelbach stellte fest: „Es



Im Bundesrat wollen einige Länder auch ein Stück vom Soli.

gibt keine Begründung für die Beteiligung der Länder am Solidaritätszuschlag.“ Schon bei dessen Einführung seien ihnen zusätzlich sieben Umsatzsteuerpunkte zugestanden worden. In Wirklichkeit stecke hinter den Begehrlichkeiten der Länder „Unwillen und Unfähigkeit zur Haushaltskonsolidierung“. Die „Schippe drauf“ sei dann der Vorstoß, den Soli in den Steuertarif einzubauen. Das belaste in erster Linie Familien und mittlere Einkommen.

Schrittweise aussteigen Nach Michelbachs Einschätzung ist der Soli in den neuen Ländern gut angekommen. Dauerhaft auf der Abgabe zu beharren, hieße aber, die „Bürger zu betrügen“. Er wertete den „schrittweisen Ausstieg nach 2019“ als „Frage der politischen Glaubwürdigkeit“. Und rief dazu auf, „den Soli schrittweise Geschichte werden zu lassen“.

Lisa Paus (Grüne) hielt Michelbach entgegen: „Die Geschichte geht ja doch ein bisschen anders.“ In einem der vielen bekannt gemachten „Geheimpapiere“ hätten Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) die Integration des Soli in die Einkommensteuer propagiert. Allerdings hätten sie sich dabei „ganz, ganz kräftig verkalkuliert“. Es sei ihnen nicht gelungen, „Tatsachen zu schaffen“ und „Bürger und Bundestag einfach zu überrumpeln“.

Paus wies darauf hin, dass bei der Soli-Eingliederung in die Steuer 24 Millionen Menschen stärker belastet würden – Alleinerziehende, kleine und mittlere Einkommen, kleinere Betriebe. Denn für die Soli-Berechnung gebe es andere Regeln. Sie rechnete vor, dass eine Familie mit zwei Kindern mit bis zu 304 Euro pro Jahr stärker belastet werde: „Das geht nicht. Das darf es nicht geben.“ Jetzt räche sich, dass die große Koalition versucht habe, die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern ohne öffentliche Diskussion neu ordnen zu wollen. Nunmehr heiße es: „Zurück auf Los bei den Verhandlungen.“

Carsten Sieling (SPD) bezeichnete den Solidaritätszuschlag als „guten und wichtigen Beitrag für das Zusammenwachsen unseres Landes“. Eine Abschaffung „können wir uns gar nicht erlauben.“ So werde – bei Fortführung – für 2020 mit einer Einnahme von 20 Milliarden Euro gerechnet. Sieling machte keine Einwände aus, den Soli über 2019 hinaus weiterzuführen, „wenn es eine gute Begründung“ gibt. Und die sah er durchaus – von Schuldenabbau bis Investitionslücken. Er warnte vor „Propaganda“ rund um den Soli. Elf Millionen Bürger müssten den Zuschlag auf „gute und höhere Einkommen“ schließlich gar nicht abführen. Franz Ludwig Averdunk

Auf die Schiene gebracht

VERKEHR Ausschuss stimmt Bahn-Finanzierung zu

Die Fortschreibung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV II) zwischen dem Bund und der Deutschen Bahn AG (DB AG) ist auf dem Weg. Vergangene Woche stimmte der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur dem Vertragstext zu. Zuvor hatten die meisten Experten in zwei öffentlichen Anhörungen ebenfalls den Entwurf begrüßt.

Die seit 2009 geltende LuFV I ist das zentrale Instrument zur Finanzierung von Investitionen zum Erhalt des Schienennetzes. Sie umfasst ein Volumen von jährlich drei Milliarden Euro. Die LuFV II soll ab dem 1. Januar 2015 eine Laufzeit von fünf Jahren haben. Der Bundeszuschuss soll dann vier Milliarden Euro jährlich betragen. Die DB AG will über den gesamten Zeitraum acht Milliarden Euro in das Netz investieren. Diese vorgesehene bessere Mittelausstattung der Bahn lobte Alexander Kirchner von der Eisenbahn- und Verkehrsgewer-

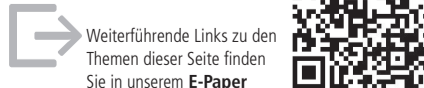
schaft (EVG) als „längst überfälligen Schritt“. Sie schaffe eine ausreichende Planungssicherheit für die Infrastrukturfinanzierung in den kommenden fünf Jahren. Allerdings gehe damit ein erhöhter Personalbedarf einher. Davon ging auch Volker Kefer, Vorstandsmitglied der DB AG, aus: Mindestens 1.500 Personen müssten zusätzlich eingestellt werden. Er betonte, dass mit der LuFV II jeder Euro, den die DB AG in der Infrastruktur verdiene, in Erhaltungsmaßnahmen investiert werde. Dirk Flege vom Verband Allianz pro Schiene zeigte sich zuversichtlich, dass mit der LuFV II die Schienenwege des Bundes qualitativ in hochwertigem Zustand erhalten und verbessert werden können.

Substanzerverzehr Anders sah das Christian Böttger von der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin. Der „andauernde Substanzerverzehr“ der Infrastruktur zeige, dass das Sanktionssystem der LuFV I die eigentlichen Probleme nicht erfasse. Die LuFV II erhöhe jedoch die Steuerungsmöglichkeiten, um dem entgegenzutreten, nicht signifikant. „Dringend zu empfehlen“ seien beispielsweise zusätzliche sanktionsbewehrte Kennzahlen, etwa für die Netzkapazität und die Gleisgeometrie. Volker Kefer bestätigte die Bereitschaft der DB AG, nach der Auswertung der Ergebnisse der unabhängigen Messfahrten des Eisenbahnundesamtes eine zehnte Qualitätskennzahl aufzunehmen. Auch Axel Zentner vom Bundesrechnungshof (BRH) konnte keine fundamentale Verbesserung von der ersten zur zweiten LuFV feststellen. Der Entwurf für die LuFV II sei sogar „haushalts- und zuwendungsrechtlich bedenklich“. Dieser sei zu einseitig auf die unternehmerischen Interessen der DB AG ausgerichtet. Anne-Sophie Friedel



Vier Milliarden Euro jährlich für die Bahn

picture-alliance/dpa



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

CO2 soll Schadstoff sein

UMWELT Die Bundesregierung soll die immissionschutzrechtliche Privilegierung der Verstromung von Kohle aufheben und Kohlendioxid (CO₂) als Umweltschadstoff definieren, fordert die Fraktion Die Linke in einem Antrag (18/3313). In der Folge sollte die Regierung einen Gesetzentwurf vorlegen, der aus der Definition von CO₂ als Umweltschadstoff heraus einen schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung vorsehe. Dieser solle ein Verbot des Neuaufbaus von Kohlekraftwerken sowie eine Beschränkung der Betriebszeiten für Bestandskraftwerke auf Kohlebasis vorsehen. Der Antrag zielt darauf ab, dass bis zum Jahr 2020 mindestens 60 Millionen Tonnen CO₂ zusätzlich zur bisherigen Projektion der Bundesregierung eingespart werden. Außerdem solle nach diesem Gesetz das letzte Kohlekraftwerk spätestens im Jahr 2040 vom Netz gehen. *joh*

Bekenntnis zur Nachhaltigkeit

UMWELT II Die Bundestagsfraktionen haben in der vergangenen Woche die Bedeutung einer nachhaltigen Entwicklung betont. „Die Verankerung des Nachhaltigkeitsgedankens in den verschiedenen Politikbereichen ist eine zentrale Aufgabe, wenn wir die Verantwortung für zukünftige Generationen wahrnehmen wollen“, sagte Hubert Zdebel (Die Linke) in der Debatte über die Unterrichtung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung (18/3214) zum Bericht des Peer Review 2013 zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie „Sustainability – Made in Germany“. Andreas Lenz (CDU) betonte, es sei notwendig, den Nachhaltigkeitsgedanken auch in den Unternehmen zu verankern. Carsten Träger (SPD) verwies darauf, dass der Bericht die Energiewende als ein zentrales Projekt der nachhaltigen Entwicklung in Deutschland hervorhebe. Dagegen schlussfolgerte Valerie Wilms (Grüne) aus dem Bericht, dass Deutschland hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibe: „Wir könnten deutlich mehr machen.“ *joh*

3,6 Milliarden Schulden 2013

HAUSHALT Der Bundesrechnungshof (BRH) hat keine für die Entlastung der Bundesregierung wesentlichen Abweichungen zwischen den in den Rechnungen und in den Büchern aufgeführten Beträgen im Haushaltsjahr 2013 festgestellt. Dies geht aus den Bemerkungen des Bundesrechnungshofes 2014 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes (einschließlich der Feststellungen zur Haushaltsrechnung 2013) hervor, die der BRH jetzt als Unterrichtung (18/3300) vorgelegt hat. Im Haushaltsvollzug hätten die Gesamtausgaben 2013 mit 307,8 Milliarden Euro um 2,2 Milliarden Euro unter dem Soll des Nachtragshaushalts von 310 Milliarden Euro gelegen. Die Einnahmen (ohne Nettokreditaufnahme und Münzeinnahmen) hätten um 0,9 Milliarden Euro höher gelegen als im Nachtragshaushalt veranschlagt. Die strukturelle Nettokreditaufnahme habe im vorläufigen Ist bei 3,6 Milliarden Euro gelegen. *mik*



Im Fliesenlegerhandwerk brach die Ausbildung nach dem Ende der Meisterpflicht zusammen. Die Zahl der Gesellenprüfungen sank von 1.665 im Jahr 2003 auf 658 im Jahr 2010.

© picture-alliance/dpa

Wir sind Meister

WIRTSCHAFT Bundestag will Handwerkerqualifikation vor Deregulierung schützen

Das Handwerk habe goldenen Boden, weiß der Volksmund. Auch die Politiker schätzen Deutschlands vielseitigsten Wirtschaftszweig mit Berufen vom Installateur über Elektriker bis zum Hörgeräteakustiker. Doch nun droht vielleicht Ungemach aus Brüssel. Die EU-Kommission will den Wettbewerb stärken und Marktzugangsschranken beseitigen. Das könnte den deutschen Meisterbrief bedrohen, Arbeitsplätze und Ausbildungsmöglichkeiten in Gefahr bringen, wird befürchtet.

Im Bundestag bekannten sich am Freitag alle Fraktionen zum Erhalt des Meisterbriefs. Während CDU/CSU, SPD und Linke vor weiteren Deregulierungen warnten, rieten die Grünen allerdings auch zu einer differenzierten Betrachtung.

Innovationsmotor Sabine Poschmann (SPD) erklärte, nicht nur das Gütesiegel „Made in Germany“ sei Exportschlager, „auch unser Meisterbrief ist ein Wettbewerbsfaktor und Fundament des Erfolges“. Der Meisterbrief biete jungen Menschen eine Perspektive und vermittele hohe Qualifikation. „Er trägt zur Fachkräftesicherung bei und macht das Handwerk zum Innovationsmotor der deutschen Wirtschaft.“ Wenn die EU jetzt fordere, die Bedingungen für den Zugang zu bestimmten Berufen zu prüfen, stehe auch der Meisterbrief

zur Disposition. Damit habe man schon 2004 schlechte Erfahrungen gemacht, als viele Gewerke aus der Meisterpflicht herausgenommen wurden. Folge sei ein Gründungsboom gewesen. Mehr als die Hälfte der neuen Betriebe sei aber nach fünf Jahren wieder vom Markt verschwunden, ausgebildet werde in den zulassungsfreien Berufen nur noch sehr wenig. „Und das ist die Gefahr: Ohne Meister, ohne fachliche Eignung, sind viele Betriebe gar nicht ausbildungsfähig.“

Und „wenn es um den Abbau von Zutrittsbarrieren auf dem europäischen Binnenmarkt geht, ist der Meisterbrief für uns kein Verhandlungsgegenstand“, versicherte Poschmann. Auch die Parlamentarische Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium, Iris Gleicke (SPD), bezeichnete den Meisterbrief als Eckpfeiler der Wirtschaft. „Wir halten an der Meisterpflicht fest“, sagte Gleicke. Erfreut über die Haltung der Koalition und den Meinungsumschwung bei der SPD zeigte sich Klaus Ernst (Linke). Er erinnerte an die von der rot-grünen Koalition beschlossene Handwerksnovelle von 2004. „Das war die Zeit, in der Rot-Grün alles de-

regulieren wollte“, sagte Ernst. Bis 2004 war der Meisterbrief zum Führen eines Handwerksbetriebes Pflicht. Mit der Novelle wurde in über der Hälfte der Gewerke die Meisterpflicht abgeschafft. Ernst bezeichnete die Auswahl der Gewerke als nicht nachvollziehbar. „Ein Maler und Lackierer braucht einen Meisterbrief, ein Fliesenleger nicht.“ Ebenso müsse ein Feinmechaniker Meister sein, ein Uhrmacher nicht. Das sei unlogisch. „Welchen Unsinn haben sie damals beschlossen?“, fragte Ernst. Rot-Grün habe das Handwerk und damit auch die qualifizierte Ausbildung massiv geschwächt.

Lena Strothmann (CDU) sagte, der Meisterbrief sei mehr als ein Zertifikat. „Er steht für hochwertige Qualifizierung, für fachliches Können, für ausgezeichnete Produkte und Dienstleistungen. Er steht vor allen Dingen für Ausbildung und hochqualifizierten Nachwuchs.“ 95 Prozent der 400.000 Auszubildenden in den 130 Gewerken des Handwerks würden in Meisterbetrieben ausgebildet. Die Ausbildungsquote sei doppelt so hoch wie in Handel und Industrie. Was die EU-Kommission mache, sei falsche Harmonisie-

Thomas Gambke (Grüne) warf der Koalition vor, Teile ihres Antrages aus Veröffentlichungen des Zentralverbandes des deutschen Handwerks (ZdH) zum Teil wörtlich abgeschrieben zu haben. „Das Abschreiben ehrt den Autor, aber nicht den Plagiator“, spottete Gambke. Es sei ein Trauerspiel, dass der Koalition „nichts anderes einfällt, als Verbandspositionen eins zu eins in einen Antrag des Deutschen Bundestages einzubringen“. Gambke bekannte sich zum Handwerk, „aber wenn wir das Handwerk, den Meisterbrief und die duale Ausbildung stärken wollen, dann müssen wir uns kritisch mit dem Thema auseinandersetzen“, verlangte Gambke. Das tue die Koalition nicht, sondern bleibe in ihrem Antrag nebulös statt Möglichkeiten zur Weiterentwicklung aufzuzeigen. Er sei für die Meisterpflicht, aber es dürfe keine dogmatischen Festlegungen geben, sagte Gambke. In ihrem vom Deutschen Bundestag an die Ausschüsse überwiesenen Antrag (18/3317) fordere die Koalition, die Reglementierung von Berufen müsse „eine autonome Entscheidung der Mitgliedstaaten“ bleiben. *Hans-Jürgen Leersch*



»Ein Maler und Lackierer braucht einen Meisterbrief, ein Fliesenleger nicht.«

Klaus Ernst (Die Linke)

STICHWORT

Handwerk in Zahlen

> Betriebe Die Zahl der Betriebe im deutschen Handwerk ist seit 2008 von 967.000 auf eine Million Ende des letzten Jahres gestiegen.

> Beschäftigung Das deutsche Handwerk zählte Ende 2013 rund 5,4 Millionen Beschäftigte. Die Zahl ist in den letzten Jahren weitgehend stabil geblieben.

> Auszubildende Die Zahl der Auszubildenden ist von 479.713 (2008) auf 383.629 zurückgegangen. Gründe sind die demografische Entwicklung und der Drang zu akademischen Ausbildungen.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Anzeige

Das Web-Adressbuch für Deutschland 2015

Die 5.000 besten Surftipps aus dem Internet!

„Das bessere Google.“
AUGSBURGER ALLGEMEINE

„Unverzichtbares Standardwerk.“
MÜNCHNER MERKUR

„Die Alternative zu Google & Co.“
HAMBURGER ABENDBLATT

„Eine Alternative für alle, die von Google-Suchergebnissen frustriert sind.“
COMPUTER BILD

„Jeder findet darin garantiert Websites, die er noch nicht kannte.“
STUTTGARTER ZEITUNG

„Konkurrenz für Google und Co. in Buchform.“
SAARBRÜCKER ZEITUNG

„Alle Seiten sind gut sortiert und qualitativ geprüft. Das kann die Suchmaschine so nicht bieten.“
FRANKFURTER NEUE PRESSE

„Das Web-Adressbuch ist inzwischen zum Standardwerk geworden und sollte seinen Platz neben dem Duden und dem Lexikon finden.“
BERLINER MORGENPOST

„Für viele dürfte das Buch für eine überraschende Erkenntnis sorgen: Google ist nicht allwissend!“
OFFENBURGER TAGEBLATT

„Das besondere an den Web-Adressen ist, dass es oft solche sind, die man bei Google nicht ganz oben auf der ersten Seite der Suchergebnisse findet.“
BILD.de

„Wer sich durch die Themengebiete treiben lässt, der findet immer neue gut gemachte Web-Seiten, die Google & Co. nicht als Treffer anzeigen.“
BAYERN 3

„Bewiesen wird erneut, dass Google nicht alles kennt und dass die gezielte Suche auf bedrucktem Papier schneller zum Ergebnis führen kann, als das Durchprobieren im Treffer-Wust von Suchmaschinen.“
THÜRINGISCHE LANDESZEITUNG

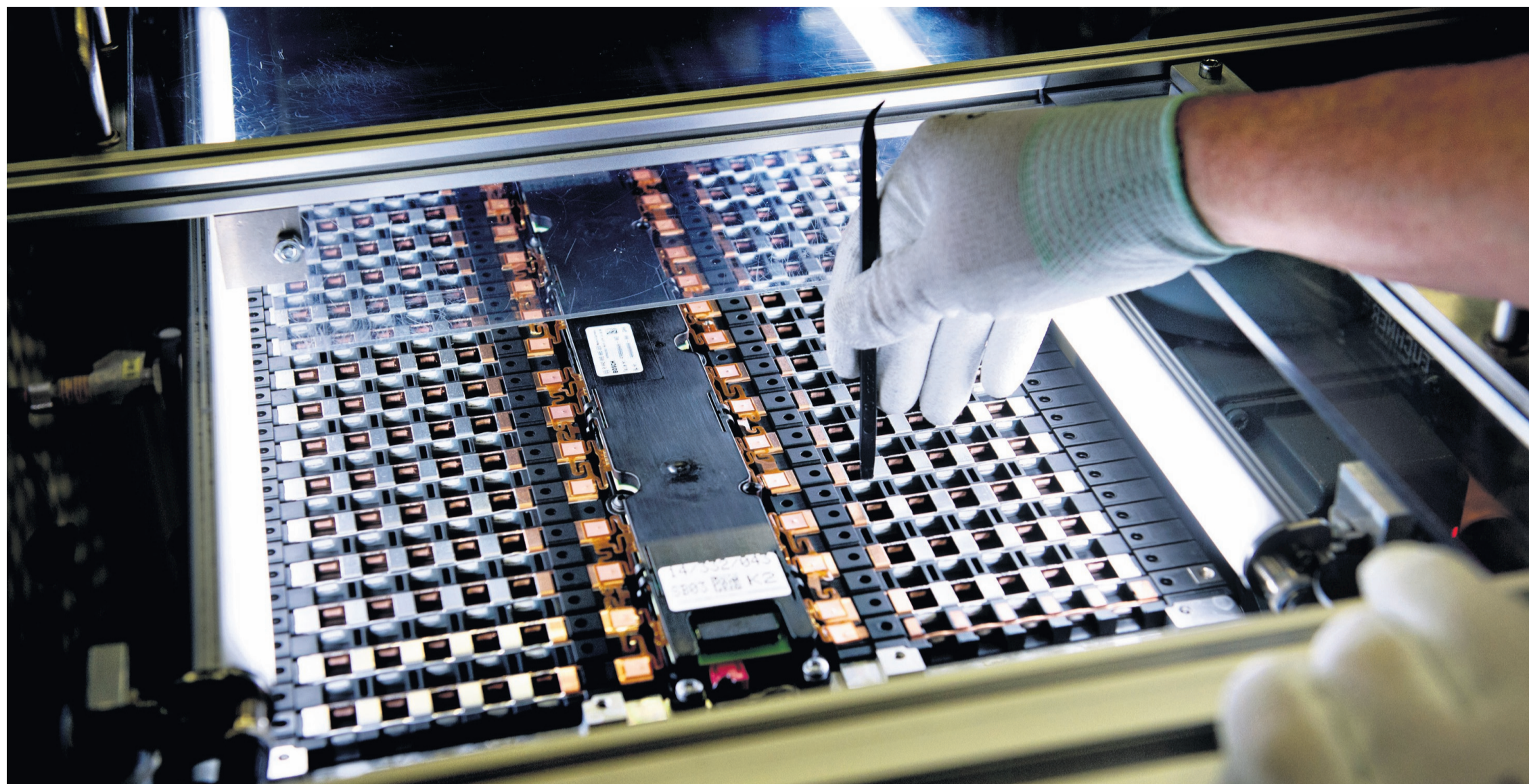
Täglich ein neuer Surftipp des Tages: www.web-adressbuch.de

672 Seiten • viele farbige Abbildungen • Überall im Buch- und Zeitschriftenhandel erhältlich • 18. Auflage • ISBN 978-3-934517-46-2 • € 19,95

Keine höheren Fahrpreise

WIRTSCHAFT I Der Bundestag hat das erst vor vier Monaten novellierte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) erneut geändert. Die Änderungen betreffen Vergünstigungen für Schienenbahnen bei der EEG-Umlage und Klarstellungen für Biogas-Anlagen. Alle Fraktionen stimmten dem von den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD gemeinsam eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (18/3321, 18/3440) zu. Damit wird auch eine Rechtsunsicherheit für Biogas-Anlagen beseitigt.

Nach dem Beschluss sollen neu in den Markt eintretende Schienenbahnen angesichts der Besonderheiten des Marktzuwangs von den „Besonderen Ausgleichsregelungen“ für energieintensive Betriebe im EEG ebenso profitieren können wie Schienenbahnen, die bereits Verkehrsleistungen erbringen. Anlass der Änderung war die von der EU-Kommission vor dem Hintergrund des europäischen Wettbewerbsrechts nicht genehmigte Anwendung der Besonderen Ausgleichsregelung für Schienenbahnen. Die Vergünstigung für bestehende Schienenbahnen hätte eine Markteintrittsbarriere für neue Schienenbahnen bedeutet, die an öffentlichen Ausschreibungen im Nahverkehr erstmals teilgenommen hätten. Diese Bedenken werden mit dem jetzt beschlossenen Gesetz ausgeräumt, indem Schienenbahnen schon vor Aufnahme des Fahrbetriebs Anträge auf Reduzierung der EEG-Umlage stellen können. Ohne die Änderung hätten die Bahnen die volle EEG-Umlage zahlen und die Fahrpreise erhöhen müssen. *hle |*



Die starke Position der deutschen Hightech-Wirtschaft ist kein Selbstläufer, sondern muss regelmäßig neu erarbeitet werden.

© picture-alliance/dpa

Energieeffizienz kommt voran

WIRTSCHAFT II „Haken dran“: Damit bügelte Nina Scheer (SPD) am Donnerstag im Deutschen Bundestag einen Antrag von Bündnis90/Die Grünen ab, mit dem sie der Bundesregierung bei der Energieeffizienz Beine machen wollten (18/1619, 18/2716). Die nötigen Maßnahmen würden bereits „in vollem Umfang in Gang gesetzt“, so Scheer.

Maßnahmen, bei denen die Regierung „rein auf Freiwilligkeit und Förderung“ setze, wie Eva Bulling-Schröter (Linke) beanstandete. Das sei der „falsche Weg“. Die Politik müsse „klare Vorgaben“ machen. Herwig Gundelach (CDU) hielt dagegen viel mehr von „Eigenverantwortung“. Denn: „Zwang führt in der Regel zu Stillstand.“ Auch sie hielt den Grünen-Antrag für überflüssig.

Der Vorstoß ihrer Fraktion habe sich „überhaupt nicht überholt“, meinte Julia Verlinden (Grüne). So seien die Maßnahmen im Haushalt 2015 nicht abgebildet.

Die Grünen hatten die zügige Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie in Form zusätzlicher Energieeffizienzmaßnahmen als dringender erforderlich bezeichnet, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Der dafür erforderliche Gesetzentwurf sollte mindestens die Verdopplung der Energieproduktivität zwischen 1990 und 2020 vorsehen. Der Energieverbrauch in Deutschland sollte bis zum Jahr 2020 um mindestens 20 Prozent gegenüber 2008 reduziert werden. Schon jetzt drohten die nationalen und europäischen Energiesparziele verfehlt zu werden, argumentierte die Fraktion in ihrem Antrag, der entsprechend der Empfehlung des Wirtschaftsausschusses mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD abgelehnt wurde. *fla |*

Mehr Schutz vor Hochwasser

UMWELT Die Oppositionsfraktionen sind in der vergangenen Woche im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit mit zwei Anträgen (18/2879, 18/3277) zum länderübergreifenden und nachhaltigen Hochwasserschutz gescheitert. Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke hatten die Bundesregierung darin aufgefordert, ein nationales Gesamtkonzept für einen ökologischen Hochwasserschutz vorzulegen. Flüsse sollte durch die vermehrte Ausweisung von Retentionsräumen und Deichrückverlegungen mehr Raum gegeben und die ökologische Landwirtschaft stärker gefördert werden. Union und SPD lehnten die Anträge ab, da ihrer Ansicht nach viele der geforderten Maßnahmen mit dem jüngst beschlossenen Nationalen Hochwasserschutzprogramm bereits auf den Weg gebracht würden. Einig waren sich die Fraktionen aber darin, dass für den Hochwasserschutz mehr Haushaltsmittel notwendig sind. *joh |*

Magnet Deutschland

FORSCHUNG Ministerin Wanka gibt elf Milliarden Euro für die Hightech-Strategie

Mit einer neuen Hightech-Strategie soll Deutschlands Position als führender Wirtschafts- und Exportnation gefestigt werden. Der Gedanke: Gute Ideen sollen schnell in innovative Produkte und Dienstleistungen überführt werden. Also eine Innovationspolitik aus einem Guss. Auch wenn sich Regierung und Opposition grundsätzlich über die Bedeutung der Hightech-Strategie einig sind, kritisierte die Opposition das vorgelegte Konzept in der Bundestagsdebatte am Donnerstag scharf. Kai Gehring (Grüne) sagte: „Der Hightech-Strategie fehlt eine klare Stärken-Schwächen-Analyse, ihr fehlt eine Ent-rümpelung und ihr fehlt eine konsistente Ausrichtung auf Nachhaltigkeitsaspekte.“

Chancen für Wachstumsbranchen Bundesbildungs- und Forschungsministerin Johanna Wanka (CDU) zeigte sich hingegen sehr überzeugt von dem Entwurf und sagte: „Die neue Hightech-Strategie geht auf neue Bedingungen ein.“ Sie biete Chancen für Wachstumsbranchen wie etwa die Bioökonomie und Mikroelektronik und beinhalte die Förderung von Schlüsseltechnologien. Mittlerweile sei Deutschland ein Magnet für Wissenschaftler und Forscher aus aller Welt. Seit dem Beginn der Hightech-Strategie 2006 habe sich die Zahl derer, die nach Deutschland kommen, um 60 Prozent gesteigert. Als weiteren Beleg für den Erfolg führte Wanka an, dass Deutschland bei

Hightech-Gütern Exportweltmeister sei. Aber sie mahnte auch: „Wir haben viel erreicht, aber wir müssen aufpassen. Einen Vorsprung kann man, wenn es um Innovationsschübe überall auf der Welt geht, schnell verspielen.“ Die nun vorgelegte Hightech-Strategie sei „keine einfache Förderstrategie“, sondern „grundlegend für die Innovationskraft Deutschlands“.

Der Debatte lagen die Drucksachen „Die neue Hightech-Strategie – Innovationen für Deutschland“ (18/2497), der „Bundesbericht Forschung und Innovation 2014“ (18/1510) und das „Gutachten zur Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2014“ (18/760) zugrunde. In dem Gutachten zur Forschung vom März 2014 hatten die Wissenschaftler Deutschland als Forschungsstandort nicht nur gelobt, sondern auch angemerkt: „Die Zusammenschau der Kapitel zeigt, dass immer wieder dieselben Probleme zum Vorschein kommen und zu ähnlichen Handlungsempfehlungen führen. Deutschland muss insbesondere im Bereich der Spitzenforschung finanziell und regulatorisch attraktivere Bedingungen schaffen.“

Die Bundesregierung will die Hightech-Strategie zu einer ressortübergreifenden Innovationsstrategie weiter entwickeln. Politiker, Wissenschaftler, Unternehmer und Gewerkschaften sowie Verbände und Stiftungen auf kommunaler, nationaler oder europäischer Ebene sollen sich daran orientieren können. Dafür investiert die Bundesregierung im Jahr 2014 elf Milliarden Euro. Wanka machte deutlich, dass

sie mit der Hightech-Strategie vor allem auch die Innovation im Mittelstand und bei kleinen Unternehmen stärken will. Die Bundesregierung konzentrierte sich dabei auf sechs Themenfelder, nämlich digitale Wirtschaft und Gesellschaft, nachhaltiges Wirtschaften und Energie, innovative Arbeitswelt, gesundes Leben, intelligente Mobilität und zivile Sicherheit.

»Zu wenig gemacht« Petra Sitte (Linke) beklagte, in den acht Jahren des Bestehens der Hightech-Strategie sei „zu wenig“ gemacht und koordiniert worden. Dies zeige sich vor allem auf dem Feld der Digitalisierung. In den Informatik-, Technik- und Wirtschaftswissenschaften würden zwar zahllose Projekte be-forscht, „Was aber seit Jahren fehlt, sind Reflektionen aus geisteswissenschaftlicher beziehungsweise gesellschaftswissenschaftlicher Perspektive“, kritisierte Sitte. Dafür habe es zu wenig Geld aus der Hightech-Strategie gegeben. Vergleichbar man die eingeplanten Summen mit den großen Technologieförderern, dann könne man diese „mit dem Teufel wegtragen“, monierte Sitte. Es fehlten zudem Anstrengungen für die Integration von Frauen in Innovationsprozessen. René Rösper von der SPD empfahl der

Oppositionsrednerin, den Bericht zu Innovation und Entwicklung gründlich zu studieren. So sei die Abwanderung von Wissenschaftlern aus Deutschland beendet worden. Rösper sagte, bei der Energiewende sei lange zu sehr auf die technische Seite des Wandels geschaut worden und dabei die gesellschaftliche und politische Dimension vernachlässigt worden. „An diesem Punkt ist die Weiterentwicklung der Hightech-Strategie zu einer Hightech-Innovationsstrategie tatsächlich gelungen“, sagte der Abgeordnete.

Deutschland müsse zu einem internationalen Modell für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Spitzenreiter grüner Technologien weiterentwickelt werden. Als neuen Aspekt des Programms nannte Rösper Innovationen im Bereich Dienstleistung, Produktion und Arbeit.

»Chance verpasst« Kai Gehring (Grüne) kündigte an, seine Fraktion werde „kritisch prüfen, ob die wohlklingenden Worte mit sinnvollen Instrumenten unterlegt werden oder wo verbale Superlative einfach nur von inhaltlichen Defiziten ablenken sollen“. Die Bundesregierung habe die Chance verpasst, die neue Strategie zu einem Neuaufbruch zu nutzen. Sie setze weiter auf „wachstums- und industriegetriebene Felder“ und

springe damit zu kurz. „Wirklich neu wäre etwas anders gewesen, ein klarer Fokus auf ökologische Nachhaltigkeit und gesellschaftlichen Aufbruch“, kritisierte er. „Dazu fehlt Ihnen die Kraft und der Mut.“ Es sei auch unklar, wo Wankas Prioritäten bei den jeweiligen Forschungs- und Rahmenprogrammen lägen. Da die Ministerin dazu keine Auskunft gegeben haben, bleibe ihre Strategie „ein diffuses Sammelsurium“, monierte der Abgeordnete und kam zu dem Schluss: „Echte Zukunftsorientierung geht anders.“

Noch besser aufgestellt Stefan Kaufmann (CDU) erklärte, Deutschland sei im internationalen Wettbewerb gut aufgestellt. „Mit der neuen Hightech-Strategie wird es noch besser“, sagte er. Viele andere Länder würden das deutsche Modell kopieren. Es sei aber wichtig, weiterhin eine breite Wissens- und Innovationsbasis zu garantieren, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen. „Wir bündeln zentrale Handlungsfelder zur Förderung von Forschung und Innovation“, meinte Stefan Kaufmann. Bisherige Defizite lägen beim Transfer von der Grundlagenforschung zum marktfähigen Produkt. Auch dafür liefere die Hightech-Strategie neue Instrumente. Grundsätzlich warnte der Abgeordnete vor einer Haltung, die sich gegen neue Entwicklungen sperre. „Innovationen gedeihen in einer Gesellschaft, die Chancen ergreift, nicht in einer Gesellschaft, die sich in Risikovermeidung ergeht“, sagte er. *Annette Rollmann |*

»Der Strategie fehlt eine klare Analyse der Stärken und der Schwächen.«

Kai Gehring (Grüne)

Grüne kritisieren Aktionsplan

KLIMA Bundestag debattiert Klimaschutzplan. Ministerin Hendricks kündigt Gesetz für 2015 an

Lange war es angekündigt, seit Mitte vergangener Woche liegt es auf dem Tisch: das „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ der Bundesregierung. Anlässlich einer Aktuellen Stunde auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen debattierte der Bundestag vergangenen Donnerstag über das Vorhaben. Während die Grünen heftige, die Fraktion Die Linke eher verhaltene Kritik übten, lobten Vertreter der Regierungsfaktionen das Vorhaben und attackierten ihrerseits die Grünen. Das Aktionsprogramm sieht ein Bündel an zusätzlichen Maßnahmen vor, um das Klimaschutzziel, eine Verringerung der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990, tatsächlich zu erreichen. Dazu plant die Bundesregierung, den für 2020 prognostizierten CO₂-Ausstoß um weitere 62 bis 78 Millionen Tonnen zu senken. Der Fokus liegt vor allem im Bereich Energieeffizienz, die Einsparungen im Umfang von 25 bis 30 Millionen Tonnen erbringen soll. Im Stromsektor sollen zusätzliche 22 Millionen Tonnen eingespart werden. Bärbel Höhn (Bündnis 90/Die Grünen) bezeichnete das Aktionsprogramm als „enttäuschend“. Sie monierte das Fehlen konkreter Maßnahmen, insbesondere im Bereich der Kohle. Höhn forderte den Ausstieg aus der Stromerzeugung mit den fos-



Barbara Hendricks und Sigmar Gabriel stellten das Aktionsprogramm vor.

silien Brennstoffen. Dieser solle „peu à peu“ geschehen. Abgeordnete der Regierungsfaktionen hielten dagegen: „Wir haben geliefert“, betonte Anja Weisgerber (CDU). Sie hob insbesondere die geplante steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung als wichtigen Baustein des Programms hervor, da es in diesem Bereich noch erhebliche Einsparpotenziale gebe. Zudem sei es ein „Investitionsprogramm für das heimi-

sche Handwerk und den Mittelstand“. Sie forderte die Bundesländer auf, dieses Vorhaben zu unterstützen.

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) warf den Grünen vor, im „nörgelnden Abseits zu verharren“. Sie wies den Vorwurf mangelnder Konkretheit der Maßnahmen mit Verweis auf ein für das erste Halbjahr 2015 geplantes Gesetz zurück. Matthias Miersch (SPD) sah in dem auf den Weg gebrachte Programm eine „Motivation für alle, die sich dem Klimaschutz verschrieben haben“. Er mahnte zudem dem Abgeordnete des Koalitionspartners an, sich mit Kritik zurückzuhalten. Eva Bulling-Schröter (Die Linke) begrüßte im Grundsatz das Aktionsprogramm, insbesondere die geplante Kohlendioxid-Einsparungen im Energiebereich. Sie verlangte von der Bundesregierung allerdings, den Ankündigungen auch Taten folgen zu lassen.

Der Bundestag beriet in erster Lesung zudem einen Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/3123) zur Fortschreibung der Kyoto-Klimaziele bis 2020. Einen Antrag zur Weltklimakonferenz in Lima der Regierungsfaktionen (18/3406) passierte den Bundestag. Ein Antrag der Grünen (18/3411) zum selben Thema fand keine Mehrheit. *Sören Christian Reimer |*

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

CO₂-Ausstoß soll bis 2070 bei Null sein

UMWELT Der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), Professor Hans Joachim Schellnhuber, sieht eine Absenkung der weltweiten fossilen Kohlenstoff-Emissionen (CO₂) auf Null bis spätestens 2070 als dringend notwendig an, um die Erderwärmung auf maximal zwei Grad zu begrenzen. „Spätestens im Jahr 2030 müssen die globalen Emissionen ihren Scheitelpunkt erreicht haben“, forderte der Klimaforscher in einem öffentlichen Fachgespräch vergangene Woche im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Der CO₂-Ausstoß sei insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg regelrecht explodiert, erklärte Schellnhuber. Mache die Weltgemeinschaft weiter mit „business as usual“ wäre eine globale Enteisung die Folge. Der Antarktische Eisschild würde kollabieren, es drohe ein Meeresspiegelanstieg von bis zu 70 Metern. Der Forscher forderte daher im Namen des WBGU, das Zwei-Grad-Ziel rechtsverbindlich zu verankern. Bisher sei der 2010 in Cancun getroffene Beschluss in keiner Weise völkerrechtlich abgesichert. Um eine weitere Erderwärmung zu verhindern, müssten die Staaten, die über die meisten Mittel verfügen, bei der Transformation vorangehen. „Die Wohlhabenden müssen die Wende

hin zu den Erneuerbaren Energien, zur Elektromobilität vollziehen“, stellte der Klimaforscher klar. Seiner Ansicht nach hätten die politischen Entscheidungsträger dafür inzwischen einen starken Auftrag einer zunehmend klimabewussten „Weltbürgerbewegung“ erhalten. „Es formiert sich gerade weltweit eine soziale Bewegung, die der Politik ein sehr starkes Mandat überträgt in Richtung eines effektiven Klimaschutzes“, zeigte sich Schellnhuber überzeugt. „Das sollte die Politik ernst nehmen.“ Beispielhaft verwies der Forscher auf Entwicklungen in China. Die Führung dort habe gerade angekündigt, absolute Obergrenzen für Treibhausgasemissionen festzulegen. Der Um-schwung in der Klimapolitik sei vor allem durch die starke Luftverschmutzung zustande gekommen, die für die Bevölkerung sehr belastend sei. Schellnhuber hält das Vorgehen Chinas, aber auch der USA, für ein „äußerst ermutigendes Zeichen“. Es gebe Hoffnung vor allem im Hinblick auf die UN-Klimakonferenz Ende 2015 in Paris, wo die Vertragsstaaten ein verbindliches und umfassendes Klimaschutzabkommen für die Zeit ab 2020 beschließen wollen. „Die Großwetterlage hat sich gewandelt. Über ungeahnte Verbündete hat sich der Klimaschutz wieder zurückgeschlichen auf die Titelseiten der Medien und die Regierungstische“, urteilte der Klimaforscher. *joh |*



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

KURZ REZENSIIERT



Mathias Bröckers, Paul Schreyer:
Wir sind die Guten.

Wir sind die Guten.

Westend Verlag, Frankfurt/M. 2014; 207 S., 16,99 €

Mit „Ansichten eines Putinverstehers“ schalten sich Mathias Bröckers und Paul Schreyer bewusst provokativ in die Propagandaschlacht um die Ukraine ein. Tatsächlich ist das Buch ein Lehrstück über unabhängigen Journalismus. Die Medien, so lautet ihr Vorwurf, hätten durch ihre Berichterstattung das alte Freund-Feind-Denken des Kalten Krieges reaktiviert und sich einseitig in den Konflikt eingemischt.

Immerhin geben ein Jahr nach Beginn der Ukraine-Krise im Herbst 2013 einige wenige Redaktionschefs der öffentlich-rechtlichen Fernsehstationen zu, sie seien dem „Mainstream“ der Ukraine-Berichterstattung unkritisch gefolgt; hätten „zu spät“ über die Rolle der Rechtsradikalen auf dem Maidan und „zu einseitig“ über die Russland-Politik der Nato und der EU berichtet.

Allein in der Woche des Machtwechsels in Kiew Mitte Februar 2014 sendeten ARD und ZDF 94 Interviews und Statements mit Oppositionellen, aber nur elf mit Regierungsvertretern. Die Berichterstattung habe Oligarchen zu überzeugten Demokraten stilisiert. Auch die Interessen des Westens seien zu wenig beleuchtet worden. Dabei gehe es Washington vor allem um die politische und militärische Isolation Russlands und um bessere Bedingungen für den Verkauf des amerikanischen Fracking-Gases in Europa.

Hart gehen Bröckers und Schreyer auch mit den meinungsbildenden „Qualitätszeitungen“ ins Gericht. Sie hätten im Interesse der transatlantischen Solidarität auf eine neutrale Berichterstattung verzichtet. Umgekehrt hätten sie Präsident Putins autoritäres System nur dosiert kritisiert; gerade genug, um sich nicht dem Verdacht auszusetzen, Anhänger des Kreml-Herrschers zu sein.

Obwohl das Buch viele richtige Beobachtungen enthält, bleibt es ein Schnellschuss. So fehlen tiefergehende Analysen der politischen Entwicklung in der Ukraine. Andererseits sei es allen empfohlen, die sich das Recht auf eine eigene Meinung nicht nehmen lassen wollen. manu



Heinz Bude:
Gesellschaft der Angst.

Gesellschaft der Angst.

Hamburger Edition, Hamburg 2014; 168 S. 16 €

Das Alltagsphänomen Angst ist aus Sicht des Soziologen Heinz Bude ein hervorragendes Kriterium, um die Entwicklung einer Gesellschaft zu bewerten. Um die Frage zu klären, woran sich gesellschaftliche Konflikte entzündeten, sei Angst ein als Analysemerkmal nahezu unschlagbar. Denn, so schreibt der Wissenschaftler vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Angst kennt „keine sozialen Grenzen“.

Bude beschreibt die unterschiedlichen Quellen der sozialen Angst: Nicht die objektive Lage, sondern das Empfinden belastet und zermürbt die einzelne Person. Die Menschen in modernen Gesellschaften sehen von einer tiefen Sehnsucht nach „unkündbaren Beziehungen“ in allen Bereichen des Lebens geprägt – im Berufs- wie im Privatleben. Gleichzeitig beschreibt Bude gleichzeitig die Freiheit, eine Beziehung aufzukündigen, als stärkstes „Selbstwirksamkeitserlebnis“. Angesichts von Scheidungsraten in Deutschland von knapp 40 Prozent seien in der Regel nur noch die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern sowie zwischen Geschwistern unkündbar.

Neben dem „Dienstleistungsproletariat“ würden insbesondere die sozialen Aufsteiger von den politischen Parteien als „neue Mitte“ umworben. Bude identifiziert die sozialen Aufsteiger männlichen Geschlechts als den „klassischen Angststyp moderner Gesellschaften“. Auch die lange Zeit als Komfortzone bewunderte und beneidete Welt der Mittelklasse gelte heute als „Welt der Angst“. Dazu hätten alarmistische, wenngleich unbestätigte Medienmeldungen über einen gefräßigen Steuer- und Abgabenstaat, der die schrumpfende Mittelschicht ausplündere, entscheidend beigetragen. In Wirklichkeit aber sei die gesellschaftliche Mitte Deutschlands nicht nur erfolgreich: sie stabilisiere „das Modell Deutschland einer sozialen Marktwirtschaft“.

Die exzellente Analyse Budes bietet die Chance, sich über den aktuellen Zustand unserer Gesellschaft zu informieren und sich dabei über die eigene Verortung in ihr klar zu werden. manu



Symbolisches Geschenk für den Gast: Siegfried Ehrmann (links) und sein französischer Kollege Patrick Bloche

picture-alliance/dpa

Brüder im Geist

KULTUR Parlamentarier aus Frankreich und Deutschland wollen sich in Europa gemeinsam positionieren

Kulturpolitiker aus Frankreich und Deutschland wollen ihre Zusammenarbeit auf parlamentarischer Ebene vertiefen und gemeinsamen Überzeugungen und Positionen in der Europäischen Union zukünftig mehr Gewicht verschaffen. Dies ist in Kurzform das Ergebnis einer gemeinsamen Sitzung der Kulturausschüsse der französischen Nationalversammlung und des Bundestages in der vergangenen Woche in Berlin. Im Frühjahr nächsten Jahres wollen die beiden Ausschüsse erneut zusammenkommen, dann in Paris.

Eine sechsköpfige Delegation des französischen Kulturausschusses mit dem Vorsitzenden Patrick Bloche war aus Paris angereist, um sich mit den deutschen Kollegen unter deren Vorsitzenden Siegfried Ehrmann (SPD) auszutauschen. Auf der Agen-

da standen Themen wie das Freihandelsabkommen TTIP, die Sicherung des kulturellen Erbes, die Chancen und Gefahren der Digitalisierung für den Kulturbetrieb – und die Bedeutung des Buches. Kaum ein Parlamentarier auf beiden Seiten verzichtete in seinen Ausführungen auf einen Verweis auf die Bedeutung des gedruckten Wortes – nicht ohne Grund.

Mehrwertsteuer Auf EU-Ebene verbindet Deutschland und Frankreich so manch kulturpolitisches Anliegen. Dazu gehört auch die Sorge um das Verlagswesen und den Buchhandel. Darüber berichtete Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU), die die Abgeordneten über die jüngste Ministerratstagung in Brüssel informierte. So streiten beide Länder beispielsweise dafür, dass sowohl für gedruckte Bücher als auch für elektronische der ermäßigte Mehrwertsteuersatz gelten soll. In

Deutschland gilt für gedruckte Bücher als Kulturgut bereits der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent, für E-Books hingegen muss der volle Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent bezahlt werden. Eine Änderung jedoch muss erst durch den Rat für Wirtschaft und Finanzen (Ecofin) genehmigt werden. Allerdings stellen sich Großbritannien und andere EU-Mitgliedsstaaten in dieser Frage bislang quer, erläuterte Grütters. Zusammen mit ihrer französischen Amtskollegin Fleur Pellerin werde sie sich aber weiterhin dafür einsetzen.

Frankreich hat den ermäßigten Mehrwertsteuersatz für E-Books zwar bereits auf nationaler Ebene eingeführt. Gegen diesen Alleingang hat die EU-Kommission jedoch im September 2013 Klage vor dem Europäischen Gerichtshof eingereicht. Der Verweis auf die britische Haltung veranlasste dann auch den französischen Parlamentarier Rudy Salles zu der Bemerkung,

Deutschland und Frankreich müssten gemeinsam verhindern, dass die Kultur „nivelliert“ werde, da die Briten sich in kulturpolitischen Fragen offenbar den USA näher stünden.

Neue Ministerin Angesichts der aktuellen kulturpolitischen Diskussionen in Frankreich mutete das Bekenntnis der Parlamentarier aus Paris zum Buch geradezu trotzig an. Dort hatte sich die neue Kulturministerin Fleur Pellerin unlängst massive Kritik und Spott eingehandelt, als sie in einem Fernsehinterview bekannte, seit zwei Jahren kein Buch mehr gelesen zu haben. Angesprochen auf ihr Treffen mit Frankreichs frisch gekürtem Literaturnobelpreisträger Patrick Modiano konnte sie keinen einzigen Buchtitel aus dessen Feder nennen. Umgekehrt werden Pellerin im Gegensatz zu ihrer Amtsvorgängerin Aurélie Filippetti, die Ende vergangenen Jahres noch demonstrativ die Einweihung einer Google-Niederlassung in der französischen Hauptstadt boykottierte, beste Kontakte in die digitale Welt bescheinigt.

Mit einiger Sorge blicken Kulturpolitiker links und rechts des Rheins auch auf die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP zwischen der Europäischen Union und den USA. Immerhin wurden auf französischen Druck die audiovisuellen Medien aus der Verhandlungsmasse ausgeklammert. Die Filmförderung nimmt in Frankreich traditionell einen wichtigen Stellenwert ein. Und so nutzte auch die Grünen-Abgeordnete Tabea Rößner in der Ausschusssitzung die Gelegenheit, um den Franzosen ausdrücklich für ihren Widerstand in dieser Frage zu danken. Ansonsten aber sehen die TTIP-Kritiker und Gegner vor allem bei der Linksfraktion und den Grünen die Kulturförderung europäischer Prägung durch das Freihandelsabkommen bedroht.

Selbst bei den prinzipiellen Befürwortern von TTIP bei Union und SPD existieren solche Ängste. Zwar hatte die EU vor allem auf Druck aus Paris und Berlin in ihr Verhandlungsmandat geschrieben, dass das Abkommen nicht die Unesco-Konvention über die kulturelle Vielfalt aushebeln dürfe. Doch den Deutschen und den Franzosen reicht das nicht. Und so setzt sich Grütters dafür ein, dass der Kulturbereich im TTIP durch eine Generalklausel geschützt wird. Auch der französische Abgeordnete Michel Herbillion mahnte, die TTIP-Verhandlungen müssten im Sinne der Kultur engmaschig kontrolliert werden.

Leistungsschutzrecht Die Sitzung der beiden Ausschüsse offenbarte einmal mehr das verbindende kulturpolitische Credo in Frankreich und Deutschland. Ja, die Kultur spiele auch ökonomisch eine zunehmend wichtigere Rolle. Aber Kultur sei immer mehr als ein Wirtschaftsgut. Und so müssten entsprechende Regeln gefunden werden, wie beispielsweise dem Recht auf geistiges Eigentum in einer digitalisierten Welt Rechnung getragen werden kann.

Die französischen Abgeordneten zeigten sich deshalb auch sehr interessiert an den Erfahrungen mit dem Leistungsschutzrecht für Presseverleger, das der Bundestag 2013 gesetzlich eingeführt hatte. Viel weiter helfen konnten die deutschen Kollegen jedoch nicht, da das Gesetz derzeit faktisch kaum Anwendung findet. Etliche Verlage verzichten nämlich derzeit auf die Vergütung für die Veröffentlichung von Textanfragen bei Suchmaschinen wie Google, weil der Konzern gedroht hatte, die Presseverlage dann nicht mehr in den Suchergebnissen zu listen. Dieser Streit, so räumte der CDU-Abgeordnete Ansgar Heveling ein, müsse notfalls gerichtlich entschieden werden. Alexander Weinlein

Vorstoß gegen Leistungsschutz

RECHT Die beiden Oppositionsfraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen fordern, das Leistungsschutzrecht der Presseverleger aufzuheben. Dazu haben die Fraktionen einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorgelegt (18/3269), der am Donnerstag vergangener Woche in erster Lesung debattiert wurde. Im Leistungsschutzrecht wurde festgelegt, dass die Anbieter von Suchmaschinen die Presseverleger für die Nutzungrechte kleinerer Texte auf ihren Internetseiten bezahlen.

Halina Wawzyniak (Die Linke) begründete den Vorschlag der beiden Oppositionsfraktionen damit, dass das Leistungsschutzrecht innovationsfeindlich sei, Rechtsunsicherheit schaffe und die Lage von Urhebern an keiner Stelle verbessere. Tabea Rößner (Grüne) fügte hinzu, man wolle ein „unnötiges Gesetz“ wieder rückgängig machen. An die SPD-Fraktion gerichtet sagte sie, es sei keine Schande, einen Fehler zuzugeben und zu korrigieren. Christian Flisek (SPD) forderte, das Leistungsschutzrecht zuerst zeitnah zu evaluieren und danach gemeinsam eine vernünftige Lösung zu finden. Ansgar Heveling (CDU) sagte, mit dem Leistungsschutzrecht habe man für den Bereich der Presse einen ordnungspolitischen Rahmen im Internet herstellen wollen und eine Schutzlücke im Urheberrecht geschlossen. jbb

Perspektiven mit Goethe

AUSWÄRTIGES Der Präsident des Goethe-Instituts, Klaus-Dieter Lehmann, hat die Aufstockungen der Mittel für sein Haus um mehr als 16 Millionen Euro insbesondere vor dem Hintergrund der weltweiten Migrationsbewegungen und Flüchtlingskrisen begrüßt. Das Goethe-Institut leiste einen Beitrag nicht nur bei der Sprachvermittlung für jene Menschen, die nach Deutschland kommen, sondern könne mit seinen Angeboten auch dabei helfen Gesellschaften zu stabilisieren, sagte Lehmann vergangene Woche im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. „Wir wollen nicht nur eine bessere Bildung erreichen, wir wollen, dass die Bessergebildeten auch im Land bleiben“, sagte Lehmann.

Als ein Beispiel kultureller Projektarbeit nannte Lehmann das Fernsehformat „I Got It!“, das mit begleitender Unterstützung des Goethe-Instituts und deutscher Fernsehmacher nach dem Vorbild der „Sendung mit der Maus“ Kindern in Südostasien Themen der Wissenschaft und Technik nahebringe. Kinderfernsehen dort bestehe in der Regel aus Animationsfilmen von „Disney Channel“ oder von „Nickelodeon“, die kaum auf Wissens- und Bildungsvermittlung setzen und deren Themen oft nicht im Zusammenhang mit dem Alltag der Kinder stehen würden. „I Got It!“ komme auch deshalb gut an, weil Protagonisten und Moderatoren aus den Ländern Südostasiens kämen, sagte Lehmann. Die beteiligten Länder, darunter Indonesien, Kambodscha, Thailand und Vietnam, hätten sich jüngst darauf verständigt, das Projekt in Eigenregie fortzuführen.

Das Goethe-Institut ist mit 160 Instituten in 93 Ländern präsent. Mehr als 266.000 Menschen nahmen im Jahr 2013 an einem Deutschlernkurs teil, davon rund 220.000 im Ausland. Das sind rund 100.000 Sprachlerner mehr im Ausland als noch vor zehn Jahren. Im November erhöhte der Bundestag die Mittel für die Einrichtung auf rund 215,6 Millionen Euro ahe

Verlässliche Finanzierung angemahnt

MEDIEN Trotz der Erhöhung des Bundeszuschusses fehlt es der Deutschen Welle an Geld

Peter Limbourg, Intendant der Deutschen Welle (DW), verfolgt ein ambitioniertes Ziel: Im Konkurrenzkampf mit den anderen Auslandsendern wie der britischen BBC oder dem russischen Sender Russia Today will er der Deutschen Welle eine Spitzenposition erkämpfen. So sieht es die Aufgabenplanung des Senders für die Jahre 2014 bis 2017 (18/2536, 18/3956) vor. So will der Sender die Reichweite seines Fernseh-, Radio- und Internetangebotes von derzeit rund 100 Millionen wöchentliche Nutzerkontakte auf 150 Millionen erhöhen.

Um dieses Ziel zu erreichen, will die Deutsche Welle ihr englischsprachiges Angebot ausbauen. So soll im April kommenden Jahres das Fernsehprogramm „DW News“ mit 18 Stunden Live-Nachrichten starten. Zudem will der Sender sein Angebot konsequent multimedial präsentieren. In den vergangenen Wochen hat Limbourg bei der Politik kräftig die Werbetrommel für seine Pläne gerührt, unter anderem im Kulturausschuss und vergangene Woche auch im Auswärtigen Ausschuss. Ursprünglich hatte der Bundestag über die Aufgabenplanung abschließend beraten wollen, dann den Tagesordnungspunkt aber wieder abgesetzt. Dies soll nun in der letzten Sitzungswoche vor Weihnachten geschehen.

Bei der Deutschen Welle dürfe man die Debatte mit einiger Spannung erwarten. Denn den Auslandssender drücken Geldsorgen, er gilt als strukturell unterfinanziert. Im Gegensatz zum öffentlichen Rundfunk wird die Deutsche Welle nicht aus Rundfunkgebühren finanziert, sondern mit Steuergeldern vorwiegend aus dem Haushalt von Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU). Der



DW-Intendant Peter Limbourg

Haushaltsausschuss des Bundestages hatte den Bundeszuschuss für 2015 zwar noch einmal um 7,5 Millionen auf rund 294 Millionen Euro erhöht. Die zusätzlichen Gelder sollen unter anderem in die Modernisierung der Studios in Bonn und Berlin fließen. Doch für eine langfristige Planung brauche der Sender eben auch langfristige Zusagen, betont der Vorsitzende des DW-Verwaltungsrates Peter Clever. Im kommenden Jahr könne zwar noch ein ausgeglichener Wirtschaftsplan vorgelegt werden. Sollte der Sender aber nicht dauerhaft finanziell besser ausgestattet werden, dann sei dies in der Zukunft nicht mehr möglich. Bis 2017 fehle rund 24 Millionen Euro, rechnet Clever vor.

Limbourg hat in den vergangenen Wochen wiederholt vor den Konsequenzen einer andauernden Unterfinanzierung gewarnt. Dann käme es zu Reduzierungen im Programmangebot. Zur Disposition stehen beispielsweise die Fernsehprogramme in Spanisch und Arabisch. aw



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Das WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253

Direkt zum E-Paper

AUFGEKEHRT

Stillose Kritik

Von einer 31-jährigen Sprecherin eines US-Kongressabgeordneten sollte man eigentlich erwarten, dass sie weiß, wie der Hase läuft, wenn es um soziale Medien und Lästereien geht. Vor allem, wenn sie auch noch mehr als 14.000 „Follower“ auf dem Kurznachrichtendienst „Twitter“ hat. Diese Sprecherin hielt es offenbar für eine gute Idee, einen offenen Brief an die Töchter des US-Präsidenten Barack Obama zu verfassen. Sie echaufferte sich über deren Verhalten während der traditionellen Begrüßung eines Truthahns an Thanksgiving durch Vater Barack. Die beiden Mädchen hätten mehr „Klasse“ zeigen sollen, während ihr Vater politische Insider-Witzchen machte. Und dann ließ sie sich auch noch über die Klamotten der 13-beziehungswise 16-jährigen Teenager aus. Damit hätten sie eher in eine Bar als ins Weiße Haus gepasst, urteilte die Sprecherin ungefragt über die Jugendlichen. Nun schreiben tagtäglich sehr viele Menschen sehr viel Mist im Internet. Vieles davon verhallt. Dieses Glück hatte die Sprecherin nicht. In den sozialen Medien verbreitete sich ihr Kommentar in Windeseile, die Empörung war entsprechend groß. Wenig später entschuldigte sie sich öffentlich. Nach langen Gebeten und Gesprächen mit ihren Eltern habe sie bemerkt, dass das, was sie geschrieben hatte, vielleicht nicht so angemessen war. Warum es göttlichen Beistand und Gespräche mit Mama und Papa braucht, um festzustellen, dass man sich mit abfälliger, sexistischer Kritik an jungen, ohnehin in der Öffentlichkeit stehenden Mädchen zurückhalten sollte, erklärte sie nicht. Die Entschuldigung reicht offenbar nicht aus: Wenig später erklärte sie, dass sie ihren Job an den Nagel hängt. *Sören Christian Reimer*

VOR 15 JAHREN...

Helmut Kohls Eingeständnis

16.12.1999: Ex-Kanzler gibt Annahme von Spenden zu „Alle verkokelt“, kommentierte „Der Spiegel“ 2001 den letzten Auftritt Helmut Kohls vor dem Untersuchungsausschuss, der Licht in die CDU-Spendenaffäre bringen sollte. Doch viel Neues kam dem Ex-Kanzler nicht über die Lippen. Knapp zwei Jahre zuvor hatte Kohl in der ZDF-Sendung



Helmut Kohl (CDU) 1999 im ZDF

„Was nun?“ zugegeben, zwischen 1993 und 1998 bis zu zwei Millionen D-Mark Spenden angenommen zu haben, ohne dass diese in der Spendenliste der CDU auftauchten. „Weil die Spender ausdrücklich darum gebeten haben“, wie Kohl in dem Interview am 16. Dezember 1999 sagte. Ein Verstoß gegen das Parteiengesetz und der vorläufige Höhepunkt einer Affäre, die die ganze CDU in Mitleidenschaft zog. Auslöser war ein Ermittlungsverfahren im November 1999 gegen den ehemaligen CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep. Im August 1991 soll er im Zusammenhang mit einem Panzergeschäft eine Million D-Mark von dem Waffenhändler Karlheinz Schreiber erhalten und nicht versteuert haben. Kiep stellte sich der Justiz und gab an, die Million sei als Parteispende an die CDU gegangen. In der Folge kam heraus, dass sowohl die Bundes-CDU als auch die CDU in Hessen über Jahre weitere Spenden auf geheime Konten geleitet hatte.

Anfang 2000 eröffnete die Bonner Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen Kohl wegen des Verdachts der Untreue. Das Verfahren wurde 2001 gegen eine Geldbuße von 300.000 D-Mark eingestellt. Die Namen der Spender behält Kohl bis heute für sich.

Benjamin Stahl

ORTSTERMIN: W-FORUM DER WISSENSCHAFTLICHEN DIENSTE



Kenntnisreich und spannend analysierte Professor Shlomo Avineri die Lage im Nahen Osten vier Jahre nach den politischen Umstürzen.

© Deutscher Bundestag/Achim Melde

Der Nahe Osten im Umbruch

Im SPD-Fraktionssaal herrscht Vorlesungsatmosphäre: Professor Shlomo Avineri von der Hebräischen Universität Jerusalem referiert zur Situation im Nahen Osten. Ihm lauschen an diesem Dienstag jedoch keine Studenten, sondern Interessierte aus dem Bundestag und dessen Verwaltung: geladen haben die Wissenschaftlichen Dienste des Hauses zu ihrer Veranstaltungsreihe „W-Forum“. In einem einstündigen Vortrag blickt der renommierte Politikwissenschaftler auf die „Region in Aufruhr“. Denn vier Jahre nach dem „Arabischen Frühling“ brennt der Nahe Osten: In Syrien tobt ein heftiger Bürgerkrieg, Libyen droht zu zerfallen, in Ägypten herrscht wieder das Militär und die Terrororganisation „Islamischer Staat“ ist auf dem Vormarsch in der Region. Die anfängliche Euphorie angesichts der als demokratisches Wachen gefeierten Umstürze autoritärer Regime durch Massenproteste in gleich mehreren arabischen Staaten im Frühjahr 2011 ist allgemeiner Ernüchterung gewichen.

„Was ist geschehen? Was ist nicht geschehen?“, fragt der Gast aus Israel zu Beginn seines Vortrags. Nüchtern analysiert er vor gebanntem Publikum, dass damals nur in ei-

ner Hand voll Staaten der arabischen Welt autoritäre Regimes gestürzt worden seien. Dies habe vor allem Länder wie Ägypten betroffen, in denen sich das Militär an die Macht gepuscht hatte. Anders als die dynastischen Monarchien der Region, die nicht weniger oppressiv seien, mangle es ihnen an historischer Legitimität. In Saudi-Arabien etwa speise sich die Legitimität der Herrscherfamilie aus ihrem Status als Hüterin der Heiligen Stätten des Islam in Mekka und Medina.

Nicht erfüllt habe sich die weit verbreitete Hoffnung einer Demokratisierung des Nahen Ostens. Für den Übergang zu einer Demokratie brauche es mehr als Massenproteste: „Demonstrationen können ein Regime schnell absetzen, nicht aber Pluralismus schaffen“, sagt Avineri. Anders als beispielsweise 1989 in Polen sei die Zivilgesellschaft in den meisten arabischen Ländern nur schwach ausgeprägt. Ihnen fehle also eine zentrale Voraussetzung für Demokratie. Die jugendlichen Demonstranten des Kairoer Tahrir-Platzes, die in den westlichen Medien das Bild eines demokratischen Aufbruchs in der arabischen Welt prägten, seien nur eine verschwindend geringe Minderheit der

ägyptischen Gesellschaft, so der Politikwissenschaftler. Einzig in Tunesien sieht Avineri Grund zur verhaltenen Hoffnung.

Der Politikwissenschaftler möchte jedoch jenseits der Frage, welche Regierungsformen sich infolge des „Arabischen Frühlings“ herausbilden, das große Ganze betrachten: Im Nahen Osten sei derzeit eine tektonische Veränderung des regionalen Staatensystems zu beobachten, betont er. Das 1916 mit dem Sykes-Picot-Abkommen von den Kolonialmächten aufgezwungene Staatsgefüge aus „Vielvölkerstaaten“ in willkürlich entlang kolonialer Interessengebiete festgelegten Grenzen mit religiösen und ethnischen Minderheiten sei dabei, zu zerfallen. Angesichts der Spannungen der vergangenen Jahre seien religiöse oder ethnische Zugehörigkeiten der Menschen im Nahen Osten wieder in den Vordergrund getreten.

Im Nahen Osten entstehe eine neue Ordnung. Wie diese einst aussehen werde, weiß auch Avineri nicht. Er warnt jedoch den Westen, wie wenig er diese Entwicklungen beeinflussen könne. „Die Entscheidungen müssen ex oriente kommen und nicht ex occidente.“ *Anne-Sophie Friedel*

LESERPOST

Zur Ausgabe 49 vom 1. Dezember 2014, „Schluss mit Schulden“ auf Seite 1:

Auf dem Papier hat der Bundeshaushalt für das Jahr 2015 die „Schwarze Null“ erreicht, aber ob es ein Wendepunkt nach 46 Jahren verschuldeten Bundeshaushalten ist, ist noch nicht zu beurteilen. Trotz einer seit Jahren prosperierenden Wirtschaft mit immer mehr sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen, mehr Steuereinnahmen und weniger Arbeitslosen, war die Vorlage für einen ausgeglichene Haushalt nur zum Beispiel durch Kostenverlagerungen auf Länderebene, Belastung der Sozialkassen und Verschiebung von nötigen Investitionen in die Zukunft möglich. Die Qualität dieses Haushalts und dieser Bundesregierung wird sich erst dann zeigen, sobald es zu einem wirtschaftlichen „Negativwachstum“ kommt. Und wenn die Bundeskanzlerin in Optimismus macht und eine Reduzierung des deutschen Gesamtschuldenstands auf 70 Prozent für machbar erachtet, so möge man sich doch daran erinnern, dass nach den Maastricht-Kriterien das Verhältnis der Bruttoverschuldung zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) den Referenzwert von 60 Prozent nicht überschreiten

darf. Die Nichteinhaltung der Defizitgrenzen bei Neuverschuldung (drei Prozent) und Gesamtverschuldung (60 Prozent) ist in der Europäischen Union ohnehin salonfähig geworden, da bisher kein Land mit einschneidenden Sanktionen aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt rechnen musste.

Hans-Dieter Seul, Berlin

Zur Ausgabe 47-48 vom 17. November 2014, „Vom Sterben in Würde“ auf Seite 1:

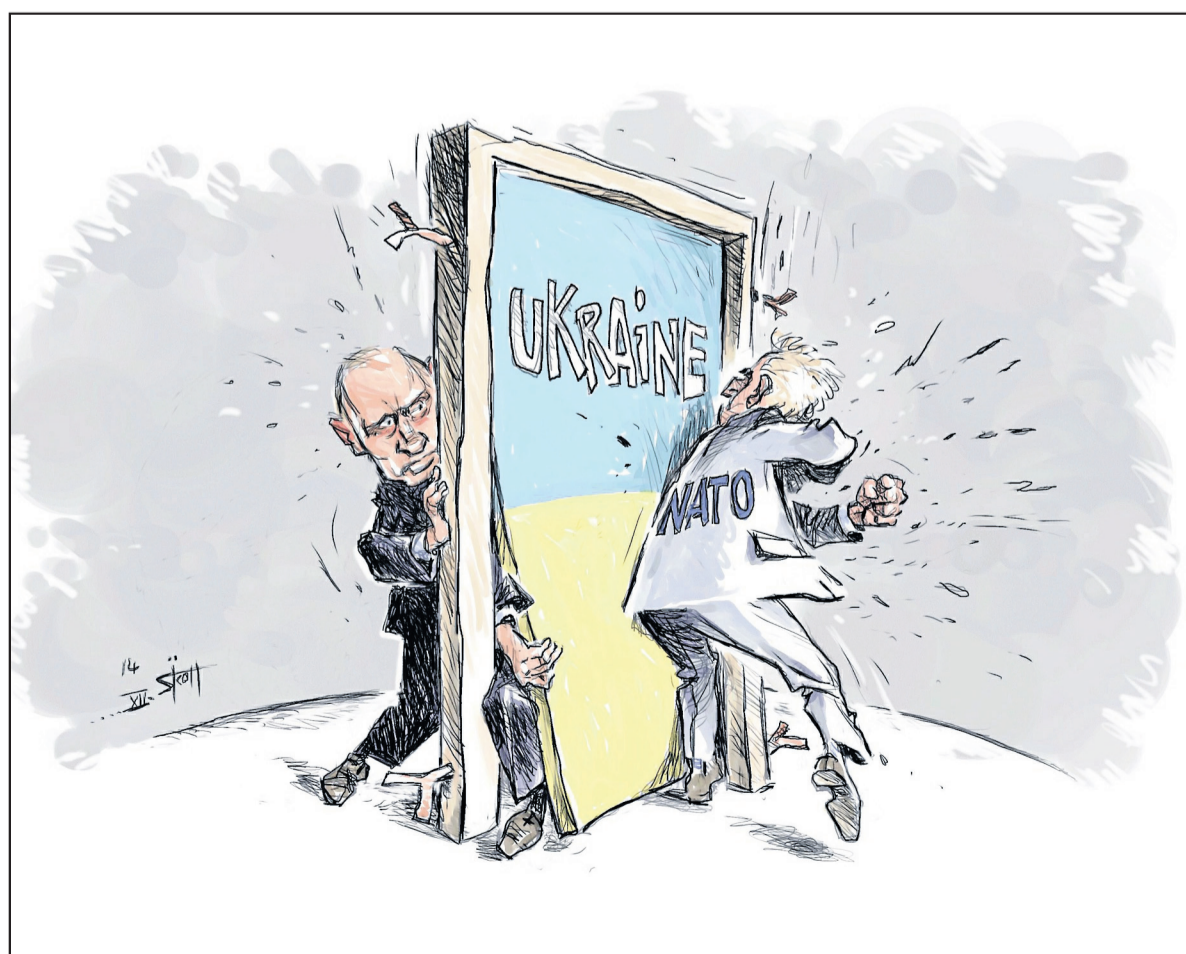
Michael Brand bringt in seiner Stellungnahme zum Ausdruck, dass dieser verheerenden befürwortenden Tendenz in der Diskussion um die „begleitete Ster-

behilfe“ sofort Einhalt geboten werden muss. Welcher Arzt kann einen solch massiven Eingriff in das Leben eines Menschen und seiner Familie rechtfertigen? Unsere Geschichte hat uns in schlimmster Weise gelehrt, was es heißt, Sterbehilfe zu leisten. Genau mit dem Begriff der „Sterbehilfe“ wurde die Euthanasie unter den Nazis eingeführt. Die Diskussion erinnert in erschreckender Weise an diese Zeit. Der Eid des Hippokrates gilt als die erste grundlegende Formulierung einer ärztlichen Ethik, an die sich jeder Arzt zu halten hat. Dort heißt es, „Ich werde ärztliche Verordnungen treffen zum Nutzen der Kranken nach meiner Fähigkeit und meinem Urteil, hüten aber werde ich mich davor, sie

zum Schaden und in unrechter Weise anzuwenden. Auch werde ich niemandem ein tödliches Gift geben, auch nicht, wenn ich darum gebeten werde, und ich werde auch niemandem dabei beraten...“ Wie bei Erwachsenen soll man auch bei Kindern die Leiden durch Palliativmedizin erleichtern. Nicht durch Tod. Es gibt Möglichkeiten und Mittel, um Angst, Schmerz und Symptome wie Kurzatmigkeit zu behandeln. Zusätzlich ist in der palliativen Begleitung auch psychologische und spirituelle Hilfe möglich. Bei Kindern und Minderjährigen stellt sich vor allem die Frage nach der Autonomie. Welches Kind besitzt die Reife, um sich bewusst für den Tod zu entscheiden? Eine magersüchtige Jugendliche, die einen starken Sterbewunsch hat, könnte dann theoretisch um Sterbehilfe bitten, während sich die Eltern für eine Behandlung einsetzen. Der Arzt hat die Aufgabe, Hoffnung und Zuversicht zu vermitteln, Trost zu spenden und medizinische Linderung zu verschaffen, und das bis zuletzt.

Christine Green-Ottens, Alfter

SEITENBLICKE



Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament
@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 22. Dezember.

PERSONALIA

>Friedel Schirmer
Bundestagsabgeordneter 1969-1983, SPD

Am 30. November starb Friedel Schirmer im Alter von 88 Jahren. Der aus dem niedersächsischen Stadthagen stammende Ministerialrat und Sportlehrer war von 1963 bis 1978 Vorsitzender des Sportbeirats beim SPD-Parteivorstand und von 1976 bis 1980 Sportobmann der SPD-Bundestagsfraktion. Der mehrfache Leichtathletik-Zehnkampfmester und Trainer der deutschen Zehnkämpfer der 1960er-Jahre war bei den Olympischen Spielen 1952 in Helsinki Fahnenträger der gesamtdeutschen Mannschaft. Im Bundestag engagierte sich der Direktkandidat des Wahlkreises Schaumburg im Ausschuss für Familie und Gesundheit sowie im Sportausschuss.

>Hermann Schätz
Bundestagsabgeordneter 1980-1983, SPD

Hermann Schätz wird am 10. Dezember 80 Jahre alt. Der Ingenieur aus Traunstein trat 1965 der SPD bei und stand, mit Unterbrechungen, von 1970 bis 1988 an der Spitze des Unterbezirks Traunstein-Berchtesgadener Land. Von 1972 bis 1978 und von 1984 bis 2004 gehörte er dem Traunsteiner Stadtrat an und von 1972 bis 1990 dem dortigen Kreistag. Im Bundestag engagierte sich Schätz im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft sowie im Ausschuss für das Post- und Fernmeldewesen.

>Hans Daniels
Bundestagsabgeordneter 1983-1990, CDU

Am 11. Dezember vollendet Hans Daniels sein 80. Lebensjahr. Der aus Bonn stammende promovierte Jurist, Rechtsanwalt und Notar trat 1955 der CDU bei. Von 1961 bis 1999 war er Ratsherr seiner Heimatstadt und von 1975 bis 1994 ihr Oberbürgermeister. Von 1970 bis 1983 gehörte er dem nordrhein-westfälischen Landtag an. Der Direktkandidat des Wahlkreises Bonn arbeitete im Bundestag im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mit.

>Michael Glas
Bundestagsabgeordneter 1976-2013, CSU

Am 14. Dezember vollendet Michael Glas sein 70. Lebensjahr. Der aus Priesenstadt/Kreis Kitzingen stammende Müllermeister trat 1970 der CSU bei, war von 1975 bis 1993 Vorsitzender des Kreisverbands Kitzingen und stand von 1993 bis 2011 an der Spitze des CSU-Bezirksverbands Unterfranken. Von 1993 bis 2009 gehörte er dem CSU-Präsidium und von 1993 bis 2011 dem Parteivorstand an. Kreistagsmitglied war Glas von 1972 bis 1993. Der Direktkandidat des Wahlkreises Schweinfurt-Kitzingen amtierte von 1993 bis 2005 als Vorsitzender der CSU-Landesgruppe und somit als Erster Stellvertreter Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Im November 2005 wurde er zum Bundesminister für Wirtschaft und Technologie berufen. Das Amt hatte er bis Februar 2009 inne. Glas arbeitete vorwiegend im Haushaltsausschuss mit.

>Hans-Hinrich Knaape
Bundestagsabgeordneter 1990-1998, SPD

Hans-Hinrich Knaape begeht am 16. Dezember seinen 80. Geburtstag. Der Facharzt für Neurologie trat 1990 der SPD bei. Von 1990 bis 1993 sowie 1998/99 war er Stadtverordneter in Brandenburg/Havel. Knaape, Direktkandidat des Wahlkreises Brandenburg – Rathenow – Belzig, arbeitete in beiden Wahlperioden im Gesundheitsausschuss mit.

>Eckhardt Barthel
Bundestagsabgeordneter 1998-2005, SPD

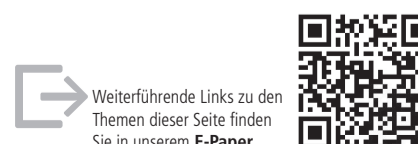
Am 17. Dezember feiert Eckhardt Barthel seinen 75. Geburtstag. Der Berliner Diplomat trat 1970 in die SPD ein, war von 1992 bis 1999 Vorsitzender des SPD-Bezirks Schöneberg und gehörte von 1983 bis 1998 dem Berliner Abgeordnetenhaus an. Im Bundestag engagierte sich Barthel, kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, im gleichnamigen Ausschuss sowie im Innenausschuss.

>Elfriede Klemmert
Bundestagsabgeordnete 1957-1961, CDU

Elfriede Klemmert vollendet am 21. Dezember ihr 90. Lebensjahr. Die aus Bonn stammende Notarin war Kreisvorsitzende der Jungen Union in ihrer Heimatstadt und stellvertretende rheinische Landesvorsitzende. 1954 trat sie der CDU bei und gehörte einige Jahre dem rheinischen Landesausschuss an. Im Bundestag engagierte sich Klemmert im Rechtsausschuss. *brmh*

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 15. – 19.12.2014
Regierungserklärung EU-Gipfel (Do)
Regionale Wirtschaftspolitik (Fr)
Phoenix überträgt live ab 9 Uhr
Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream



Dr. Johanna Wanka, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Die Hightech-Strategie ist etwas Besonderes



Johanna Wanka (*1951)
Bundesministerin

Heute vor 90 Jahren gab es nicht weit von hier 8 Kilometer Luftlinie entfernt ein besonderes Ereignis: Damals, am 4. Dezember 1924, hat die 1. Große Deutsche Funkausstellung in Berlin ihre Pforten geöffnet, und damals hat der erste Röhrenrundfunkempfänger fasziniert. Mittlerweile ist das 90 Jahre her. In dieser Branche sind seither Tausende von Arbeitsplätzen entstanden. Noch heute ist es so, dass die funkgetragene Kommunikation große Innovationschübe hervorbringt. Das ist ein Beispiel, wie wichtig Innovation für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist und wie wirkungsmächtig sie über viele Generationen hinweg sein kann.

Wir sind heute beim Export von forschungsintensiven Gütern nicht nur in der Weltspitze. Der Beitrag der Medium- und Hightechgüterexporte zur Handelsbilanz liegt in Deutschland bei 9,2 Prozent. Wissen Sie, wie hoch dieser Wert im EU-Durchschnitt ist? 1,3 Prozent. Das heißt, Deutschland hat an dieser Stelle eine Sonderstellung. Auch aus diesem Grund haben wir im November die höchste Beschäftigungsquote in Deutschland, die wir je hatten.

Mittlerweile sind wir ein Magnet für Wissenschaftler und Forscher aus aller Welt. Wir haben die Zahl derer, die nach Deutschland kommen, seit 2006 um 60 Pro-

zent gesteigert. Vor kurzem ist es uns gelungen, einen Professor von der Harvard-Universität nach Halle zu holen.

Was ist die Ursache dafür? Jetzt denken Sie: Sie erzählt bestimmt wieder, dass es das Geld ist und die jährliche Steigerung der Mittel für diesen Bereich seit 2005, seit Angela Merkel Bundeskanzlerin ist. Das stimmt. Aber das alleine reicht nicht. Entscheidend ist, wie das Geld angelegt bzw. wofür es ausgegeben wird. Es gibt zum Beispiel den Pakt für Forschung und Innovation, der den Wissenschaftsorganisationen Planungssicherheit, Verlässlichkeit, aber auch Freiheitsgrade die haben wir insbesondere in den letzten Jahren eingeräumt bietet.

Unser Nobelpreisträger Hell sagt, dass er geblieben ist wegen der Freiheitsgrade und wegen der Möglichkeiten, die man in Deutschland hat, und wegen der Hightech-Strategie.

Die Hightech-Strategie ist schon etwas Besonderes. Jetzt können Sie denken: Jedes Land hat irgendeine Förderstrategie, die bei uns eben Hightech-Strategie heißt. Das ist keine einfache Förderstrategie mit einzelnen Programmpunkten und Aktionsfeldern. Das

ist eine Strategie, die für die Innovationskraft in Deutschland von grundlegender Bedeutung ist, die Besonderheiten hat, die zu kopieren versucht wird und bei der andere Länder Anregungen nehmen.

Seit Anfang September haben wir die neue Hightech-Strategie. Sie werden jetzt sagen: Wenn es gut funktioniert, warum gibt es dann eine neue Hightech-Strategie, warum behalten wir nicht die, die wir 2006 zum ersten Mal aufgelegt haben? Ganz einfach, weil sich die Bedingungen ändern, weil wir im globalen Wettbewerb sind und weil es jetzt neue Herausforderungen gibt, die anders sind als die 2006.

Was ist jetzt neu? Was ist jetzt anders? Warum machen wir das

so? Wir haben die Konzentration auf wenige Themenfelder sechs an der Zahl beibehalten. Das ist ein Grundpfeiler der Hightech-Strategie. Diese sechs Themenfelder sind für die Zukunft Deutschlands, für uns alle und für unseren Wohlstand zwingend notwendig. Sie unterscheiden sich nicht grundlegend von denen des Jahres 2006, aber es wird doch auf die Entwicklung eingegangen. Die sechs Themenbereiche sind: digitale Wirtschaft und Gesellschaft, nachhaltiges Wirtschaften und Energie, innovative Arbeitswelt, gesundes Leben, intelligente Mobilität und zivile Sicherheit.

Wir stehen aktuell vor großen Herausforderungen: Wir haben eine hohe Innovationskraft. Wir haben, Herr Riesenhuber, fast das 3-Prozent-Ziel erreicht. Aber woher kommen diese Erträge? Den Hauptteil liefern in Deutschland drei Branchen, nämlich Fahrzeugbau, Elektrotechnik und Maschinenbau. Deshalb ist es ganz wichtig, die Basis auf andere Branchen zu erweitern, sie genauso stark zu machen. Die Hightech-Strategie bietet Chancen für Wachstumsbranchen wie zum Beispiel Bioökonomie und Mikroelektronik mit großen Anstrengungen nicht nur vonseiten der Bundesregierung, sondern auch vonseiten Sachsens und auf EU-Ebene, beinhaltet die Förderung von Schlüsseltechnologien und, und, und.

Ich will kurz anhand einzelner Punkte aufzeigen, was wir neu gemacht haben:

Erster Punkt. Im Bereich „nachhaltiges Wirtschaften und Energie“ ist ein Schwerpunkt die Energieforschung. Wir alle wissen, die Energiewende funktioniert nicht ohne entsprechende Forschungsergebnisse.

Wir alle zusammen haben im letzten Frühjahr mit dem Forschungsforum Energiewende einen Dialogprozess gestartet. Wir sind jetzt so weit, dass wir Ihnen Anfang des neuen Jahres denn es gibt eine Vielzahl von Dingen in der Forschung, die man berücksichtigen muss die grundlegenden prioritären Aufgaben eins, zwei, drei präsentieren können, auf wir

in den nächsten Jahren alle Mittel konzentrieren, um dort Ergebnisse zu erzielen. Wir wollen eine Prioritätensetzung für die 180 Hochschulen, die im Bereich der Energieforschung tätig sind, ermöglichen. Wir sind jetzt so weit, dass wir die Ergebnisse Anfang des Jahres präsentieren können.

Ein zweiter Punkt. Ein erfolgreiches Format im Rahmen der Hightech-Strategie war der Spitzencluster-Wettbewerb, waren die Spitzencluster. Ein Cluster wurde gebildet, wenn klar war, dass man in einem Bereich in wenigen Jahren Weltmarktführer werden kann, gefördert mit 40 Millionen Euro vom Bund und – das ist wesentlich mehr geworden – 40 Millionen Euro von privater Seite. Die 15 Spitzencluster funktionieren exzellent. Weil unsere Chancen in Europa liegen, wollen wir diese Cluster jetzt zu Clustern in Europa werden lassen. Deswegen läuft jetzt gerade eine erste Ausschreibung. Es geht darum, wie sich diese Spitzencluster mit den zweien oder dreien in Europa vernetzen können, die in dem jeweiligen Themenfeld führend sind.

Dritter Punkt. Ich hatte es hier schon erwähnt: US-Präsident Obama hat gefragt, warum die Deutschen so gut sind, und hat umfangreiche Papiere erstellen lassen. Die Erkenntnis war: Bei der Revolution sind die Deutschen nicht so gut; sie machen nicht so viel auf der grünen Wiese, reißen nicht immer alles ein, aber die absolute Stärke der Deutschen ist, dass sie in den Branchen, in denen sie gut sind, in der Lage sind, über Jahrzehnte hinweg immer wieder Innovationen zu schaffen und in der Weltspitze zu bleiben. Das ist die Stärke der Deutschen.

Der nächste Innovationsschub, den wir jetzt in den klassischen Branchen, in denen wir gut sind, brauchen, geht von der Digitalisierung aus. In der alten Hightech-Strategie betraf die Digitalisierung in sehr starkem Maße Fragen der IKT, also der Informations- und Kommunikationstechnologien. Das reicht heute nicht mehr aus. Der digitale Wandel im Forschungs- und Entwicklungsbereich ist außerordentlich wichtig; das Thema muss breit angelegt werden. Wir haben in diesem Jahr

zwei große Kompetenzzentren für Big Data eingerichtet. Wir haben das Forum Privatheit und selbstbestimmtes Leben in der Digitalen Welt mit vielen Playern aus dem privaten Bereich gestartet.

Ich sagte es schon: Es gibt richtig Geld für den Bereich Mikroelektronik. Sie ist eine Schlüsseltechnologie, und wir haben dort Chancen. Insgesamt müssen wir hin zu einem breiteren Verständnis von Forschung und Entwicklung. Es geht nicht nur um technologische Entwicklungen, um

Geld für Forschung, sondern vor allen Dingen auch um Veränderungen in der Arbeitswelt. Wir haben das große Programm „Innovationen für die Produktion, Dienstleistung und Arbeit von morgen“ mit einem Umfang von

1 Milliarde Euro in den nächsten Jahren gestartet. Das ist keine Idee, die wir uns einfach ausgedacht oder mit einigen wenigen diskutiert haben. Es wurde eine breite Debatte mit Gewerkschaften, mit Arbeitgebern geführt; beide waren gemeinsam an einem Tisch. Was ich im Bereich der Arbeitsforschung nicht will dafür stehe ich mit diesem Programm -, sind neue dicke Bücher; wir brauchen sie nicht. Wir haben in der Arbeitsforschung schon sehr viele Ergebnisse. Ich möchte, dass jedes Mal, wenn wir im Rahmen der Hightech-Strategie Geld für Arbeitsforschung ausgeben, ein oder mehrere Mittelständler gesucht werden, die probieren, die Ergebnisse umzusetzen und Transfer zu betreiben.

Gesundheit im Lebensverlauf. Wir haben vor kurzem das 50-jährige Jubiläum des Deutschen Krebsforschungszentrums in Heidelberg gefeiert und entschieden –

Fortsetzung auf nächster Seite

Die Hightech-Strategie bietet Chancen für Wachstumsbranchen.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlament fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

es war nicht einfach -, viel Geld für das Nationale Centrum für Tumorerkrankungen einzusammeln – Partnerstandort ist das Institut für Radioonkologie in Dresden – und seine Mittel langfristig und unbefristet aufzustocken. Damit gehören wir zu den drei Weltbesten. Die Amerikaner und die Briten versuchen, aufzuholen. Deswegen können wir Gelder nicht nur mit der Gießkanne verteilen – das machen wir sowieso nicht –, sondern müssen Spitzenförderung betreiben. Das Nationale Centrum für Tumorerkrankungen ist im Bereich der Gesundheitsforschung eine ganz große Chance, die wir in Deutschland haben. Ich denke, da haben wir richtig entschieden.

Die Erhaltung der Schöpfung ist uns ein besonderes Anliegen. Nachhaltiges Wirtschaften ist eine zentrale Kompetenz, ein zentrales Interesse gerade auch unserer Partei. Hier habe ich vor wenigen Tagen gemeinsam mit Frau Hendricks die Forschungsagenda für den Bereich Green Economy vorgestellt. Diese Forschungsagenda ist mit der Wirtschaft und mit den Verbänden entwickelt worden und hat eine große Akzeptanz, weil unsere Wirtschaft pfiffig ist und

weiß, dass sie in dem Bereich wettbewerbsfähig sein muss, dass dort Ökonomie und Ökologie wettbewerbsfähig verbunden werden müssen. Um an dieser Stelle eine Zahl zu nennen: Dafür stehen 350 Millionen Euro bereit.

Wir haben Probleme und Herausforderungen. Die Stärke Deutschlands ist der Mittelstand. Wir geben dort viel Geld aus; wir fördern diesen Bereich jährlich mit 1,4 Milliarden Euro. Ein Problem ist: Die Ergebnisse zeigen, dass wir zwar viele Hidden Champions haben, aber die Innovationsausgaben im Mittelstand, bei den kleinen und mittleren Firmen, in der Summe nicht gestiegen sind, zum Teil gar gesunken sind. Deswegen ist dies ein ganz zentraler Punkt der neuen Hightech-Strategie: Was kann man machen, damit die Gelder dort effektiver genutzt werden und um anzuregen, dass in dem Bereich mehr ausgegeben und geforscht wird? Die Steigerung der Innovationsdynamik im Mittelstand ist für mich ein zentrales Anliegen. Diese braucht jedoch Unterstützung. Dies ist vielleicht nicht so populär, als wenn man sich mit dem Chef eines Großunternehmens

präsentiert. Daher ist es wichtig und das ist die Politik dieser Großen Koalition, für Innovationen in kleinen und mittelständischen Unternehmen Sorge zu tragen.

Zwei Einsprengsel dazu, wie wir das machen wollen. Ein Punkt betrifft Pilotanlagen, die bislang bei der Förderung immer herausgefallen sind. Wenn das Wirtschaftsministerium die Wirtschaft fördert, dann betrifft das an vielen Stellen nicht Pilotanlagen. Deswegen ist jetzt für uns wichtig, dass wir Pilotanlagen fördern. Damit können die zur Bank gehen und dort leichter Geld zur Finanzierung bekommen. Sunfire ist ein Beispiel für eine Pilotanlage, die wir jetzt im Rahmen der Hightech-Strategie fördern.

Kompetenzaufbau. Es funktioniert nur mit Fachkräften. Fachkräfte sind unsere Stärke, sie sind Träger der Innovation. Ich will jetzt gar nicht auf die einzelnen Pakete, die wir beschlossen haben Stichworte „berufliche Bildung“, „akademische Bildung“, eingehen. Ich will nur sagen, dass der Bedarf an neuen Qualifikationen, den man zum Beispiel bei Industrie 4.0 sieht, ein Feld ist, auf dem wir schnell sein müssen. Wir ha-

ben im Rahmen des IT-Gipfels in der Arbeitsgruppe, die von einem Mitglied des Vorstands von SAP geleitet wurde, beschlossen, eine Initiative zur Systematisierung bestehender Angebote und zur Strukturierung neuer Qualifikationsformen für die berufliche Bildung und für die akademische Bildung zu starten. Das sind aber keine Arbeitsgruppen, in denen man nur darüber redet, sondern es geht darum, mit einem großen Unternehmen oder mit zwei, drei großen Unternehmen dies in der Praxis auszuprobieren und damit auch Anregungen zu geben und Vorbild für andere Bereiche zu sein.

Ich sagte vorhin, dass wir attraktiv sind für Forscher und Wissenschaftler aus aller Welt. Das EFI-Gutachten, um das es ja heute auch geht, bestätigt, wie wichtig dies ist. Dort wird aber auch kritisch angemerkt, dass da noch viel Entwicklungspotenzial ist. Das Gutachten beruht jedoch auf alten Zahlen. Die haben die Zahlen aus Publikationen von 1996 bis 2011 genommen. Die Zahlen, die wir jetzt haben, sehen ganz anders aus. Nur ein Beispiel: Bei der Max-Planck-Gesellschaft sind rund 50

Prozent aller Doktoranden und 86 Prozent aller Postdoktoranden sowie jeder dritte Abteilungsleiter aus dem Ausland. Das heißt, wir sind an der Stelle erfolgreich, aber wir brauchen auch dort Verstärkung, Instrumente, Strategien. Ich denke, mit der Strategie zum Europäischen Forschungsraum, aber auch mit der Internationalisierungsstrategie sind wir an dieser Stelle gut aufgestellt.

Ich denke, wir haben viel erreicht. Aber wir müssen aufpassen. Einen Vorsprung kann man gerade dann, wenn es Innovationsschübe gibt und diese gibt es überall auf der Welt, ganz schnell verspielen. Deswegen wollen wir, dass Deutschland den ersten Platz einnimmt, was Innovation und Wettbewerbsfähigkeit sowie Weltmarktfähigkeit anbetrifft, und dass wir auch die Talente aus allen Ländern mit unserer Attraktivität anziehen. Deswegen haben wir die Hightech-Strategie zu einer umfassenden Innovationsstrategie weiterentwickelt. Die beiden dicken Dokumente, die hier heute zur Diskussion stehen, bestätigen das.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Petra Sitte, DIE LINKE:

Bundesregierung muss ihre Ziele ernster nehmen



Petra Sitte (*1960)
Landesliste Sachsen-Anhalt

Es ist ja zurzeit in Mode, dass die Großkoalitionäre immer gegenseitig den Koalitionsvertrag zitieren, um sich daran zu erinnern. Das würde ich auch ganz gern einmal tun. Ich zitiere:

Die Hightech-Strategie werden wir zu einer umfassenden ressortübergreifenden Innovationsstrategie für Deutschland weiterentwickeln.

Das ist nun wirklich eine ganz tolle Zielstellung. Die ist immerhin nur acht Jahre alt und stand bereits in der Erstauflage der Hightech-Strategie 2006. Ich frage mich nun: Wenn Sie in Zukunft Innovationspolitik aus einem

Guss entwickeln wollen, was, bitte, haben Sie dann in den letzten acht Jahren gemacht? Offenbar zu wenig. Damit haben Sie auch tapfer so ganz nebenbei gesagt die Kritik der Opposition ausgesessen.

Nach meinen jüngsten Erfahrungen muss ich auch sagen, dass ich so meine Zweifel daran habe, dass das jedes Ressort, jeder Minister schon begriffen hat, dass sie jetzt gemeinsam handeln müssen. Ich will dazu auch gern ein Beispiel geben.

Sie haben sich in dieser Hightech-Strategie sechs Zukunftsaufgaben gestellt. Darunter befindet sich selbstverständlich; deshalb rede ich auch hier die Zukunftsaufgabe „Digitale Wirtschaft und Gesellschaft“. Dies war auch Thema des IT-Gipfels, was Sie auch miteinander verbunden haben. Das ist insgesamt auch gut so. Ob das nun in der Zukunftsaufgabe steht oder nicht, Fakt ist: Die Digitalisierung hat schon jetzt alle Lebensbereiche verändert.

Immerhin: In Informatik-, Technik- und Wirtschaftswissenschaften werden dazu zahllose Projekte beforscht. Was aber seit Jahren fehlt, sind Reflektionen aus geisteswissenschaftlicher bzw. gesell-

schaftswissenschaftlicher Perspektive. Bizarrrerweise ist es lediglich das von Google finanzierte Humboldt-Institut, das sich seit mehreren Jahren genau dieser Problematik stellt. Öffentliche Gelder, beispielsweise aus der Hightech-Strategie, gab es insgesamt immer nur in homöopathischen Dosen. Das kann unmöglich so bleiben.

Da stellen sich schon Fragen wie: Welche Folgen hat die Digitalisierung für die Gesellschaft wirklich? Dazu wurde eine ganze Enquete-Kommission eingerichtet, deren Vorschläge in Ihre Hightech-Strategie kaum Eingang gefunden haben. Welche neuen sozialen Ideen entstehen denn durch das Internet? Wenn Güter für alle frei zugänglich werden können, dann ist ihre künstliche Verknappung bzw. eine Zugangsbeschränkung am Ende ein gesellschaftliches Problem. Damit muss man sich doch beschäftigen. Oder: Was muss geschehen, damit medienkompetente Nutzerinnen und Nutzer in unserem Land endlich lebenslang mit dem Internet oder mit den neuen Medien umgehen können?

Es ist gut und richtig, dass das

Forschungsministerium diese Lücke jetzt schließen will.

Vergleicht man die dafür eingeplanten Summen mit den großen Technologiefördertöpfen, dann muss ich schon sagen: Diese Fördergelder können Sie mit dem Teelöffel wegtragen.

Meine Damen und Herren, Sie sollten Ihre Ziele schon ernster nehmen, sonst wird es nämlich nix mit der weltweiten Innovationsführerschaft im Bereich der Digitalisierung, die Sie sich so mutig auf Ihr Trikot gedruckt haben. Ich sehe die Jungs und Mädels aus den Teams im kalifornischen Silicon Valley schon vor Deutschland zittern.

Eine ressortübergreifende Innovationsstrategie müsste sich konsequent zunächst an den notwendigen Voraussetzungen abarbeiten. Dazu muss beispielsweise die unterdurchschnittliche Breitbandausstattung beseitigt werden, dazu müssen Datenschutz- und Urheberrechte auf den Stand der Zeit gebracht werden, und nicht zuletzt müssten Sie sich auch mit etablierten Konzernen aus der Chemie, aus der Maschinenbau- oder der Fahrzeugindustrie auseinandersetzen.

Die Interessen der klassischen deutschen Industrie und ihrer Beschäftigten sollen nicht gegen die

von Start-ups, kleinen und mittelständischen Unternehmen und Creative Industries ausgespielt werden. Aber genau so sieht bis heute die Mittelverteilung aus. Es gibt wieder kein zusätzliches öffentliches Geld für den Breitbandausbau. Es gibt immer noch kein bildungs- und wissenschaftsfreundliches Urheberrecht, trotz einer Verankerung im Koalitionsvertrag. Es gibt keine neuen Förder- und Kreditprogramme für innovative Gründungen. Das bleibt eine Leerstelle. Für mich sieht ressortübergreifende Politik anders aus.

Nicht weniger als drei Minister von jeder Regierungspartei einer haben die Digitale Agenda vorgestellt, und jeder stellte seine Variante vor. Eine Gemeinsamkeit gab es aber doch: Sie hatten nichts Konkretes im Köcher. Frau Wanka als Forschungsministerin, federführend bei der Hightech-Strategie, war überhaupt nicht dabei. Das ist ein völlig absurder Vorgang.

Professorin Gesche Joost, Designforscherin und eigens von der Regierung benannte Internetbotschafterin Deutschlands, fasste das Schauspiel folgendermaßen zusammen: „Wenn die Politik so weitermacht, verschläft sie den Wandel komplett.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Was war dann folgerichtig die

Fakt ist: Die Digitalisierung hat schon jetzt alle Lebensbereiche verändert.

erste gemeinsame Aktion der Digitalminister des künftigen weltweiten Innovationsleaders Deutschland? Sie ahnen es: Sie schrieben einen Brief, und diesen Brief faxten sie an die EU-Kommission.

Die Digitalminister faxten! Inhalt: Was muss die Europäische Union in Sachen Netzpolitik, Breitbandausbau, Urheberrechte, Datenschutz und Technologieförderung leisten?

Nun frage ich mich: Wenn Sie diese Hightech-Strategie ernst

nehmen, wieso fangen Sie zunächst damit an, Forderungen gegenüber der EU aufzustellen? Sie müssten doch als Erstes bei sich anfangen.

Ich komme aus Halle in Sachsen-Anhalt. Wir zitieren gerne „olle“ Luther. Luther sagte das ist bei diesem Thema durchaus treffend: „Auf fremdem Arsch ist gut durchs Feuer reiten.“

Apropos Luther: Er hat bekanntermaßen gemeinsam mit seiner lebensklugen Frau viel darüber

diskutiert, was die Welt bewegt. Übertragen auf unser Thema heißt das, dass die Expertise von Frauen für Wissenschaft und Innovation nachgewiesenermaßen unverzichtbar ist. Man sollte also erwarten, dass die Bundesregierung sich diese Expertise nicht entgehen lässt, insbesondere weil sie weltweit Innovationsführer werden möchte.

In der letzten Legislaturperiode hat die Linke gemeinsam mit SPD und den Bündnisgrünen mehrfach hierzu Anträge eingebracht und

Initiativen gestartet. Was uns angeht, kann die SPD immer noch fest darauf bauen. Im jüngsten Bericht der Expertinnen- und Expertenkommission Innovation und Forschung liest sich das so:

Die akademische und die industrielle Forschung und Entwicklung profitieren gleichermaßen von neuen Ideen, unterschiedlichen Sicht- und Herangehensweisen.

Das gilt eben auch und gerade für die Integration von Frauen in Innovationsprozesse. In der

Hightech-Strategie vermisst man diese Genderdimension fast durchgängig. Abschließend will ich sagen: Auch im Hinblick auf eine geschlechterkompetente Wissenschafts- und Innovationspolitik wirkt diese Koalition verstaubt, wie von gestern, und das ausgerechnet bei einem Thema, bei dem es um die Zukunft geht.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

René Röspel, SPD:

Weiterentwicklung der Strategie ist auf den Weg gebracht



René Röspel (*1964)
Wahlkreis Hagen – Ennepe-Ruhr-Kreis I

Nein, ich werde das nicht alles vorlesen. Der Vorlesetag war vor zwei Wochen. Da war ich ich hätte jetzt fast gesagt: in einem anderen Kindergarten in einem Kindergarten. Das hat wirklich Spaß gemacht.

Das Material, das ich vor mir liegen habe, ist Gegenstand dieser anderthalbstündigen Beratung. Das ist wirklich viel Papier. Weil es hier ein bisschen „nach verbranntem Hintern riecht“, Kollegin Sitte, um bei Luther zu bleiben, sage ich: Vielleicht hilft es, das eine oder andere wirklich einmal zu lesen.

Das kann ich auch den Zuhörerinnen und Zuhörern nur empfehlen. Man muss die 700 Seiten des Bundesberichts Forschung und Innovation 2014 nicht ausdrucken damit rettet man das Leben eines Baumes, aber man kann sich den Bericht herunterladen. In diesem Bericht stellen die Bundesregierung, aber auch die Regierungen der Bundesländer dar, was an Forschung und Entwicklung in Deutschland alles betrieben wird. Wenn man in diesen Bericht schaut, erfährt man viel darüber und man erkennt vor allen Din-

gen, dass Deutschland ein wirklich hervorragender Standort für Wissenschaft und Forschung ist.

Damit habe ich 700 Seiten schnell abgearbeitet; das muss ich sagen.

Damit sich die Regierungen nicht allzu häufig loben das wäre nicht gut, gibt es einen ganz vernünftigen Mechanismus in Deutschland. Uns wird nämlich auch immer der Bericht der Expertenkommission Forschung und Innovation, EFI genannt, vorgelegt. Dieser Bericht hält der Bundesregierung, aber auch der deutschen Politik insgesamt immer so ein bisschen den Spiegel vor: Wie sieht es eigentlich aus? Wie steht es um die technologische Leistungsfähigkeit in Deutschland? Viel von der Kritik, die in den letzten Jahren darin geäußert worden ist, war berechtigt. Diese Kritik hat, glaube ich, die Politik weitergebracht. Wir haben die Kritik in den Diskussionen aufgenommen und sie in Teilen umgesetzt.

An einer Stelle möchte ich vertieft auf den Bericht von 2014 eingehen. Frau Wanka sprach das auch schon an: Im EFI-Bericht 2014 steht, dass wir in Deutschland im Saldo einen Verlust an Wissenschaftlern hätten. Das heißt, wenn man Zugänge und Abgänge von Wissenschaftlern betrachtet, verliert Deutschland laut der Botschaft der EFI gute Wissenschaftler ans Ausland. Das ist eine falsche Botschaft.

Diese Aussage wird vielleicht verständlich, wenn man sich vor Augen führt, welchen Zeitraum die Gutachter betrachtet haben. Sie haben den Zeitraum zwischen 1996 und 2011 betrachtet, also einen Zeitraum von 15 Jahren. Bezogen auf diesen gesamten Zeit-

raum mag die Aussage der EFI stimmen, bezogen auf die letzten Jahre stimmt sie sicherlich nicht. Es ist gut, wenn man ein gutes Archiv hat. Ich habe noch den Bundesforschungsbericht 2000 zu Hause. Darin stehen ein paar Zahlen mehr. An diesen Zahlen sieht man, dass Deutschland zwischen 1993 und 1998 ein stagnierendes System war.

Herr Riesenhuber, Sie haben, wenn ich das richtig erinnere, 1993 das Amt des Forschungministers abgegeben. Leider ist danach wenig passiert.

Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass der Etat für Bildung und Forschung immer um 10 Milliarden D-Mark herum schwankte. Erst 1998 das geben die Zahlen eindeutig her hat sich die Situation verändert. Mit einer neuen Regierung hat es nicht nur mehr Investitionen in Bildung und Forschung gegeben, sondern es gab auch eine andere Einschätzung und eine andere Wertschätzung von Bildung und Forschung.

Ich glaube, es war 2003, dass ich auf einer der ersten GAIN-Tagungen in Boston war. Diese Veranstaltung wurde damals eingerichtet, um junge deutsche Wissenschaftler wieder für unser Land zu interessieren und zu sagen: Kommt doch zurück, wir haben etwas zu bieten. Ich habe damals das erste Mal gemerkt, dass die jungen Wissenschaftler, die in den 90er-Jahren in die USA gegangen waren, um bessere Bedingungen zu haben, wahrnahmen: „Da passiert etwas in Deutschland, da bewegt sich etwas“, und sich gesagt haben: Wir würden gerne zurückkommen und tun das vielleicht auch.

2005 hat es, übrigens noch unter einer sozialdemokratischen Bildungs- und Forschungsministerin, tatsächlich zwei ganz wichtige Initiativen gegeben, nämlich die Exzellenzinitiative und den Pakt

für Forschung und Innovation, die noch einmal eine richtige Dynamik in Deutschland ausgelöst haben: Deutschland ist wieder ein attraktiver Standort für Wissenschaftler. Die Menschen, die gut forschen wollen, wissen, dass Deutschland ein guter Standort ist, und sie kommen wieder nach Deutschland. Es ist gut, dass alle Regierungen seit 2005 den Weg, Deutschland zu einem attraktiven Wissenschaftsstandort zu machen, fortgesetzt haben. Das ist ein Lob, das wir uns an dieser Stelle fast alle einmal an die Brust heften dürfen.

Um nach vorne zu schauen: Im Jahre 2006 ist in der ersten Großen Koalition die Hightech-Strategie auf den Weg gebracht worden. Es gab damals die richtige Überlegung, die Hightech-Forschung in den unterschiedlichen Bundesministerien zu bündeln, sie zu einer ressortübergreifenden Strategie zusammenzufassen und Hightech zu fördern.

Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben das zugegebenermaßen immer ein bisschen zu technikzentriert gesehen, weil ziemlich sicher ist, dass wir die Energiewende technisch bewältigen können. Die eigentlichen Probleme bei der Umsetzung der Energiewende sind aber eher im politischen und gesellschaftlichen Bereich sowie jedenfalls kurzfristig im finanziellen Bereich zu sehen. Langfristig lohnt sich die Energiewende, aber kurzfristig schauen die Unternehmen und die Verbraucher natürlich auf die Preise. Das sind keine technisch zu lösenden Probleme, sondern gesellschaftliche und politische.

Ein anderes Beispiel mag sein, dass für Gesundheit und moderne Medizin Technik natürlich unerhört wichtig ist. Mindestens gleichbedeutend sind aber eben die Antworten auf die Fragen, wie Pflege stattfindet, wie Menschen und insbesondere Kranke versorgt werden und welchen Umgang sie erleben. Das ist ein nichttechni-

schers Ansatz, den wir für richtig halten.

Deswegen, Frau Sitte, ist die Weiterentwicklung der Hightech-Strategie zu einer Hightech- und Innovationsstrategie, wie sie im Koalitionsvertrag steht, tatsächlich auf den Weg gebracht worden, und sie ist gelungen. Wenn Sie dort hineinschauen, dann sehen Sie: Wir sagen ausdrücklich, dass wir Deutschland beispielsweise zu einem internationalen Modell für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und zum Spitzenreiter im Bereich der grünen Technologien machen wollen. Ich finde, das ist ein hohes Ziel, aber das haben wir uns gesetzt, und das können Sie nachlesen.

Deutschland ist wieder ein attraktiver Standort für Wissenschaftler.

Das gilt genauso für viele andere Bereiche, die Sie angesprochen haben. Zum Beispiel steht auch die Open-Access-Strategie darin, durch die wissenschaftliche Veröffentlichungen freier und offener gemacht werden sollen.

Wir brauchen natürlich Zeit, um das umzusetzen, aber wir sind hier auf dem richtigen Weg. Am Ende dieser Regierungszeit werden Sie uns daran noch einmal messen; aber das Ganze dauert eben seine Zeit.

In der kleineren Nachbarstadt meines Wahlkreises, in Dortmund, wurde das Internet der Dinge erfunden. Wenn Sie dort in das Fraunhofer-Institut für Materialfluss und Logistik gehen, dann sehen Sie ein Lager, das komplett automatisiert ist.

Die Computer erhalten dort eine Meldung, und dann werden

In der kleineren Nachbarstadt meines Wahlkreises, in Dortmund, wurde das Internet der Dinge erfunden. Wenn Sie dort in das Fraunhofer-Institut für Materialfluss und Logistik gehen, dann sehen Sie ein Lager, das komplett automatisiert ist.

Die Computer erhalten dort eine Meldung, und dann werden

Fortsetzung auf nächster Seite

Waren über Roboter verschoben, die selbstständig fahren. Der Warenein- und -ausgang wird digital gesteuert, und der Mensch ist nicht mehr dabei.

Das ist eine ungeheure Herausforderung und Chance. Wir müssen hier aber weiter forschen und die Entwicklung so gestalten, dass sie auch zum Nutzen der Gesellschaft und des Menschen ist; denn als Produktionsstandort brauchen wir auch eine moderne Produktion. Die meisten Unternehmen haben das Ziel und sind bereits in

der Lage, energieeffizient, ressourcenschonend und kosteneffizient zu produzieren. Da ist im System noch eine ganze Menge Potenzial; aber dazu braucht es gute und breit angelegte Forschung.

Die Fabrik der Zukunft kann auch so aussehen, dass Menschen nicht mehr vorhanden sind oder nicht mehr benötigt werden. Ich glaube das zwar nicht, aber darauf müssen wir uns einstellen.

Am Rande: Wer jemals in einer Gesenkschmiede oder in einer Stahlbude war – oder sogar da hat

arbeiten müssen -, weiß, welch ein Segen moderne Technologie oder Automatisierung sein kann.

Wer da vielleicht länger gearbeitet hat, weiß, dass eine Rente nach 45 Versicherungsjahren kein Geschenk ist, sondern ein richtiges Verdienst.

Weil am Ende der Mensch für uns wichtig ist, will ich noch sagen: In meinem Wahlkreis, in Hagen, hat ein Konzern seine neue Zentrale eröffnet. Dort gehen die Arbeitnehmer morgens an ein Schließfach, holen ihren Alukoffer

raus, suchen sich einen der leeren Schreibtische aus, bauen ihr Material auf, nehmen das Headset und arbeiten; abends wird alles wieder zusammengeräumt, und das Büro sieht völlig leer aus, die Schreibtische auch. Das ist das Büro der Zukunft – oder auch nicht. Das ist eine spannende Entwicklung. „Ist das gut oder schlecht?“, dazu bedarf es eben auch der Arbeitsforschung. Wir wollen, dass Menschen lange gesund und zufrieden arbeiten können und sich auf neue Situationen im digitalen

Zeitalter einstellen können. Deswegen fördern wir die Arbeitsforschung stärker als bisher. Es gab in den 70er- und 80er-Jahren ein Programm „Humanisierung der Arbeit“; das ist ein zentrales Thema. Wir wollen mit diesen Maßnahmen dazu beitragen, dass der nächste BUFI nicht nur dicker wird, sondern wir insgesamt besser werden im wissenschaftlichen Bereich und eine vernünftige Gesellschaft bekommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Kai Gehring, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Es fehlt der Bundesregierung an Kraft und Mut



Kai Gehring (*1977)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Wir beraten heute über die dritte Hightech-Strategie der Bundesregierung, die Sie mit dem Signalwort „neu“ versehen haben. Weil das Prädikat „neu“ anscheinend noch nicht ausreicht, wird der Titel Ihrer Vorlage auch noch mit dem Anspruch „Innovationen für Deutschland“ versehen. Nun ist es nicht Aufgabe der Opposition, Ihnen ehrgeizige Ziele auszureden. Wir werden vielmehr kritisch prüfen, ob die wohlklingenden Worte mit sinnvollen Instrumenten unterlegt werden oder verbale Superlative einfach nur von inhaltlichen Defiziten ablenken sollen.

Die neue Hightech-Strategie hätte nach einem Jahr Regierungszeit und neun Jahren CDU-Forschungsministerinnen als Chance zu einem echten Neustart genutzt

werden können. Die Koalition hätte die Möglichkeiten für einen Aufbruch zu einer nachhaltigkeitsorientierten Innovationspolitik aus einem Guss gehabt. Sie könnten sich auch ehrlich machen, dass Sie weiter vordringlich auf wachstums- und auf industriege-

triebene Felder setzen. Weil Sie all das aber unterlassen, springen Sie zu kurz.

Wirklich neu wäre etwas anderes gewesen: ein klarer Fokus auf ökologische Nachhaltigkeit und gesellschaftlichen Aufbruch, der sich in der Umsetzung dann auch durchgängig wiederfinden müsste. Ihrer Hightech-Strategie fehlt aber eine klare Stärken-Schwächen-Analyse, ihr fehlt eine Entrümpelung, und ihr fehlt eine konsistente Ausrichtung auf Nachhaltigkeitsaspekte. Doch dazu fehlen Ihnen die Kraft und der Mut. Das finden wir unzureichend.

Heraus gekommen ist ein Programm mit uneindeutigen und auch widersprüchlichen Zielen. Die sogenannten prioritären Zukunftsaufgaben, die Sie sich als Regierung forschungspolitisch vornehmen, sind so weit gefasst, dass hierunter alles fällt, was Sie eh immer schon gemacht haben. Statt Klima/Energie heißt es jetzt „Nachhaltiges Wirtschaften und Energie“, statt Gesundheit/Ernährung heißt es jetzt „Gesundes Leben“, statt Mobilität „Intelligente Mobilität“, statt Sicherheit „Zivile Sicherheit“, und statt Kommuni-

kation heißt es jetzt „Digitale Wirtschaft und Gesellschaft“. Neu ist das alles nun wirklich nicht.

Viel wichtiger wäre die klare Auskunft darüber gewesen, wo genau Ihre Prioritäten bei den jeweiligen Rahmen- und Forschungsförder-

programmen denn nun liegen. Das, liebe Frau Wanka, sollten Sie hier nicht verschweigen. Sonst bleibt Ihre Hightech-Strategie ein diffuses Sammelsurium. Richtig ist, dass es auch einzelne neue Aspekte gibt.

Es gibt die neue Zukunftsaufga-

be namens innovative Arbeitswelt und eine Stärkung der Dienstleistungsforschung. Das finden wir gut.

Es gab den Agenda-Prozess „Green Economy“, den wir begrüßen und den wir kaum hätten besser machen können.

Es gibt die Initiative FONA und die „Nationale Plattform Zukunftsstadt“.

Das alles reicht aber nicht aus, um eine Strategie neu und nachhaltig zu nennen. Sie tun so, als gebe es plötzlich auf breiter Front eine Interdisziplinarität der Ansätze. Wenn alte Programme überwiegen, besteht das Risiko, dass neue Impulse wegen Beharrungskraft des Alten ins Leere laufen.

Wie stark diese alten Beharrungskräfte sein können, zeigt die Behandlung der neuen Energien. Das EFI-Gutachten verkennt völlig die positive Dynamik sowie die ökologische und ökonomische Relevanz der erneuerbaren Energien. Diese waren Jobmotor, Modernisierungsfaktor und Innovationstreiber in Deutschland, bis sie durch eine planlose, von alten Interessen dominierte Politik gedrosselt wurden.

Wirtschaftsminister Gabriel stellt sich schützend vor fossile Dinosaurier, vor die ältesten Kohlekraftwerke dieser Republik. Aus Ihrem Forschungsetat, liebe Frau Wanka, werden atomare Altlasten finanziert. Allein bis 2017 fließen knapp 1 Milliarde Euro in den Rückbau kerntechnischer Anlagen. Beides ist Antiinnovationspolitik.

Beides ist staubgraue und riskante, statt grüne und kreative Ökonomie. Damit muss Schluss sein, steuern Sie endlich um!

Ein Misserfolg zeichnet sich auch beim Zukunftsmarkt Elektromobilität ab. Hier zeigt sich exemplarisch: Leitentscheidungen werden schlichtweg nicht getroffen und Innovationsprozesse verlang-

samt. Ein neuer Gründergeist wird so nicht entfacht. Das schadet unserem Industrie- und Innovationsstandort Deutschland. So drohen Sie, Chancen zu verspielen. Wir brauchen mehr Elektromobilität. Alles andere ist fatal für das Klima.

Leider ist keine Besserung in Sicht. Über neue ressortübergreifende Abstimmungsformate zur besseren Steuerung schweigt sich diese Hightech-Strategie aus. Wenn Ihr Selbstlob stimmt und alles so viel anders und so viel besser im Vergleich zu früher wäre, dann hätten Sie ja einen Großteil Ihrer Fördertöpfe auch umkrepeln müssen.

Ich sage Ihnen: Ihr auf Technik verengtes Innovationsverständnis hat ausgedient. Ihr altes ressourcenintensives und energieverschwendendes Wachstumsmodell hat erst recht ausgedient. Hören Sie auf die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ der vergangenen Wahlperiode! Wir haben nur einen Planeten und keinen Ersatz hierfür.

Wir brauchen eine bessere Förderung von Forschung und Entwicklung und eine Modernisierung des Wissenschaftssystems, um deren Expertise und Potenziale für die sozialökonomische Erneuerung unseres Landes auszu-schöpfen.

In Ihrer Hightech-Strategie steht Nachhaltigkeit jedoch unverbunden neben einer Reihe anderer Ziele. Allen voran stehen Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum, Wachstum, Wachstum. Hier überwiegt die reine Wertschöpfungsorientierung. Das ist überholt. Bisherige Förderschwerpunkte bekommen von Ihnen einfach nur andere Namensschilder umgehängt: „green, smart, sustainable“. Der Inhalt bleibt jedoch überwiegend gleich. Gutes Wording und Framing reichen aber nicht. Echte Zukunftsorientierung geht anders.

Wir wollen dagegen, dass wegweisende Ansätze wie das Rah-

menprogramm „Forschung für nachhaltige Entwicklungen“ und die Forschungsagenda „Green Economy“ strukturbildend für die gesamte Hightech-Strategie wirken, damit nicht nur die Verpackung grün aufgehübscht ist. Wir wollen auch, dass einzelne Programme nicht nur nebeneinander herlaufen, sondern dass es zu einem echten Transfer und zur Interdisziplinarität zwischen Technik- und Sozialwissenschaften kommt.

Leider gibt es in der Hightech-Strategie bisher kein Indikatoren-system für mehr Nachhaltigkeit.

Damit könnten wir die Prinzipien der Nachhaltigkeit für forschungspolitische Lösungen der großen ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen nutzen, zum Beispiel bei der Mobilität, beim Klimaschutz, bei der

Energieversorgung, bei der Ernährung, bei der digitalen Revolution bis hin zur Industrie 4.0.

Davon abgeleitet müsste eine Forschungs- und Innovationsstrategie entwickelt werden, die im Kern danach fragt: Was leisten und was verkraften ökologische, ökonomische und soziale Systeme? Für diese Fragen müsste sich die Koalition mit ihren Forschungsförderprogrammen endlich stärker öffnen.

Ein weiteres Problem Ihrer Hightech-Strategie ist die mangelnde Budgettransparenz und damit auch die politische Steuerbarkeit. Jetzt erklären Sie mir doch einmal den Unterschied zwischen den beiden Schwerpunkten „Cybersicherheit“ einerseits und „IT-Sicherheit“ andererseits.

Offensichtlich ist der Unterschied nur der, dass unterschiedliche Häuser Ihrer Bundesregierung dafür zuständig sind. Ihre Strategie referiert oft nur die Interessen mehrerer Ministerien und schafft neue Redundanzen. Wir fordern einen integrierten Ansatz. Eine Bundesregierung muss vernetzt denken und auch vernetzt handeln können.

Wie stark diese alten Beharrungskräfte sein können, zeigt die Behandlung der neuen Energien.

Ich sage Ihnen: Ihr auf Technik verengtes Innovationsverständnis hat ausgedient.

Unsere politische Aufgabe ist nicht Feinsteuerung, sondern die Gewährleistung von Pluralität und Forschungsfreiheit in gesellschaftlicher Verantwortung. Das heißt, es geht bei Forschung auch um größtmögliche Transparenz und um Technikfolgenabschätzung. Es geht darum, Chancen und Risiken gegeneinander abzuwägen. Eine fundamentale Voraussetzung dafür ist es, für eine kluge Wissenschaftsarchitektur und eine auskömmliche Grundfinanzierung der Hochschulen als Herzstück des Wissenschaftssystems zu sorgen.

Gut ist, dass Sie ein Paket der Wissenschaftspakte auf den Weg gebracht haben. Aber das reicht nicht. Wir erwarten, dass Sie die neue Verfassungsrealität ab dem 1. Januar 2015 mit Leben erfüllen, mit der dauerhafte institutionelle Kooperationsmöglichkeiten in der Wissenschaft ermöglicht werden. Das gilt es – bitte schön – dann auch zu nutzen. Im Bundeshaushalt 2015 fehlt davon jede Spur. Da muss mehr kommen. Wer eine Tür öffnet, der muss auch hindurchgehen.

Wir wollten das Kooperationsverbot für Bildung und Wissenschaft abschaffen. Ihr geht halbherzig vor. Die Kooperation im Bereich der Wissenschaft ist jetzt möglich. Also, los geht's.

Es gibt viel zu tun, etwa den Pakt für den wissenschaftlichen Nachwuchs. All das gilt es auf den Weg zu bringen, sonst bleibt diese Verfassungsänderung folgenlos. Es bringt doch nichts, wenn sie nur auf dem Papier steht, auch wenn es die Verfassung ist.

Forschung ist für unsere wissensbasierte Ökonomie zentrale Zukunftsvorsorge. Mit nur 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung werden wir als Wissensnation im internationalen Innovationswettbewerb zurückfallen. Wir fordern Sie daher seit Jahren auf, sich endlich auf das 3,5-Prozent-Ziel für Forschungsinvestitionen zu konzentrieren, um den großen Herausforderungen gerecht zu werden. Wenn Sie aber Zukunftsinfrastrukturen und -investitionen vernachlässigen, weil Sie im Haushalt des Ministeriums für Bildung und Forschung den Mangel der globalen Minderausgabe verwalten, dann wird sich das bitter rächen.

Unser Wissenschafts- und Innovationssystem braucht mehr Verlässlichkeit, das gilt besonders für die Beschäftigten im Wissenschaftsbetrieb. Es ist großartig, dass wir inzwischen, gerade auch im Wissenschaftssystem, das Einwanderungsland schlechthin sind

und weltweit auf Platz drei stehen. Aber es geht eben auch um die prekären Beschäftigungsverhältnisse an unseren Hochschulen. Das muss besser werden, vom wissenschaftlichen Nachwuchs bis zur Tenure-Track-Professur. Notwendig sind bessere Arbeitsbedingungen, mehr Vielfalt, mehr Weltoffenheit, Geschlechtergerechtigkeit und Familienfreundlichkeit. Wir haben dazu längst Initiativen vorgelegt. Von Ihnen kommen bisher nur warme Worte. Legen Sie dem Parlament endlich etwas vor, um Wissenschaft als Beruf attraktiver zu machen. Wir wollen faire Karrieren statt prekäre Befristungen.

Forschung geht im Übrigen nicht ohne Bürgerschaft. Für echte Bürgerpartizipation im Forschungsprozess haben Sie aber kein stimmiges und verbindliches Konzept. Welche Reichweite und welche Beteiligungsformate wollen Sie eigentlich? Was geschieht mit den Ergebnissen? Wer stellt die entscheidenden Forschungsfragen?

Welche Rückwirkungen haben Sie auf die Weiterentwicklung der Hightech-Strategie? Auch hierzu ist im

Haushalt 2015 nichts abzulesen. Wir brauchen deutlich mehr Citizen Science und weniger Überschriften.

Seit neun Jahren wird das Forschungsressort von der Union verantwortet. Seitdem vernachlässigen Sie kleine und mittlere Unternehmen, die oft wichtige Quellen und Treiber für Innovationen sind. Im Rahmen von Förderprogrammen werden ein paar Schraubchen gedreht. Was den KMU aber fehlt, ist eine steuerliche Forschungsförderung.

Wir wollen Entwicklungsvorhaben von KMU durch eine 15-prozentige Steuergutschrift auf Sach- und Personalkosten unterstützen. Greifen Sie diesen Vorschlag endlich auf. Er ist definitiv zielgerichteter als die skurrilen Patentboxen, über die Herr Schäuble sinniert.

Die Forschungs-, Wissenschafts- und Innovationspolitik muss sich viel stärker zum Anliegen der gesamten Bundesregierung entwickeln. Sie hat mehr Tatkraft verdient, um die großen Herausforderungen vom demografischen Wandel bis zur Digitalisierung zu schultern. Dafür, liebe Koalition, braucht es mehr Substanz und mehr Mittel statt wohlklingender Worte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Stefan Kaufmann, CDU/CSU:

Die Konkurrenz schläft nicht



Stefan Kaufmann (*1969)
Wahlkreis Stuttgart I

Lieber Kai Gehring, nachdem von Ihnen ein grünes Zerrbild von Deutschland gezeichnet wurde, will ich zu dem zurückkommen, was uns eigentlich heute beschäftigt, nämlich die Forschungs- und Innovationspolitik.

Ich war vor kurzem zu Besuch in Israel, und ich war beeindruckt von der Innovationskraft und dem Gründergeist dort. Das Weizmann-Institut ist eines der innovativsten der Welt. Die Konkurrenz – das sieht man dort sehr deutlich – schläft also nicht. Aber auch wir sind im harten internationalen Wettbewerb gut aufgestellt, und mit der neuen Hightech- und Innovationsstrategie, die wir heute diskutieren, wird es noch besser, meine Damen und Herren.

Wie ist die Ausgangslage? Wir stehen bei ganz vielen Parametern hervorragend da. Viele Staaten kopieren die deutsche Hightech-Strategie, sei es Frankreich mit Unterstützung der Fraunhofer-Gesellschaft oder die USA mit ihrer gigantischen Advanced Manufacturing Strategy. Mit unserem fortgesetzten Commitment zur Forschung haben wir das 3-Prozent-Ziel der Europa-2020-Strategie bereits 2012 erreicht, lieber Kai Gehring. Zusammengenommen haben Staat, Wirtschaft und Wissenschaft in Deutschland ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung sogar auf den Rekordwert von mehr als 79 Milliarden Euro im Jahr 2012 gesteigert. Damit liegt Deutschland im europäischen Vergleich in der Spitzengruppe.

Meine baden-württembergische Heimat nimmt übrigens innerhalb Europas mit über 5,1 Prozent FuE-Intensität den Spitzenplatz ein. Dies ist zweifellos ein Hauptgrund für unsere wirtschaftliche Stärke im Südwesten.

Auch der aktuelle Forschungs- und Innovationsbericht, über den

wir heute diskutieren, bestätigt, dass der Standort Deutschland in den letzten Jahren weiter an Attraktivität gewonnen hat; die Ministerin hat es bereits erwähnt. Knapp 600 000 Menschen sind in Deutschland in Forschung und Entwicklung tätig. Allein zwischen 2005 und 2012 sind in diesem Bereich – unter anderem dank der Exzellenzinitiative – 114 000 neue Arbeitsplätze entstanden.

Fünf der zehn forschungsstärksten Unternehmen Europas kommen heute aus Deutschland. Beim Export von forschungsintensiven Gütern bildet Deutschland mit einem Anteil von rund 12 Prozent am Welthandelsvolumen hinter China die Weltspitze, noch vor den USA und Japan.

Bei den transnationalen Patentanmeldungen ist Deutschland führend in Europa und liegt weltweit an dritter Stelle.

Die gegenwärtig gute Stellung vor allem innerhalb Europas und der Wohlstand Deutschlands können aber angesichts des sich weiter verschärfenden globalen Wettbewerbs nur mit einer breiten Wissens- und Innovationsbasis behauptet und ausgebaut werden. Genau hier setzt die Hightech-Strategie an, und zwar mit drei Zielrichtungen:

Erstens bündeln wir zentrale Handlungsfelder zur Förderung von Forschung und Innovation innerhalb der Bundesregierung. Zweitens setzen wir Prioritäten in ausgewählten Bereichen, und drittens verfolgen wir neue Ansätze in der Querschnittsförderung von In-

novationen.

Hightech ist also zukünftig eine Querschnittsaufgabe. Das entbindet uns aber nicht von der Herausforderung, klar zu sagen, wer am Ende bei der Umsetzung den Hut aufhat.

Was wollen wir konkret mit der neuen, auf der erfolgreichen Hightech-Strategie aufbauenden, ressortübergreifenden Innovationsstrategie erreichen? Wirtschaft und Wissenschaft werden mit Unterstützung der Bundesregierung in zahlreichen Projekten zusammenarbeiten, zum Beispiel zur Förderung der Elektromobilität oder der digitalen Fertigungsprozesse, Stichwort „Industrie 4.0“.

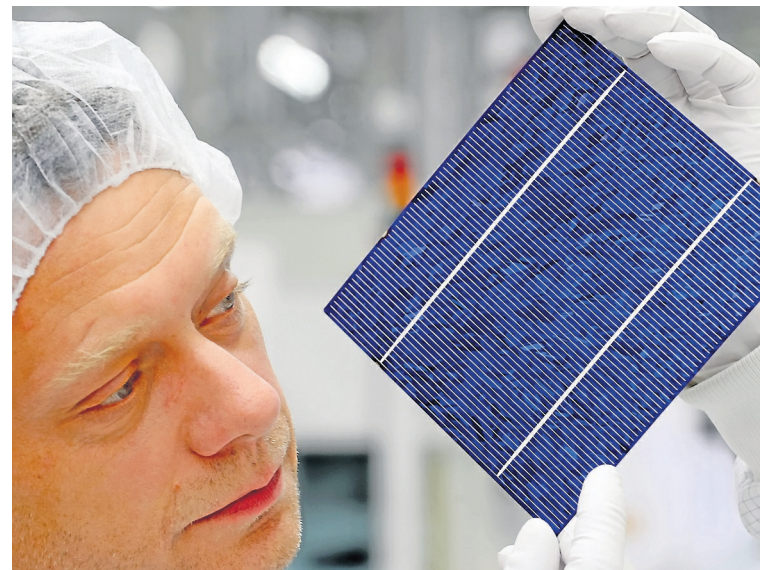
Wichtig ist in diesem Kontext, dass die Industrieunternehmen in der vorwettbewerblichen Phase enger zusammenarbeiten. Die anbrechende Konnektivität der Fertigungsbereiche

durch Industrie 4.0 erfordert eine kreative Kooperation der Unternehmen innerhalb des „Industrieclusters Deutschland“. Ziel ist es, durch Hochtechnologie und innovative Geschäftsmodelle auf den etablierten Technologien aufzubauen.

Zugleich sollen in dieser Legislaturperiode neue Instrumente eingesetzt werden, um den Transfer von Ideen in Produkte weiter zu verbessern. Hierin, in der Innovationsumsetzung und im Transfer von der starken Grundlagenforschung zum marktfähigen Pro-

Wir stehen bei ganz vielen Parametern hervorragend da.

Fortsetzung auf nächster Seite



Hochtechnologiepolitik stand im Fokus der Debatte.

© dpa - Fotoreport

dukt, liegen nicht nur meines Erachtens die größten Defizite und damit auch die größten Herausforderungen für uns.

Das ist im Übrigen nicht nur eine Frage der Kultur, Stichworte „Gründermentalität“, „Umgang mit Risiken“, „Verfügbarkeit von Wagniskapital“ und vieles mehr. All das konnte ich bei meinem eingangs erwähnten Besuch in Israel hautnah erleben.

Apropos Risikofinanzierung. Warum tun wir uns hier eigentlich so schwer? Geld gibt es hierzulande genug. Es muss eben nur aktiviert werden. Ja, Innovation und Technologietransfer brauchen auch die richtigen finanziellen Rahmenbedingungen. Dazu gehören zum Beispiel Anreize für den Einsatz von Wagniskapital, innovationsfördernde Regelungen beim Crowdfunding oder Verbesserungen bei der Innovationsfinanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen; Kollege Riesenhuber wird dazu noch einiges ausführen.

Die Umsetzung der neuen Hightech-Strategie soll von einem neuen Hightech-Forum begleitet werden, in dem zentrale Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft vertreten sind. Diesem Hightech-Forum kommt eine enorm wichtige Rolle zu. Es muss schlank und schlagkräftig sein, damit es effektiv zur Vernetzung aller innovatorischen Kräfte beitragen kann. Zum Erfolg wird die Strategie dann werden, wenn wir bewusst unsere Stärken stärken.

Was heißt das nun? Erstens. Wir müssen unser leistungsfähiges differenziertes Wissenschaftssystem mit starken Hochschulen angemessen ausstatten. Das sage ich vor allem auch an die Adresse der Länder. Zweitens. Wir müssen auf unserem robusten industriellen Fundament aufbauen und Cluster bilden von exportorientierten, forschungsstarken Unternehmen, Hochschuleinrichtungen und außeruniversitären Forschungsinstituten, eine klassische Win-win-win-Situation.

Im Prinzip ist es das, was die Fraunhofer-Gesellschaft mit ihren nationalen Leistungszentren vorhat: die Profil- und Exzellenzbildung an Forschungsstandorten um thematische Cluster herum und am Ende die Verbindung mehrerer Cluster zu einem leistungsfähigen, international sichtbaren Forschungsraum. Zwei Beispiele: das DRESDEN-concept zur Funktionsintegration mikro- und nanoelektronischer Systeme oder das Freiburger Cluster zum Thema Nachhaltigkeit.

Die beteiligten Cluster können

übrigens neue Cluster sein oder solche, die beispielsweise bereits im Rahmen des Spitzenclusterwettbewerbs der alten Hightech-Strategie entstanden sind.

Die Union steht ich betone das gerne weiterhin zur Spitzenforschung. Wir müssen dagegenhalten, wenn deutsche Unternehmen ihre FuE-Aktivitäten im Bereich der Spitzentechnologien immer mehr ins Ausland verlagern, wie es im EFI-Bericht nachzulesen ist. Klar ist darüber sind wir uns im Hause einig: Spitzenforschung braucht die besten Köpfe.

Es ist deshalb richtig, dass die Max-Planck-Gesellschaft und die Alexander-von-Humboldt-Stiftung wie auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft ihre Arbeit darauf konzentrieren, die besten Köpfe nach Deutschland zu holen oder hier zu halten. Es ist deshalb richtig, dass Exzellenz weiterhin wichtigstes Kriterium bei der Vergabe von Geldern aus deutschen oder europäischen Fördertöpfen an Forscher oder Institute ist. Es ist deshalb richtig, dass wir den außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Pakt für Forschung und Innovation jährliche Etatsteigerungen zugesagt haben und die DFG jetzt mit der erhöhten Programmpauschale unterstützen.

Ein weiteres wichtiges Feld ist die Standardisierung. Wer die Standards setzt, hat die Kontrolle. Hier muss sich die deutsche Wirtschaft international noch viel mehr einbringen als bisher. Ich befürchte, dass die Bedeutung der Standardisierung und standardessenzieller Patente dort noch nicht richtig angekommen ist. Das ist übrigens auch eine Erkenntnis aus dem EFI-Bericht, die wir ernst nehmen müssen. Gerade im Bereich der IKT hängt der Geschäftserfolg maßgeblich von Standards ab, die man selbst mitgestaltet.

Was müssen wir noch tun? Wir

sollten darüber nachdenken, ob und wie wir unsere Hochschulausbildung anpassen müssen, beispielsweise bei der Einrichtung neuer Studiengänge wie Data Engineering. Da wir schon bei den Hochschulen sind ich weiß, dass das seit Jahren wiederholt wird: Wir müssen die MINT-Fächer noch weiter stärken; denn MINT ist die Grundlage aller Innovation. Hier bereitet mir eine Entwicklung große Sorge. Nach Ergebnissen einer Untersuchung der Vodafone-Stiftung und dem Allensbach-Institut von letzter Woche haben trotz vielerlei öffentlich geförderter Programme nur 6 Prozent der Schüler Interesse an Computerberufen. Jetzt kommt's: Bei Schüle-

rinnen sind es noch weniger, nämlich 0,5 Prozent. So wird die Frauenquote weder in der Wissenschaft noch in der Wirtschaft auf absehbare Zeit erfolgreich sein.

Wir brauchen aber gerade Frauen in diesen zukunfts-trächtigen und zukunfts-fähigen Bereichen.

Es bleibt also einiges zu tun, und das möglichst schnell. Bauen wir auf unsere im internationalen Vergleich sehr gute Infrastruktur, auf die Rechtssicherheit in unserem Land und auf unsere sehr gut ausgebildeten jungen Leute! Gerade in der Verzahnung unserer starken dualen Berufsausbildung mit der Hochschulbildung liegt eine unserer größten Stärken für den Innovationsstandort. Es gibt daher guten Grund, wie wir es ja auch hier

regelmäßig tun, die berufliche Bildung hochzuhalten und für die berufliche Bildung zu streiten.

Lassen Sie mich ein Fazit ziehen und dabei abschließend noch einmal die Gesellschaft in den Blick nehmen. Innovationen gedeihen in einer Gesellschaft, die Chancen ergreift, nicht in einer Gesellschaft, die sich in Risikovermeidung ergeht. Nur eine der Zukunft zugewandte

Gesellschaft bietet Raum für Innovationen, Raum, der sich durch die Dynamik der Digitalisierung in einem ungeahnten Maße erweitert. Angesichts des demografischen Wandels in diesem Land sehen wir uns da einer doppelten Herausforderung gegenüber. Unseren Wohlstand können wir jedenfalls nur mit Qualität und

Hochtechnologie verteidigen. Das müssen wir jeden Tag aufs Neue auch öffentlich sagen. Ich habe es schon gesagt: Heute Morgen im Morgenmagazin war alles, was wir heute im Bundestag diskutieren, Thema nur nicht die Hightech-Strategie. Auch das ist bezeichnend. Den Kampf um die billigsten Produkte – den werden wir verlieren. Den Kampf um die besten Produkte – den wollen wir aber gewinnen. Deshalb ist diese Hightech-Strategie so wichtig. Vor diesem Hintergrund unterstütze ich ausdrücklich die umfangreichen Aktivitäten der Bundesregierung im Rahmen der Hightech-Strategie. 11 Milliarden Euro pro Jahr, das ist ein Wort. Lassen Sie uns gemeinsam weiter hart an der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und der Zukunft unseres Landes arbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Apropos Risikofinanzierung. Warum tun wir uns hier eigentlich so schwer?

Roland Claus, DIE LINKE:

Sie verkürzen die Erotik am Kreativen auf Verwertung



Roland Claus (*1954)
Landesliste Sachsen-Anhalt

Die Bundesregierung hat also einen Plan. „Die neue Hightech-Strategie“, das klingt sehr selbstbewusst. Aber ich muss Ihnen auch sagen: Zwischen Selbstbewusstsein und Anmaßung liegt manchmal nur ein schmaler Grat.

Ihr Text sagt: „Deutschland auf dem Weg zum weltweiten Innovationsführer“; Ihr Text sagt: Deutschland als „führende Wirtschafts- und Exportnation“. Mit Verlaub, meine Damen und Herren: Hier ist die Grenze zwischen Selbstbewusstsein und Anmaßung weit überschritten. Das ist doch Anmaßung pur.

Die Vorlage sammelt so ziemlich alle Schlagworte, die wir kennen, Schlagworte aller Gipfel, aller Pakte, aller Initiativen, aller Cluster, aller Portale, aller Agenden, aller Kompetenzzentren, aller Zukunftsprojekte usw. usf. Sie haben

so lange gebündelt, bis keiner mehr weiß, was in dem Bündel drin ist.

Allerdings kommt das Wort „Friedensforschung“ in Ihren langen Texten nicht vor, dafür an allzu vielen Stellen das Wort von der Verwertungslogik. Ich finde, wer die Erotik am Kreativen so auf Verwertung reduziert, der hat von Erotik nicht viel verstanden.

Wirtschaftsverbände, Wissenschaftsexperten fallen ihr Urteil, das in der Kurzfassung lautet: Die Regierung lobt sich für Milliardenausgaben für Hightech, Unternehmen sind enttäuscht, Investitionen haben nicht gezündet; gefördert werden nur die üblichen Verdächtigen. Sie haben Ihren Plan vom Glück „Strategie“ genannt und sich damit in eine Falle begeben. Das Wort „Strategie“ kommt bekanntlich aus dem Griechischen, strategós ursprünglich die Kunst der Kriegsführung; heute verstehen wir unter Strategie:

Strategie beschreibt einen angestrebten Zielzustand und den Weg dorthin.

Ziele und Wünsche beschreiben Sie in Menge. Den Weg dorthin bleiben Sie schuldig. Ganze einhalb Seiten am Abspann mit dem Titel „Umsetzung“, das erscheint so, als wäre Ihnen aufgefallen: Hoppla, da fehlt doch noch was.

Was Sie hier Strategie nennen, ist ein folgenloses Sammelsurium von wohlklingenden, aber inhalts-

leeren Wünschen.

Tucholsky würde wohl sagen: Man kann getrost für diese wissenschaftliche Revolution stimmen, mit dieser Regierung kommt sie bestimmt nicht.

Während Sie hier über die Zukunft schwadronieren, holt Sie die Gegenwart ein. Die Staatsanwaltschaft München machte vor zwei oder drei Tagen eine Razzia wegen Korruptionsverdachts bei einem Ihrer vielgeförderten Musterschüler, nämlich bei der militärischen Sparte von Airbus, der Airbus Defence and Space GmbH. Diese GmbH ist ein mindestens siebenfacher Zuwendungsempfänger des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Das ruft doch nach Aufklärung, meine Damen und Herren, auch in Ihrem Ministerium.

Deshalb, Frau Ministerin: Sie können sich nicht in die Zukunft flüchten, solange Sie hier und heute Ihre Förderpolitik nicht im Griff haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem noch: Hubertus Heil (SPD), Stephan Albani (CDU/CSU), Gabriele Katzmarek (SPD), Heinz Riesenhuber (CDU/CSU) und Rainer Spiering (SPD).

Debatte zu Flüchtlingen aus Syrien und Irak /73. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages vom 4. Dezember 2014

Luise Amtsberg, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Humanitäre Verantwortung stärken



Luise Amtsberg (*1984)
Landesliste Schleswig-Holstein

Am Dienstag informierte das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen, dass es die Hilfen für syrische Flüchtlinge einstellen muss, weil einige Geberländer ihre Zahlungsverprechen nicht eingelöst haben. Bereits im Oktober hatte die Organisation über mangelnde Finanzierung geklagt. 1,9 Millionen Menschen sind damit akut von Hunger und Kälte und somit auch ihres Lebens bedroht.

Die chronische Unterfinanzierung solcher Organisationen, die das Leben von geflüchteten Menschen unmittelbar sichern, ist beschämend. Dass Zahlungsverprechen gemacht, aber nicht gehalten werden, ist aus unserer Sicht absolut inakzeptabel, und ich bin froh und dankbar, dass Außenminister Frank-Walter Steinmeier gestern 40 Millionen Euro für die Hunger- und Winterhilfe auf den Weg gebracht hat. Diese Reaktion verdient Respekt, und sie ist genau das, was wir Grüne uns unter der humanitären Verantwortung Deutschlands vorstellen.

Wir wissen natürlich, dass das keine direkte Reaktion auf die Vorwürfe von gestern bzw. die Worte des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen waren, aber dennoch: Das Geld ist dort richtig angelegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 13 Millionen Menschen sind in der Region mittlerweile auf der Flucht. Es gibt 7 Millionen Binnenvertriebene in Syrien und 3 Millionen Vertriebene im Libanon, in Jordanien und in der Tür-

kei. Fast 2 Millionen Iraker fliehen seit Jahresbeginn vor dem Terror des IS, und insgesamt 7 Millionen Kinder sind entwurzelt und von Gewalt und prekären Lebensumständen betroffen. Ihnen fehlt der Zugang zu eigentlich allem, was man zum Überleben braucht. An eine Rückkehr zur Normalität, zu einem Leben in Sicherheit, ist längst nicht mehr zu denken.

Bundeskanzlerin Merkel hat in ihrer Regierungserklärung zur Entscheidung von Waffenlieferungen in den Nordirak zugesagt, dort zu helfen, wo Menschen aufgrund der Gewalt des IS in Not sind – auch durch die zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen. Genau darum und um nichts anderes geht es heute in unserem Antrag. Die Worte der Kanzlerin dürfen keine Lippenbekenntnisse zur Beruhigung des eigenen Gewissens sein. Wir erwarten von der Kanzlerin, dass sie die Flüchtlingspolitik aufgrund der gesellschaftlichen Relevanz zur Chefsache macht.

Da ich in dieser Debatte die erste Rednerin bin, kann ich schlecht auf die Argumente reagieren, die noch kommen. Ich hoffe ausdrücklich, dass wir die Debatte nicht, wie beim letzten Mal, auf das Gegeneinander-Ausspielen von Flüchtlingsgruppen verengen. Heute geht es nicht um den Westbalkan und auch nicht um die von Ihnen so definierte Gruppe der angeblichen Wirtschaftsflüchtlinge. Heute geht es um den Nahen Osten, es geht konkret um eine Gruppe von Schutzsuchenden, die – ich hoffe, da sind wir uns einig – ohne Wenn und Aber ein Anrecht auf Asyl hier in Deutschland haben müssen.

Um einem Einwand, den Sie gebetsmühlenartig vorbringen, zuvorzukommen: Ja, Deutschland leistet viel. Ja, Deutschland leistet mehr als andere EU-Staaten. Ja, Deutschland kann und muss Vorbild sein. Das ist alles richtig. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Deutschland die historische Verpflichtung hat, Flüchtlingen zu helfen. Zur Wahrheit gehört, dass Deutschland die viertstärkste Wirtschaftsnation der Welt ist. Zu dieser Wahrheit gehört, dass Deutsch-

land seine Wirtschaftskraft der Einwanderung zu verdanken hat. Und zu dieser Wahrheit gehört auch, dass aufgrund der Demografie und des Fachkräftemangels in Deutschland Einwanderung zwingend notwendig ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen, dass es eine starke UN braucht, ein starkes Europa und ein handlungsstarkes Deutschland, um den Menschen in Syrien und im Irak und auch in den Nachbarländern zu helfen. Hilfe besteht nicht nur in der Aufnahme von Flüchtlingen, sondern auch in einer engagierten Friedens- und Entwicklungspolitik, in humanitärer Hilfe für die Region, in einer zukunftsgerichteten Außenpolitik. An dieser Stelle erinnere ich daran, dass wir auch einmal Rücknahme-abkommen mit Machthabern wie Assad hatten, dass wir Schutzsuchende, Regimegegner zurück in die Verfolgung oder gar den Tod geschickt haben. Eine zukunftsgerichtete Außenpolitik ist also vonnöten. Hilfe besteht auch aus der Aufnahme – und guten Behandlung – von Flüchtlingen in Deutschland. Vor Ort helfen allein reicht nicht.

Deswegen haben wir uns in unserem Antrag auf die Feinheiten in der Sache konzentriert; denn manchmal können auch kleine Schritte Großes bewirken. Wir fordern in unserem Antrag ein neues Kontingent. Das alte ist zwar noch nicht ausgeschöpft; das muss es aber auch nicht sein, um zu wissen, dass ein weiteres im nächsten Jahr dringend notwendig sein wird. Dass unsere Forderung mit dem Argument abgewehrt wird, dass das alte Kontingent noch nicht ausgeschöpft sei, ist extrem technisch und zeigt, dass man sich vor dem eigentlichen Problem wegduckt.

Sie selbst, liebe Kolleginnen und Kollegen der Union, sagen doch, dass der, der kommt, auch bleiben darf. Das ist mitnichten eine wohlwärtige Geste, sondern das Recht, das jedem politisch Verfolgten verfassungsmäßig zusteht in Deutschland.

Es ist eine realitätsvergessene Haltung, diesen Kreis einengen zu wollen. „Wer es nach Deutschland schafft“, was ist das für eine Formulierung? Was glauben Sie denn, wie diese Menschen hierherkommen? Dass sie vom Himmel fallen

und weich gebettet hier landen? Nein, die, die nicht über Kontingente kommen, kommen in Booten über das Mittelmeer und riskieren ihr Leben dabei; manche verlieren es auch. Kontingente sind ein Weg der legalen Zuwanderung. Diesen sollten wir stärken; das fordert unser Antrag.

Unser Antrag fordert auch, dass es schon aus der Region heraus möglich sein soll, eine Familienzusammenführung zu beantragen. Natürlich braucht es dann auch eine personelle Aufstockung der deutschen Vertretungen vor Ort. Auch das fordert unser Antrag. Wir wollen, dass Menschen im Libanon bei der Botschaft in Beirut ein Visum zur Einreise erhalten, wenn sie Familie in Deutschland haben. Bisher kann man Familienasyl nur von Deutschland aus beantragen; der Weg über das Mittelmeer – mit all seinen Risiken – ist somit eine Notwendigkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union und auch von der SPD – vor allen Dingen aber von der Union –, Sie heben doch an vielen Stellen immer wieder die Bedeutung der Familie hervor und dass Ihnen der Schutz der Familie wichtig sei. Ich verstehe nicht, warum das offensichtlich nicht gelten soll, wenn es sich um Flüchtlingsfamilien handelt.

Weil wir Grünen den Schutz der Familien sehr wohl für wichtig erachten, fordern wir in unserem Antrag, dass es keine Rückführungen mehr im Rahmen des Dublin-Abkommens in andere EU-Staaten geben soll.

Es macht keinen Sinn, dass ein junger Mann, der mit dem Boot in Italien angelandet ist, wegen Dublin gezwungen ist, in Italien zu bleiben, auch wenn er Familie in Kiel oder Altötting-Mühlendorf hat. Das ist in unseren Augen das Gegenteil vom Schutz der Familie.

Eine weitere Hürde ist die sogenannte Verpflichtungserklärung, die hier lebende Syrerinnen und Syrer abgeben müssen, wenn sie Mitglieder ihrer Familie in Sicherheit bringen wollen. Diese Verpflichtungserklärungen sollen übrigens auch dann bestehen bleiben, wenn Schutzsuchende einen dauerhaften Aufenthaltsstatus in Deutschland erhalten und ein eigenständiges Leben aufbauen wollen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist doch absurd, das macht doch keinen Sinn. Wir fordern, diese Verpflichtungserklärungen ersatzlos zu streichen.

Natürlich kann Deutschland die Flüchtlingskrise nicht allein lösen – dafür braucht es Partnerinnen und Partner in Europa. Aber es ist die deutsche Bundesregierung, die auch die Macht und Durchschlagskraft hat, die anderen europäischen Staaten zum Handeln zu zwingen. Das ändert allerdings nichts daran, dass auch wir besser werden können. Ich glaube, unser Antrag trägt dazu bei, innenpolitisch besser zu werden. Deshalb bitte ich Sie mit Nachdruck, ihn zu unterstützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Worte der Kanzlerin dürfen keine Lippenbekenntnisse sein.

13 Millionen Menschen sind in der Region mittlerweile auf der Flucht.



Geflüchtete werden in Berlin in Wärmelufthallen untergebracht.

© dpa

Dr. Ole Schröder, CDU/CSU, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren:

Deutschland ist solidarisch und trägt Verantwortung



Ole Schröder (*1971)
Parlam. Staatssekretär

Der hier vorliegende Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betrifft ein Thema, dem sich die Bundesregierung seit Ausbruch der Krise in Syrien intensiv widmet. Es ist nicht übertrieben, wenn ich sage, dass sich Deutschland der Sache der syrischen Flüchtlinge annimmt wie kaum ein anderes Land außerhalb der Krisenregion. Das gilt sowohl für die dringend notwendige und daher vorrangige Hilfe vor Ort als auch für die Flüchtlingsaufnahme. Unsere Experten im Bundesinnenministerium, im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, beim THW, im Auswärtigen Amt sowie in den betroffenen deutschen Botschaften tun alles, damit die Unterstützung für die von dem schrecklichen Krieg betroffenen Menschen in Syrien, im Irak und in der gesamten Krisenregion so effektiv wie möglich ist und die Hilfe auch wirklich ankommt.

Deutschland wird allen Betroffenen in der Krisenregion weiterhin helfen. Schwerpunkt dieser Hilfe wird auch künftig die konkrete Unterstützung der Bemü-

hungen der Erstaufnahmestaaten und der internationalen Organisationen vor Ort sein. Derzeit liegen die deutschen Hilfsleistungen für die Hilfe vor Ort bei 800 Millionen Euro. Deutschland ist damit eine der Nationen, die mit am meisten geben.

Seit Ausbruch des Konflikts sind rund 60.000 syrische Staatsbürger als Asylbewerber nach Deutschland gekommen und haben bei uns Schutz gefunden. Jeden Monat werden es mehr. Daneben nimmt Deutschland mit humanitären Aufnahmeprogrammen aktiv Menschen aus Syrien und der Region auf. Mit den gesamten Aufnahmekapazitäten dieses Aufnahmeprogramms stellt Deutschland drei Viertel aller Plätze zur Verfügung. Insgesamt haben seit Ausbruch des Konflikts rund 75 000 syrische Staatsangehörige Schutz in Deutschland gefunden, meine Damen und Herren.

Natürlich werden jetzt vielfach höhere Aufnahmequoten gefordert. Auch wenn es gut gemeint ist, ist es mit der Ankündigung von Kontingenten nicht getan. Die Flüchtlinge müssen in einem überschaubaren Zeitraum und einem nachvollziehbaren Verfahren ausgewählt und aufgenommen werden. Die Aufnahme in Deutschland kann nur dann einen echten Mehrwert bedeuten, wenn wir diejenigen finden, die unseren Schutz am meisten brauchen. Zudem müssen sich Menschen entscheiden, diese Region zu verlassen und einen völlig neuen Kulturkreis zu betreten. Wer die Krisenregion einmal bereist hat, der weiß, dass viele diesen Schritt scheuen. Die meisten wollen vor Ort bleiben. Das gilt übrigens auch für zahlreiche Personen, die

von ihren Verwandten für die Aufnahme in Deutschland angemeldet wurden. Das ist eine Erfahrung aus den laufenden Verfahren.

Wenn wir hier einen qualitativen Mehrwert erzielen wollen, müssen wir mit Bedacht vorgehen. Familien mit Kindern, Menschen, die eine spezielle medizinische Behandlung benötigen, Menschen, die bereits Bindungen nach Deutschland haben oder sonst in besonderem Maße von einer Aufnahme profitieren, müssen wir ausfindig machen. Ich glaube, bisher ist uns das recht gut gelungen. Unsere Programme finden jedenfalls auf internationaler Ebene allergrößte Beachtung und Lob, meine Damen und Herren.

Am 9. Dezember, also am kommenden Dienstag, findet endlich die durch den Bundesminister des Innern erstmals im März 2013 und in der Folge immer wieder eingeforderte Pledging-Konferenz des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen zugunsten syrischer Flüchtlinge statt. Wir haben in den vergangenen Wochen und Monaten keine Gelegenheit ausgelassen, unsere Partner innerhalb Europas immer wieder darauf aufmerksam zu machen, dass das notwendig ist. Wir brauchen diese Pledging-Konferenz, um ausreichend Plätze zur Verfügung zu stellen, damit es zu einer wirklichen Entlastung in der Region kommt; denn das fördert auch die Bereitschaft der Anrainerstaaten, ihre Tore für weitere Flüchtlinge aus Syrien offen zu lassen.

Der UNHCR wirbt darum, verschiedene Zugangswege in Staaten außerhalb der Krisenregion für syrische Flüchtlinge zu eröffnen, um die Zahl derjenigen, die die Region verlassen können, auch außerhalb des klassischen Resettlements oder der schnelleren humanitären Aufnahmeverfahren zu erhöhen. Deutschland vollzieht diesen Schritt bereits. Neben dem humanitären Aufnahmeprogramm des Bundes mit 20 000 Aufnahmeplätzen haben die Bundesländer durch ihre Programme bereits mehr als 10 000 Aufnahmeplätze geschaffen, und die Programme laufen weiter.

Ferner hat Deutschland jüngst ein mehrjähriges Maßnahmenpaket für syrische Studierende aufgelegt. In diesem Rahmen werden dem DAAD insgesamt 7,8 Millionen Euro für Stipendiaten zur Verfügung gestellt, mit dem syrische Studierende ihr Studium in

Deutschland absolvieren oder fortsetzen können. Das Programm trägt den Namen „Leadership for Syria“ und richtet sich an syrische Flüchtlinge sowohl in der Region als auch in Deutschland. Das Bewerbungsverfahren läuft; die ersten Stipendiaten sollen im Frühjahr 2015 ihr Studium aufnehmen.

Meine Damen und Herren, wir dürfen eines nie vergessen: Trotz aller Anstrengungen, die wir im Rahmen der Aufnahmeprogramme auf uns nehmen, erreichen wir die Masse der Flüchtlinge nur in der Region selbst. Wir können deren Leid nur dann wirklich lindern, wenn wir vor Ort helfen.

Dort können wir mit dem Geld am meisten tun. Alles andere, etwa die Aufnahmeprogramme, können nur für besonders Schutzbedürftige gelten und für solche Menschen, die besondere Beziehungen nach Deutschland haben.

Wichtig ist die Hilfe vor Ort. So hilft beispielsweise das Technische Hilfswerk bilateral in den Flüchtlingslagern in Jordanien und Nordirak bei der Sicherstellung der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung und beim Errichten weiterer Infrastruktur. Auch andere EU-Partner helfen. Aber hier sollte viel mehr geschehen. Im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens kann erheblich mehr an Hilfe geleistet werden. Die Europäische Kommission hat angekündigt, aufgrund neuer Bedarfserhebungen erneut an die Mitgliedstaaten heranzutreten. Es geht auch darum, beim Wiederaufbau zu helfen. Im Nordirak gibt es Binnenvertriebene, die in ihrem Heimatland Schutz finden und sobald wie möglich in ihre alten Wohngebiete zurückkehren wollen. Die Hilfsorganisationen wie auch die Bundesregierung konzentrieren sich hier auf die Hilfe vor Ort. Flüchtlingsaufnahmen in Deutschland kommen daher lediglich in besonders gelagerten Einzelfällen in Betracht.

Wenn wir über Flüchtlingschutz sprechen, geht es darum, dass die Menschen Schutz in einem sicheren Staat finden. Wer bereits in Europa um Asyl nachgesehen hat, fällt unter die in Europa geltenden Regeln. Das gilt auch für Syrer und Iraker. Es ist nicht nachvollziehbar, hier Ausnahmen vorsehen zu wollen. Im Rahmen des Dublin-Verfahrens wird das Vorhandensein familiärer Bindungen für alle Asylbewerber gleichermaßen berücksichtigt.

Insofern, liebe Frau Amtsberg, ist der Vorwurf, den Sie hier erhoben haben, dass dies im Dublin-

Verfahren nicht berücksichtigt wird, nicht richtig; das entspricht nicht der Praxis.

Ich will damit nicht sagen, dass Behörden keine Fehler machen.

Wir müssen darauf achten, dass die familiären Bindungen berücksichtigt werden. Aber das geben die gesetzlichen Regelungen bereits her.

Auch die Forderung nach einer Erleichterung des Familiennachzugs wird zu einem beträchtlichen Teil durch unseren Entwurf eines Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung bereits erfüllt sein. Wir werden den Status für subsidiär Schutzberechtigte erheblich aufwerten und ihn an die Regelungen für die Flüchtlinge gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention anpassen. Insofern ist dieser Punkt berücksichtigt. Diese Personen können dann selbstverständlich ihre Familien nachholen. Das ist uns sehr wichtig.

Für die durch das Bundesaufnahmeprogramm berücksichtigten Personen gilt das bereits. Wir legen natürlich größten Wert darauf, dass die gesamte Familie, nicht nur ein Teil davon, nach Deutschland kommt. Wo das nicht gewährleistet ist, weil die Familie sich nicht zusammen an einem Ort aufhält, berücksichtigen wir das im Nachhinein. Wir sind da sehr flexibel und ermöglichen in Zusammenarbeit mit der Botschaft, dass die Familien zusammenbleiben können. Daran haben wir selbst ein großes Interesse.

Was den Abschiebestopp betrifft, ist es, denke ich, auch eine Selbstverständlichkeit, dass wir nicht nach Syrien abschieben. In Einzelfällen ist in den Nordirak – in sichere Herkunftsgebiete – abgeschoben worden. Es ist klar: Das muss in besonderen Ausnahmefällen möglich sein, insbesondere, wenn es sich um Kriminelle handelt. Das ist geltende Rechtslage. Davon wollen wir auch im Fall des Irak nicht Abstand nehmen. Unsere Gesetze nehmen den besonderen humanitären Schutz in den Blick.

Die Bundesregierung zeigt Solidarität und stellt sich ihrer internationalen Verantwortung in der aktuellen Flüchtlingskrise. Was wir machen, ist nicht nur gut gemeint, sondern ist auch im Vollzug gut gemacht. Dafür danke ich allen Beteiligten, die hier, aber vor allen Dingen auch vor Ort Verantwortung übernehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)



Syrische Flüchtlinge Anfang Dezember in Athen

© picture-alliance

Wir legen größten Wert darauf, dass die gesamte Familie nach Deutschland kommt.

Petra Pau, DIE LINKE:

Zunehmende Pogromstimmungen



Petra Pau (*1963)
Wahlkreis Berlin-Marzahn – Hellersdorf

Zum Thema Flüchtlingspolitik liegen ein Antrag und eine Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Meine Kollegin Ulla Jelpke wird für die Linke später näher darauf eingehen. Ich möchte mit Blick auf die aktuelle Situation hierzulande etwas grundsätzlicher werden.

Die Amadeu-Antonio-Stiftung und Pro Asyl haben dokumentiert: In den ersten drei Quartalen 2014 wurden bundesweit 29 gewalttätige Übergriffe auf Flüchtlinge, 23 Brandanschläge auf Unterkünfte, 27 Sachbeschädigungen an Unterkünften sowie 194 flüchtlingsfeindliche Kundgebungen und Demonstrationen registriert. Diese erschreckenden Zahlen dürften im vierten Quartal dieses Jahres noch anschwellen. Im statistischen Schnitt findet täglich eine fremdenfeindliche Aktion statt. Die Mobilisierung dazu wird immer unverhohlener. Wir erleben zunehmend Pogromstimmungen wie Anfang der 1990er-Jahre. Darauf müssen wir, muss die Bundespolitik endlich reagieren.

Es kursieren Aufrufe gegen Asylsuchende und gegen eine vermeintliche Islamisierung Deutschlands. Es geht um nicht weniger als die Verteidigung der Zivilisation. Die Hintermänner dieser Hetzkampagnen sind zumeist bekannte Nazis. Sie geben sich als besorgte Bürger, und sie bekommen Zulauf. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, es geht wirklich um die Zivilisation, begonnen bei Artikel 1 Grundgesetz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, und zwar die Würde aller Menschen.

Deshalb muss auch die Würde der Menschen in Not, der Flüchtlinge, endlich einen höheren Stellenwert bekommen als bisher.

Im Land Berlin hat die Linke diese Woche Leitlinien für eine neue Flüchtlingspolitik vorgelegt;

sie sind im Internet abrufbar. Ein Autor dieses Konzepts ist der langjährige Integrationsbeauftragte des Berliner Senats, Günter Piening, übrigens Mitglied der Partei Bündnis 90/Die Grünen.

Zwei Gedanken ziehen sich durch das Konzept: Erstens. Menschenwürdige Flüchtlingspolitik betrifft alle Ressorts und darf nicht auf die Innen- und Rechts-politik beschränkt werden. Zweitens. Sie kann nur gelingen, wenn Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik miteinander und eng mit der Zivilgesellschaft kooperieren.

In diesem Sinne muss die Bundespolitik dringend revidiert werden.

Wir sollten aber auch vor Folgendem nicht die Augen verschließen: Es gibt an vielen Brennpunkten längst Willkommensinitiativen, die Willkommenskultur leben und organisieren, auch in meinem Wahlkreis.

Zugleich mehren sich aber Beispiele, die belegen, dass die Aktiven dieser Initiativen mit Gewalt und Morddrohungen von Nazis überzogen werden. Ich könnte drastische Beispiele aufzählen; ich unterlasse das aus Zeitgründen. Umso dringender ist es allerdings, dass die Polizei solche Bedrohungen endlich ernster nimmt und dass das Willkommensengagement mehr gewürdigt wird. Wie es auf gar keinen Fall geht, zeigt ein weiteres Berliner Beispiel. Der Senat hat Areale für Flüchtlingscontainerdörfer festgelegt, ohne vorherige Information der Bürgerinnen und Bürger, ohne Einbeziehung der Flüchtlingsinitiativen, ohne Konsultation der zuständigen Bürgermeister. Eine solche Politik ist selbstherrlich, kurzsichtig und obendrein gefährlich.

Ich will mit einem nicht minder unglaublichen Beispiel schließen. In Sachsen-Anhalt haben jüngst Zehn- bis Zwölfjährige eine Menschenhatz auf Romafamilien veranstaltet. Kinder noch und schon rassistisch verhetzt! Die Türkische Gemeinde in Deutschland fordert seit langem einen Rassismuspapier. Auch der NSU-Untersuchungsausschuss im Bundestag hat belegt: Rassismus grassiert inmitten unserer Gesellschaft. Wir sollten das endlich ernster nehmen, bevor sich Pogrome wie seinerzeit in Rostock-Lichtenhagen, Mölln oder anderswo wiederholen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Aydan Özoguz, SPD, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin:

Wir lernen aus der Vergangenheit



Aydan Özoguz (*1967)
Staatsministerin

Es wurde schon einige Male zu Recht gesagt, Frau Amtsberg: Deutschland und Europa stehen als große Wirtschaftskräfte vor großen flüchtlingspolitischen Herausforderungen. Wenn man auf die Menschenrechtskrisen in Syrien, aber auch im Irak, in Afghanistan und Eritrea schaut – wenn ich den Blick weiterschweifen lassen würde, könnte ich noch mehr Staaten aufzählen –, dann ist unbestritten, dass wir uns mittelfristig auf mehr Asylsuchende einstellen und den bevorstehenden Herausforderungen gerecht werden müssen. Wer aus purer Not wegen Krieg, Terror oder Verfolgung flieht, muss bei uns Schutz finden.

Er muss menschenwürdig behandelt werden, muss seine Fluchtgeschichte darlegen können und gegebenenfalls auch dauerhaften Schutz erhalten.

Ich empfinde die heutige Debatte als sehr angenehm. Ich möchte aber daran erinnern, dass das im Deutschen Bundestag nicht immer so gewesen ist. Wir haben lange Jahre anders gesprochen. Wir haben über Asylrecht und Asylmissbrauch gesprochen, und zwar auch in Fällen, in denen das nicht gerechtfertigt war. Es wurden Gesetze verschärft und Arbeitsverbote verhängt. Die Unterbringung in Sammelunterkünften wurde sogar vorgeschrieben; denn das erklärte Ziel war, den Schutzsuchenden eben nicht hier eine Heimat zu bieten, sie hier nicht heimisch werden zu lassen. Wir haben nicht gesagt: Kommt zu uns! – Ja, wir lernen aus der Vergangenheit. Wir tun gut daran und sollten deutlich zum Ausdruck bringen, dass jeder, der hier Schutz für sich, seine Familie und seine Kinder sucht, eine Perspektive erhält. Es ist also richtig, den betreffenden Menschen sehr früh die Zugänge zu unserer Gesellschaft zu öffnen, zu Arbeit und Beschäftigung, zu Sprachkur-

sen und Schulen. Dann können aus Flüchtlingen tatsächlich neue Nachbarn werden.

Ich bin dankbar für die große Hilfsbereitschaft und Solidarität in unserer Bevölkerung. Die Kirchen, Flüchtlingsinitiativen, insbesondere die vielen Ehrenamtlichen – das habe ich hier schon einmal erwähnt – leisten in diesen Wochen und Monaten Großartiges. Wir müssen dieses Engagement noch stärker wertschätzen, und wir müssen es auch unterstützen.

Der Grund dafür, dass ich dieser Debatte ausnahmsweise nicht bis zum Ende folgen kann, ist – ich sage es bewusst an dieser Stelle –: Ich habe schon vor Wochen Flüchtlingsinitiativen und Ehrenamtliche genau zu 11 Uhr ins Bundeskanzleramt eingeladen, um mit ihnen gemeinsam zu erörtern, was wir tun können, um sie zu unterstützen, um sie besser zu vernetzen. Sie waren natürlich sofort einverstanden, dass ich hier noch meine Rede halte. Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich wegen dieser Einladung heute etwas früher gehe.

Wenn wir über die Große Anfrage und den Antrag der Grünen debattieren – meine Kolleginnen und Kollegen werden noch darauf eingehen –, dann müssen wir auch festhalten, dass unser Land über Bundeskontingente bereits 20 000 syrische Staatsangehörige aufgenommen hat. Es sind mittlerweile, seit 2011, 70 000 syrische Staatsangehörige hier. Bund und Länder handeln gemeinsam, erfreulicherweise in großem Einvernehmen und über Parteigrenzen hinweg. Das Auswärtige Amt hat die Mittel für humanitäre Hilfe in der Region gestern noch einmal um 40 Millionen Euro erhöht – Frau Amtsberg hat das erwähnt –; denn wir wissen alle, dass einige Millionen Menschen in der Region – in der Türkei, in Jordanien, im Libanon – auf der Flucht sind.

Wir dürfen aber auch unsere europäischen Partner nicht aus der Verantwortung entlassen, für die Flüchtlinge und Vertriebenen des syrischen Bürgerkrieges einzustehen.

Auch als ich zur Europäischen Grundrechtecharta reden durfte, wurde mir klar: Es reicht nicht, zu hören, dass Deutschland und

Schweden eine tolle Arbeit machen. Das wird immer wieder gesagt, und dafür wird auch gedankt. Wir müssen schon sagen, dass auch von anderen EU-Staaten ähnliche Anstrengungen erwartbar sind.

Der Zustand, dass in der EU fünf Staaten 75 Prozent der Schutzsuchenden aufnehmen, kann uns nun nicht dazu verleiten, von einer europäischen Solidarität zu sprechen. Sagen wir es einmal positiv: Die Solidarität ist ausbaufähig.

Insofern überzeugt es nicht, wenn wir mit Blick auf Italien die dortigen Registrierungsdefizite als größtes Problem des gemeinsamen europäischen Schutzsystems ausmachen. Wir müssen da einfach zu mehr Verantwortung aufrufen. Klar ist auch: Wir müssen in Europa alles tun, damit die Asyldebatte nicht und niemals mehr auf dem Rücken der Schutzsuchenden ausgetragen wird.

Die Große Koalition hat bereits im ersten Jahr viele Maßnahmen umgesetzt. Einige sind schon genannt worden; deswegen mache ich es ganz

kurz: Das Personal des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge wurde aufgestockt. Es reicht immer nicht – das wissen wir alle –; aber 300 Leute einzuarbeiten, das geht nicht in drei Monaten. Das muss man ein bisschen realistisch sehen. Die Asylverfahren werden mit Blick auf Asylsuchende mit hohen Anerkennungschancen optimiert. Aussichtsreiche Verfahren sollen vorgezogen werden können. Das hatte ich übrigens auch in meinem zehnten Bericht zur Lage der Ausländerinnen und Ausländer gefordert. Die Verbesserungen beim Arbeitsmarktzugang sind wichtig; er ist nun nach 15 Monaten Aufenthalt zum Teil sogar ohne Vorrangprüfung möglich. Das Asylbewerberleistungsgesetz passierte final den Bundesrat. Damit ist die Zusage verbunden, dass der Bund die Länder mit bis zu 1 Milliarde Euro entlastet. Hoffentlich kommt diese Entlastung am Ende auch bei den Kommunen an. – Ohne die Unterstützung der Grünen wären viele der genannten Punkte nicht möglich ge-

Wer aus purer Not wegen Krieg, Terror oder Verfolgung flieht, muss bei uns Schutz finden.

Fortsetzung auf nächster Seite

wesen; das möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen.

Gestern haben wir im Bundeskabinett die stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung für Geduldete verabschiedet. Für diesen Teil des Gesetzes haben viele hier im Haus Jahre und Jahrzehnte gekämpft, übrigens gemeinsam mit Kirchen und Sozialverbänden.

Das parlamentarische Verfahren steht noch an. Deswegen müssen wir die Diskussion darüber nicht heute führen.

Die Residenzpflicht wird ebenfalls abgeschafft. Dazu möchte ich nur sagen: Sie wissen, dass ich am 18. Dezember 2014, am von den Vereinten Nationen ausgerufenen Internationalen Tag der Migranten, einen Empfang gebe. Ich bin all denen von Ihnen sehr dankbar, die jeweils eine Person angemeldet haben, die sich besonders für Flüchtlinge engagiert. Die Veranstaltung ist mittlerweile voll; das

haben die gemerkt, die mit ihrer Anmeldung zu spät kamen. Es ist eine schöne Sache, wie ich finde, dass zufällig – das konnte man nicht voraussehen – gleichzeitig eine weitere Syrien-Konferenz im Auswärtigen Amt tagt. Wir sind guter Dinge, dass wir dort allen wirklich ein sehr schönes Dankeschön sagen können.

Es wurden auch einige angemeldet, die selber Flüchtlinge sind, aber schon lange im Land leben und der Residenzpflicht unterliegen. Nun muss ich allen Ernstes Briefe schreiben des Inhalts, dass das hier eine ordentliche Veranstaltung ist und doch bitte die Residenzpflicht für diese Menschen aufgehoben wird. Die Absurdität wird da einfach noch einmal besonders deutlich. Ich bin froh, dass wir das nun bald hinter uns lassen werden.

Zu guter Letzt möchte ich die Aufmerksamkeit noch auf eine

Gruppe lenken, nämlich auf die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Sie sind, wie es nahe liegt, ohne Erziehungsberechtigte eingereist. Wir dürfen, glaube ich, nicht vergessen, dass es sich bei den Beweggründen für das Verlassen der Heimat um sogenannte kinderspezifische Fluchtgründe handelt. Solche Begriffe sagen eigentlich wenig über das aus, was dahintersteht: drohende Zwangsrekrutierung als Kindersoldat, Gefahr von Entführung, bei Mädchen die anstehende Genitalverstümmelung oder Zwangsverheiratung. Wir alle kennen das. Deswegen sind wir in der Pflicht, dem Kindeswohl und den besonderen Bedürfnissen dieser jungen Menschen – es sind zum Teil stark traumatisierte Minderjährige – gerecht zu werden.

Ja, es gibt auch Kriminalität bei einigen; das will ich überhaupt nicht verhehlen. Nur, was mich

nach wie vor ärgert, ist: Wenn das einmal vorkommt, dann entsteht das Bild, alle seien so oder latent so. Dabei gibt es die anderen, die nun gerade darum kämpfen, etwas Besseres zu machen. Wir wissen, wie viele ihre Chance wahrnehmen, hier ein geregelteres Leben zu führen, eine Ausbildung zu machen. Wir haben soeben die Ausbildungsförderung auch für diese Gruppe viel schneller möglich gemacht. Gerade für diejenigen müssen wir einfach deutlich machen: Wir wollen, dass sie ein halbwegs faires und gutes Leben führen können und nicht immer mit den anderen unter einen Generalverdacht gestellt werden.

Wir wissen, dass die Zahlen kontinuierlich zugenommen haben und dass wir auch noch eine Debatte darüber führen müssen, wie wir das Kindeswohl im Blick behalten und gleichzeitig dafür sorgen, dass wir die Regelungen,

die bestehen und die in meinen Augen dem Kindeswohl nicht gerecht werden – ich denke an den Fall, dass sich furchtbar viele an einem Ort tummeln –, verändern.

Wenn Sie es mir erlauben, möchte ich als Beauftragte an dieser Stelle noch einen Satz sagen, der gar nichts oder fast nichts mit diesem Thema zu tun hat. Es ist mir ein Bedürfnis, heute Morgen hier einmal den Namen Tugce Albayrak zu nennen, den Namen der Frau, die für unsere Werte eingestanden ist und so Furchtbares erlebt hat. Der Familie, die wirklich unermessliches Leid erfahren hat, möchte ich hier unser Mitgefühl aussprechen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Nina Warken, CDU/CSU:

Wir lassen Worten auch Taten folgen



Nina Warken (*1979)
Landesliste Baden-Württemberg

Meine Damen und Herren! "... dort, wo Menschen in Not sind, werden wir helfen – auch durch die zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen." Mit diesen Worten hat Bundeskanzlerin Angela Merkel die Grundsätze unserer Flüchtlingspolitik auf den Punkt gebracht. Dass wir diesen Worten auch Taten folgen lassen, haben wir – das können auch die Grünen und die Linken nicht bestreiten – bereits mehrfach gezeigt.

Rund drei Viertel aller syrischen Flüchtlinge in Europa sind in Deutschland aufgenommen worden. Seit Beginn des Bürgerkriegs in Syrien im Jahr 2011 sind wir das Hauptaufnahmeland für syrische Flüchtlinge in

Europa. Bund und Länder haben zügig humanitäre Aufnahmeprogramme geschaffen und diese immer wieder aufgestockt, um vor allem die besonders Schutzbedürftigen wie Schwerkranke, Schwangere oder Menschen mit Behinderung, die in den Flüchtlingslagern in den Nachbarländern Syriens keine Chance hätten, nach Deutschland zu holen. Statt immer nur höhere Kontingente zu fordern, sollten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Leistung auch einmal anerkennen.

Vor allem das ehrenamtliche Engagement der vielen Bürgerinnen und Bürger vor Ort in den Kommunen, die den Menschen aus Syrien mit ganz alltäglichen Dingen helfen, um sich in einem völlig fremden Land zurechtzufinden, verdient unseren größten Respekt. Gleiches gilt auch für das

beträchtliche Engagement, das in der Krisenregion geleistet wird. Dort, in den Nachbarländern Syriens, wo die Not am größten ist, liegt der Schwerpunkt unserer Hilfe. Dies gilt auch und gerade, weil jeder Euro, der dort den

Menschen zugutekommt, das Doppelte und Dreifache bewirkt wie hier bei uns in Deutschland.

Allein in den vergangenen beiden Jahren hat Deutschland Gelder in Höhe von rund 800 Millio-

nen Euro für die Hilfe in der Krisenregion bereitgestellt. Auf der internationalen Syrien-Konferenz vor wenigen Wochen in Berlin – im Übrigen auch eine Initiative der Bundesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition – hat Deutschland weitere 500 Millionen Euro an Hilfsmitteln zugesagt. Wir reden also mittlerweile über insgesamt rund 1,3 Milliarden Euro. Deutschland gehört damit zu den international größten humanitären Gebern bei der Bewältigung der syrischen Flüchtlingskatastrophe. Auch das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten Sie anerkennen.

Nicht vergessen werden darf darüber hinaus das Engagement vieler deutscher Hilfsorganisationen. So leistet etwa das THW einen beträchtlichen Beitrag in den Flüchtlingslagern in den Nachbarländern Syriens und im Irak, wenn es darum geht, für die Menschen zu bauen, sanitäre Einrichtungen zu schaffen oder die Lager winterfest zu machen. Das alles wird in ganz großen Teilen ehrenamtlich geleistet. Man kann dafür, auch von dieser Stelle aus, nicht häufig genug Danke sagen,

Danke für das, was hier geleistet wird, und dafür, dass Freiwillige mit ihrem Einsatz in den Krisengebieten dazu beitragen, die Situation der Menschen vor Ort zu verbessern und menschliches Leid zu lindern.

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass wir als Deutsche, die

in unserem Land so gut und sicher leben können, eine Verpflichtung gegenüber den Menschen haben, denen es in ihrer Heimat nicht so gut geht, die unseren Schutz und unsere Hilfe brauchen. Dieser Verpflichtung wollen wir gerecht werden, und dieser Verpflichtung werden wir auch gerecht. Deutschland trägt mit seinem vielfältigen Engagement auf den verschiedensten Ebenen dazu bei, dass Menschen in Not geholfen wird.

Auch Ihre weiteren Forderungen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werden dem, was Deutschland für die Flüchtlinge aus Syrien oder dem Irak tut, nicht gerecht. Sie fordern, dass der Abschiebestopp nach Syrien verlängert und auf den Irak ausgeweitet wird. Dabei steht derzeit überhaupt nicht zur Debatte, dass jemand, solange der Konflikt andauert, nach Syrien abgeschoben werden soll.

Ähnlich verhält es sich mit dem Irak. 7.500 Menschen aus dem Irak haben in diesem Jahr in Deutschland einen Asylantrag gestellt. Die Schutzquote beträgt dabei mehr als 66 Prozent. Bedingt durch die abscheulichen Taten der Terrormiliz „Islamischer Staat“ hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge seit Mitte Juni dieses Jahres keinen Asylantrag mit dem Herkunftsland Irak negativ entschieden. Es wird also niemand, dem Gefahr für Leib und Leben droht, von der Bundesregierung heute in den Irak oder nach Syrien abgeschoben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch auf das Thema Familiennachzug eingehen. Auch

hier wird die bisherige Praxis im Antrag kritisiert. Für den Familiennachzug wurden neben dem Bundesaufnahmeprogramm Programme der Länder eingerichtet, um in Deutschland lebenden Syrern die Möglichkeit zu geben, ihre Verwandten aus dem Kriegsgebiet bei sich aufzunehmen. Die Programme der Länder sind in den meisten Fällen zahlenmäßig nicht begrenzt, sodass noch viele Menschen aus Syrien bei uns Schutz finden werden. Vielerorts übernehmen die Länder und damit der

deutsche Steuerzahler die Gesundheitskosten. Für weitere Aufwendungen muss die Familie in Deutschland aufkommen. Die Grünen fordern nun erneut, dass auf die Verpflichtungserklärungen durch die aufnehmenden Familien verzichtet wird und damit die meisten Kosten vom Steuerzahler getragen werden sollen.

Sehr geehrte Damen und Herren, derzeit herrscht in Deutschland große Solidarität mit den Flüchtlingen. Dafür sollten wir dankbar sein. Diese Solidarität ist essenziell für die Akzeptanz unserer gesamten Flüchtlingspolitik. Aber es gibt auch Ängste; auch damit müssen wir sorgsam umgehen.

Hinzu kommt die Situation in den Ländern und Kommunen, die bereits heute an ihrer Leistungsgrenze angekommen sind.

Auch sie können und wollen wir nicht noch mehr belasten. Wir brauchen deshalb keine Rufe nach immer mehr. Was wir brauchen, ist eine überlegte Strategie der umfassenden Hilfe.

Aber es gibt auch Ängste; auch damit müssen wir sorgsam umgehen.

Nicht vergessen werden darf das Engagement vieler deutscher Hilfsorganisationen.

Es ist ja keinesfalls so, dass die Koalition nicht bereit wäre, die Mittel für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen aufzustocken. Im Gegenteil: Erst vor einer Woche haben sich Bund und Länder darauf geeinigt, dass der Bund im kommenden Jahr 500 Millionen Euro bereitstellen wird, um vor allem den Landkreisen und Kommunen zu helfen, die die Kosten für die Aufnahme und Unterbringung der vielen Flüchtlinge kaum mehr bewältigen können. Sollte es notwendig sein, wird der

Bund im Jahr 2016 die gleiche Summe nochmals zur Verfügung stellen. Diese Einigung zeigt einmal mehr, dass Deutschland seiner humanitären Aufgabe in der Welt gerecht wird und alle staatlichen Ebenen ihren Beitrag dazu leisten.

Auf die Große Anfrage zum Thema „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“, die ebenfalls zu diesem Tagesordnungspunkt gehört, möchte ich im Hinblick auf die noch ausstehende Beantwortung nicht detailliert eingehen.

Nur so viel: Aufgrund der gestiegenen Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge beraten Bund und Länder derzeit darüber, wie eine bessere Verteilung in Deutschland erfolgen kann, die den besonderen Bedürfnissen von Minderjährigen Rechnung trägt.

Fest steht aber bereits jetzt: In Deutschland sind unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gut versorgt. Ohne Ausnahme werden sie zunächst vom zuständigen Jugendamt in Obhut genommen, unabhängig davon, ob ein Asyl-

trag gestellt wird oder nicht. Zudem werden sie ausschließlich bei Pflegefamilien oder in geeigneten Einrichtungen untergebracht. In meinen Augen ist das genau der richtige Weg; denn dogmatisch an dem Grundsatz festzuhalten, dass unbegleitete Minderjährige dort bleiben müssen, wo sie aufgefunden werden, dient nicht dem Kindeswohl, wenn vor Ort keine geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden sind. Wenn stattdessen mit einer Reise von wenigen Stunden erreicht werden

kann, dass die Minderjährigen in einer kinder- und jugendgerechten Unterkunft wohnen können, handeln wir im Interesse der Kinder und Jugendlichen.

Sie sehen: Deutschland will helfen, und Deutschland hilft – mit Maß und Mitte und Verstand. Das alles ist im Antrag der Grünen nicht zu erkennen. Lassen Sie uns diesen daher mit breiter Mehrheit ablehnen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ulla Jelpke, DIE LINKE:

Die deutsche Hilfe reicht nicht aus



Ulla Jelpke (*1951)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

In der Tat spitzt sich die Lage für die Flüchtlinge in Syrien und im Irak dramatisch zu. Am Montag hat n-tv gemeldet, dass 1,7 Millionen syrische Flüchtlinge in der Region keine Lebensmittelkarten und Gutscheine mehr erhalten. Dem Welternährungsprogramm der UN fehlt einfach das Geld.

Ein weiteres Problem ist der Winter. 2,4 Millionen Menschen brauchen Kleidung, Decken, ja, sie brauchen vor allem winterfeste Unterkünfte. Viele leben wirklich in schlimmen Behausungen. Gesundheit und Leben dieser Menschen sind bedroht, deshalb muss dringend gehandelt werden. Liebe Mitglieder der Regierungsparteien, wenn man sich nur in Selbstlob ergeht und überhaupt nicht mehr die aktuelle Lage und was momentan ansteht, zur Diskussion stellt, dann frage ich mich: Was ist das eigentlich für eine Ignoranz gegenüber der aktuellen Lage, die Sie hier zum Ausdruck bringen? Das ist wirklich nicht hinnehmbar, und das vor dem Hintergrund – wir haben es bereits gehört –, dass die Nachbarstaaten Syriens und Iraks die größte Last tragen. Allein im Libanon leben über 1 Million Flüchtlinge aus Syrien. Aber die Hilfsbereitschaft lässt auch dort nach. Im Libanon und

in Syrien sind die Grenzen dichtgemacht worden, Flüchtlinge werden sogar nach Syrien zurückverwiesen.

Die Bundesregierung hat gestern zwar 40 Millionen Euro zusätzlich für die Welthungerhilfe zugesagt, dennoch müssen wir uns als so reiches Land wie Deutschland fragen: Ist das wirklich genug? Nein, das ist nicht genug. Wir müssen mehr tun und unsere Möglichkeiten ausschöpfen, um den Gesamtbedarf zusammenzubekommen. Hier ist wirklich nicht nur Deutschland gefragt, sondern alle EU-Staaten. Alle reichen Länder dieser Welt müssen zur Kasse gebeten werden. Ich finde es wirklich eine Schande, dass reiche Industriestaaten nicht in den UN-Fonds eingezahlt haben und die Flüchtlingsorganisationen weltweit damit alleinlassen. Das kann ja wohl nicht sein.

Meine Damen und Herren, im Sommer hat der Vormarsch der Terrorbanden des „Islamischen Staates“ weitere 2 Millionen Menschen zur Flucht aus dem Irak und aus Syrien gezwungen. Einige von ihnen kamen in das Gebiet Rojava im Norden Syriens, wo eine selbstverwaltete, demokratische Struktur besteht. Aus dieser Region hat man sowohl das Assad-Regime als auch die Dschihadisten herausgedrängt. Vor allen Dingen in dieser Region werden viele Flüchtlinge versorgt. Ich will hier aber noch einmal deutlich sagen: Weil die Türkei die Grenzen dort dichtgemacht hat, kommt auch dort keine humanitäre Hilfe an. Wenn nicht mit in den Blick genommen wird, dass auch seitens der Menschen in Rojava, die Flüchtlinge aufgenommen haben, Solidarität besteht, dann wird die nächste Flüchtlingswelle anstehen, bei der die Menschen millionenfach in die Türkei gehen bzw. nach Europa drängen. Insofern

brauchen wir auch an dieser Stelle von Deutschland und Europa Druck, dass humanitäre Hilfe nach Rojava kommt.

Zweifellos ist die Situation so, dass die Türkei viele Flüchtlinge aufnimmt. Das ist schon mehrfach betont worden. Aber es gibt in der Türkei eine Zweiklassenflüchtlingshilfe. Arabische Flüchtlinge aus Syrien beispielsweise sind in vergleichsweise guten Flüchtlingslagern untergebracht. Ich habe mir selbst davon ein Bild gemacht. Es gibt dort Supermärkte, Werkstätten, Schulen und alles, was man zum Leben braucht. Das ist auch gut so. Andererseits gibt es aber auch Hunderttausende von Flüchtlingen in der Türkei – die Jesiden, die Kurden –, die von der Türkei überhaupt keine staatliche Unterstützung bekommen und die zurzeit vor allen Dingen von der kurdischen Bevölkerung versorgt werden. Dort herrscht wirklich das humanitäre Grauen: Die Menschen leben unter freiem Himmel. Es gibt keine winterfesten Unterkünfte. Zum Teil müssen die Leute in irgendwelchen Garagen leben. Es kann einfach nicht sein, dass die Türkei mit diesem Problem alleingelassen wird. Auch hier muss ganz klar gesagt werden: Es muss mehr Hilfe geleistet werden. Vor allen Dingen müssen mehr Menschen in Europa und in Deutschland aufgenommen werden. Man kann sich nicht ständig darauf zurückziehen, dass bei uns 40 000 Flüchtlinge angekommen sind.

Ich will hier aber auch noch einmal deutlich sagen – es wird ja immer von Fluchtursachen gesprochen –: Der Westen ist nicht ganz unschuldig. Wenn wir diese Hilfe einklagen, dann tun wir das nicht nur, weil wir sagen: „Es ist wichtig, die Flüchtlinge zu versorgen“, sondern auch, weil es eine Mitverantwortung für die Situati-

on gibt, die im Mittleren und Nahen Osten entstanden ist. Ich will daran erinnern, dass beispielsweise die USA mit ihrem völkerrechtswidrigen Krieg vor zehn Jahren maßgeblich dazu beigetragen haben, dass Kräfte wie der „Islamische Staat“, die Dschihadisten stark geworden sind, die heute mit ihrem barbarischen Krieg einen wesentlichen Anteil an der Vertreibung aus dem Irak und aus Syrien haben. Dieser Verantwortung muss der Westen gerecht werden; denn es hat nicht gerade einen sehr starken Druck auf die USA gegeben, diesen Krieg nicht zu führen, sondern es wurde im Gegenteil immer auf Dschihadisten und Rebellen verwiesen. Auch Europa hat im Grunde genommen solche Kräfte mit stark gemacht und ist deswegen mitverantwortlich, jetzt nach Lösungen zu suchen. Man darf nicht einfach nur zuschauen und keinen Druck ausüben. Die Türkei hat einen maßgeblichen Anteil an dem Krieg in Syrien. Wenn man Fluchtursachen wirklich bekämpfen will, dann muss man auf jeden Fall dafür sorgen, dass keine Waffen mehr geliefert werden und dass die Menschen humanitäre Hilfe bekommen. Man muss vor allen Dingen die Solidarität in den reichen Ländern einklagen, dass, wie gesagt, eben nicht nur einzelne Länder etwas tun.

Wenn wir also die konkrete

Aufstockung eines humanitären Flüchtlingsprogramms fordern, dann muss das spürbar sein und die Aufnahme vor allen Dingen wirken.

Sie haben heute von Familienzusammenführung gesprochen. Ich kann Ihnen viele Menschen aus Syrien nennen, die seit Jahren nicht mehr mit ihren Familien zusammengekommen sind, weil in Deutschland eine -unglaubliche Bürokratie existiert, wenn es um die Aufnahme syrischer Flüchtlinge geht. Schauen Sie sich einmal an, seit wann Ihre Programme laufen! Über zwei Jahre dauert es, bis 20 000 Flüchtlinge aus dem Libanon überhaupt hier ankommen. Es kann ja wohl nicht wahr sein, dass man da nicht schneller und unbürokratischer hilft. Die Möglichkeiten, die Deutschland hat, wären bei weitem größer, um vor allen Dingen Familienzusammenführung zu ermöglichen.

Zum Schluss will ich sagen, dass die materielle Hilfe und die verstärkte Aufnahme besonders hilfsbedürftiger Flüchtlinge absolut nötig sind. Wir sollten vor allen Dingen den Libanon entlasten, denn dieses Land kollabiert inzwischen. Ich glaube, wir werden auch dort mehr Konflikte bekommen, wenn nicht wirklich geholfen wird.

(Beifall bei der LINKEN)



In Hamburg werden Geflüchtete in Wohncontainern untergebracht. © dpa

Christina Kampmann, SPD:

Europäische Länder müssen sich mehr beteiligen



Christina Kampmann (*1980)
Wahlkreis Bielefeld – Gütersloh II

Als ich vor etwa einem Jahr in den Bundestag gekommen bin, hat mir eine 3. Klasse aus meinem Wahlkreis einen Brief mit Wünschen und Forderungen zugeschickt, die ich hier zu erledigen habe. Ein Wunsch bezog sich darauf, dass Peer Steinbrück und Angela Merkel sich endlich vertragen sollen.

Ich bin irgendwann dorthin gefahren und habe mit den Kindern gesprochen und gesagt, dass ich darauf relativ wenig Einfluss habe, dass ich aber das Gefühl habe, dass es zwischen Peer Steinbrück und Angela Merkel gerade relativ gut läuft.

Der erste Wunsch, den die Kinder formuliert haben, war – ich zitiere –, dass die Kinder aus Syrien zu uns dürfen, bis der Krieg aufgehört hat.

Diese Forderung war damals genauso aktuell wie heute. Der Krieg wird bleiben. Er wird nicht heute und nicht morgen zu Ende sein. Niemand weiß, wie viele Men-

schen noch sterben müssen. Niemand weiß, wie viele noch flüchten werden, um das eigene Leben zu retten.

Aber was können wir tun, um den Menschen in, um und aus Syrien zu helfen? Es sind vor allem zwei Punkte. Zum einen müssen wir Menschen, die aus Syrien zu uns flüchten, aufnehmen, ihnen Schutz und Sicherheit, Nahrung, Bildung und medizinische Versorgung anbieten. Wir haben bereits die Aufnahme von 20.000 Flüchtlingen zugesagt; das wurde schon mehrfach gesagt. Mehr als 60.000 haben Schutz im Rahmen deutscher Asylverfahren erhalten. 15 Bundesländer haben eigene Aufnahmeprogramme zugesagt. Das heißt, wir haben schon viel getan. Gerade das, was Länder und Kommunen in den vergangenen Wochen und Monaten geleistet haben, kann man nicht hoch genug schätzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Fest steht aber auch – hier gebe ich Ihnen recht, Frau Jelpke –, dass wir uns darauf nicht ausruhen dürfen. Deshalb bin ich Thomas Oppermann dafür dankbar, dass er sich am Wochenende dafür ausgesprochen hat, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, und betont hat, wie wichtig es vor allem für Kinder ist, dass sie schnell in die Schule gehen und eine gute Ausbildung bekommen.

Bei einem Krieg, der so lange dauert und so viele Menschenleben gekostet hat, reicht es nicht aus, einmal zu helfen und dann wegzuschauen. Bei einem Krieg wie dem in Syrien muss es eine konstante Unterstützung geben, für die wir uns gemeinsam starkmachen müssen.

Die SPD bekennt sich deshalb zu ihrer humanitären Verantwortung. Wir wollen und wir werden weiter -helfen; denn immer dann, wenn Menschen in Not geraten sind, ist das nicht nur unsere politische, sondern vor allem auch unsere menschliche Pflicht.

Wir wissen aber auch – diese Erkenntnis ist ebenso bitter wie wahr, dass das, was wir angesichts einer Zahl von 2,8 Millionen Kriegsflüchtlingen, die Syrien seit Beginn des Krieges verlassen haben, tun können, niemals genug sein wird. Wir werden nicht jedem Menschen die Unterstützung zukommen lassen können, die er verdient hat. Wir werden nicht überall dort helfen können, wo Hilfe eigentlich nötig wäre.

Deshalb ist die Forderung aus dem Antrag richtig: Auch andere europäische Länder müssen sich stärker zu ihrer humanitären Verantwortung bekennen. Es kann nicht sein, dass wir Tausende aufnehmen, während andere nur 200 aufnehmen.

Wir haben uns in Europa zu ge-

meinsamen Werten bekannt. Werte sind aber nicht dazu da, um in den Mund genommen zu werden, weil sie sich so schön anhören; Werte sind da, um gelebt zu werden. Genau an solchen Fragen, bei denen es darum geht, dass Menschen vertrieben werden und um ihr Leben fürchten müssen, genau an solchen Fragen menschlichen Leids entscheidet sich, ob wir es mit einem Europa der Werte und der Menschlichkeit tatsächlich ernst meinen.

Denn bei all diesen unvorstellbar großen Zahlen – die Zahl von 2,8 Millionen Flüchtlingen ist für uns alle, glaube ich, nicht wirklich vorstellbar – müssen wir uns immer wieder klarmachen: Hinter jeder Zahl verbirgt sich ein menschliches Schicksal, dessen Ausmaß an Leid und Not kaum zu erfassen ist.

Das Zweite, das wir tun müssen, ist, Solidarität mit den Aufnahmeländern in der Region zu zeigen. Denn wenn diese an Stabilität verlieren, dann werden wir über ganz andere Probleme nicht nur in der Region reden, als wir es heute tun. Der Libanon, Jordanien, die Türkei, der Irak und Ägypten gehören zu diesen Ländern; sie haben mehr als 3 Millionen Flüchtlinge aufgenommen. -Deshalb ist es gut, dass wir Ende Oktober die Syrien-Flüchtlingskonferenz veranstaltet haben. Frank-Walter Steinmeier hat zusammen mit Entwicklungsminister Müller für die Zeit bis 2017 500 Millionen Euro zusätzlich für humanitäre Hilfe versprochen. Gestern kam die Meldung – das wurde heute auch schon gesagt –, dass weitere 40 Millionen Euro für diesen Winter zur Verfügung gestellt werden.

Frank-Walter Steinmeier hat auch recht, wenn er sagt, dass wir uns eine verlorene Generation syrischer Kinder und Jugendlicher nicht leisten dürfen; denn dort, wo einer ganzen Generation eine Perspektive genommen wird, wird es auch nach dem Krieg nicht möglich sein, politische Stabilität zu erreichen.

Bei allem, was wir uns im Bund vornehmen, ist aber eines klar – das dürfen wir nicht vergessen; es kommt im Antrag an keiner Stelle vor –: Eine gute Flüchtlingspolitik ist nur zusammen mit den Kommunen möglich. Am Ende sind es die Kommunen, die winterfeste und menschenwürdige Unterbringungsmöglichkeiten bereitstellen müssen. Am Ende sind es die Kommunen, in denen sich entscheidet, ob Integrationsgeschichten Erfolgsgeschichten werden.

Dabei müssen wir uns eines eingestehen: Die Menschen, die aus

Syrien und dem Irak zu uns kommen, werden nicht heute und nicht morgen in ihre Heimat zurückkehren können; diese Menschen werden bleiben. Die Flüchtlinge von heute sind unsere Nachbarn, Kollegen, Freunde und Mitbürger von morgen.

Viele Menschen werden bleiben, und es ist gut, dass sie bleiben, nicht nur, weil wir gut ausgebildete Arbeitskräfte dringend brauchen, um dem demografischen Wandel zu begegnen, sondern auch, weil wir ihnen hier etwas bieten können, was für uns so selbstverständlich ist, was aber bei den Menschen aus Syrien und dem Irak ständig bedroht war: Schutz und -Sicherheit und ein funktionierender Rechtsstaat. Ich möchte, dass Flüchtlingsgeschichten Erfolgsgeschichten werden – Erfolgsgeschichten einer Integration, von der, wie ich überzeugt bin, alle profitieren werden.

Die zweite und nicht minder wichtige Bedingung für eine gute Flüchtlingspolitik ist die Akzeptanz und das Verständnis der Menschen in unserem Land. Da erlebe ich an ganz vielen Stellen eine unglaublich stark ausgeprägte Bereitschaft, zu helfen und solidarisch zu sein. Egal ob es um Spenden, um Hausaufgabenbetreuung, um Sprachunterricht oder auch einfach um Zuhören geht: Das, was viele Menschen gerade an vielen Orten in Deutschland ehrenamtlich leisten, verdient Respekt, Anerkennung und vor allem ein ganz großes Dankeschön.

Die Kinder der 3. Klasse in meinem Wahlkreis wissen vielleicht nicht so genau, warum es diesen Krieg in Syrien eigentlich gibt und was Menschen antreibt, anderen Menschen Gewalt anzutun. Sie haben aber sehr wohl verstanden, dass wir denen, die zu uns kommen, um das eigene Leben zu -retten, alle Hilfe und Unterstützung zukommen lassen sollten, die wir zu leisten imstande sind. Deshalb dürfen wir in unserer Unterstützung nicht nachlassen – nicht weil das der Anspruch ist, den andere an uns haben, sondern weil das der Anspruch sein muss, den wir als Menschen an uns selbst haben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem: Franziska Brantner (B90/Grüne), Andrea Lindholz (CDU/CSU), Rüdiger Veit (SPD), Erika Steinbach (CDU/CSU) und Martin Patzelt (CDU/CSU).



Flüchtlinge campieren Anfang Mai 2014 nahe der spanischen Exklave Melilla in Marokko.

© dpa

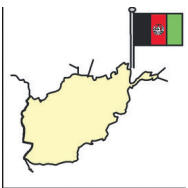
leicht
erklärt!

Afghanistan

Neue Aufgaben Bundes-Wehr



Afghanistan



Afghanistan ist ein Land in Asien.

Es ist doppelt so groß wie Deutschland.

Dort leben etwa 32 Millionen Menschen.

Die Haupt-Stadt ist Kabul.

Kabul ist die größte Stadt von Afghanistan.



Es gibt immer viele Kämpfe und Terroranschläge.

Das heißt:

Es gibt Menschen, die mit Gewalt Schrecken verbreiten.

Diese nennt man Terroristen.



Sie wollen, dass zum Beispiel die Regierung das tut, was sie sagen.

Wenn die Regierung das nicht macht, gibt es Terroranschläge.



Das heißt:

Die Terroristen machen etwas kaputt. Sie zerstören Plätze, wo sich viele Menschen aufhalten.

Terroristen wollen, dass durch die Anschläge viele Menschen sterben.

Von 1995 bis 2001 regierten die Taliban Afghanistan.

Die Taliban regierten nach streng islamischen Regeln.



Seit 2014 gibt es einen neuen Präsidenten.

Dieser heißt: Aschraf Ghani.



Afghanistan ist ein sehr armes Land. Eines der ärmsten Länder auf der Welt.

Den Menschen dort geht es sehr schlecht.

Weil es dort seit über 30 Jahren keinen Frieden mehr gibt.



Das heißt:

Alle Menschen in Afghanistan mussten das tun, was die Taliban wollten.

Zum Beispiel:

- Männer mussten einen Bart tragen.
- Es durfte niemand Musik hören,
- Sport machen,
- oder Fernsehen schauen.
- Mädchen durften nicht in die Schule.
- Frauen durften nicht arbeiten.
- Sie mussten eine Burka tragen.

Burka ist ein anderes Wort für:
Ganz-körper-schleier.

Sie ist ein großes Tuch, das über den ganzen Körper kommt.

Da wo die Augen sind, ist ein Netz zum raus schauen.

Krieg in Afghanistan



Die Taliban versteckten auch Terroristen aus einer Terroristen-Gruppe.

Diese Gruppe nennt man:
Al Kaida.

Al Kaida hat viele Terror-Anschläge gemacht.

Der Chef von Al Kaida hieß:
Osama bin Laden.

Sehr schlimm waren zum Beispiel:

Die Terror-Anschläge vom
11. September 2001.



Die Terroristen klauten Flugzeuge in der Luft.

Damit flogen sie in verschiedene wichtige Gebäude in Amerika.



Zum Beispiel:

- das World Trade Center und:
- das Pentagon.

Das World Trade Center waren zwei hohe Gebäude.

Sie waren über 400 Meter hoch.
Viele Menschen arbeiteten dort.

Dort flogen die Terroristen hinein.
Über 3 000 Menschen starben dabei.

Auch im Pentagon starben viele Menschen.

Das Pentagon ist das Verteidigungs-Ministerium der USA.

Es ist dafür zuständig, dass das Land im Frieden und Krieg von der Armee geschützt wird.

Durch den Anschlag kam es in Afghanistan zum Krieg.

Denn: Die USA und andere Länder haben wegen den Anschlägen Afghanistan angegriffen.



Die Soldaten haben viele Terroristen fest-genommen.

Dadurch konnten die Taliban nicht mehr regieren.

Und die Menschen in Afghanistan durften wieder freier leben.

Viele Länder haben Soldaten nach Afghanistan geschickt.
Alle sollten helfen.



Auch Deutschland hat Soldaten nach Afghanistan gebracht.

Die Soldaten sind Teil der Bundes-Wehr.

Die Bundes-Wehr ist eine Freiwilligen-Armee.



Das bedeutet:
Die Männer und Frauen bei der Bundes-Wehr arbeiten freiwillig für Deutschland.

Sie arbeiten zum Beispiel als Soldaten.

Und das im In- und Ausland.
Im Ausland sind die Soldaten in verschiedenen Ländern.

Die meisten Soldaten sind zur Zeit in Afghanistan. Sie passen auf, dass keine Terroristen mehr in das Land kommen.



Diese Soldaten nennt man dort ISAF.

Sie sollen noch bis Ende des Jahres 2014 in Afghanistan bleiben.
Auch helfen sie, das Land wieder aufzubauen.

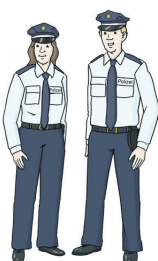
Denn: Der Krieg hat viel kaputt gemacht.



- Die Soldaten bauen wieder Häuser auf.
- versorgen die Menschen mit Essen, Trinken und Medikamenten.

Neue Aufgaben für die Bundes-Wehr in Afghanistan

Im neuen Jahr sollen die deutschen Soldaten in Afghanistan viele neue Aufgaben haben:



Die deutschen Soldaten sollen den afghanischen Soldaten und der Polizei zum Beispiel zeigen:

Wie man das Land besser schützt.

Die Soldaten sollen darauf aufpassen, welche Flugzeuge in der Luft fliegen.

Denn: Es dürfen nicht alle Flugzeuge in Afghanistan landen.



Weil sonst wieder Terroristen in das Land kommen könnten.

Die Soldaten schauen, dass die Streit-Kräfte auf einem Flughafen in Afghanistan landen können.

Ein Flughafen dort heißt:
Mazar-e Sharif.

Dort sollen auch Kranke und verletzte Menschen nach Hause fliegen können.



Eine andere Aufgabe der Bundes-Wehr ist auch:
Die afghanischen Soldaten so auszubilden, dass die deutschen Soldaten wieder nach Hause gehen können.

Viele deutsche Soldaten arbeiten im Norden von Afghanistan.

Die Bundes-Wehr soll das bis zum 31. Dezember 2015 machen.



Darüber hat der Bundes-Tag entschieden.

Bei diesen Aufgaben sollen fast 850 Soldaten und Soldatinnen mitmachen.



Die Arbeit der Bundes-Wehr in Afghanistan kostet Geld:

Es kostet 282 Millionen Euro.



Die Deutschen Soldaten sind nicht alleine in Afghanistan.

Insgesamt werden 12000 Soldaten aus über 20 Ländern in Afghanistan sein.

Diese Länder gehören zur NATO oder sind Verbündete.



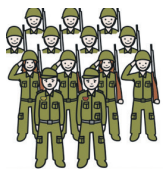
Nato ist eine englische Abkürzung für: North Atlantic Treaty Organization.

Auf Deutsch sagt man dazu: „Nord-Atlantik-Pakt“.

Das sind Staaten, die sich gegenseitig militärisch helfen, wenn sie Probleme bekommen.

Oder: Die zusammen in Länder wie Afghanistan gehen, damit sie dort den Menschen helfen.

Die Bundes-Wehr



Seit 1955 gibt es die Bundes-Wehr.

Bei der Bundes-Wehr arbeiten verschiedene Soldaten.

Bei der Bundes-Wehr gibt es zum Beispiel:

- Berufs-Soldaten
- Zeit-Soldaten
- Freiwillige Wehr-Dienst-Leistende.

Berufs-Soldaten: Arbeiten als Soldat.



Zeit-Soldaten: Sind nur ein paar Jahre bei der Bundes-Wehr.

Freiwillige Wehr-Dienst-Leistende: Arbeiten nur eine sehr kurze Zeit bei der Bundes-Wehr.

In Afghanistan dürfen alle Soldaten teilnehmen.

Es ist also egal, ob sie:

- Berufs-Soldat
- Zeit-Soldat
- Freiwillige Wehr-Dienst-Leistende sind.



Die Bundes-Wehr hat auch eine Chefin.

Sie heißt: Ursula von der Leyen.

Sie ist die Bundes-Ministerin der Verteidigung. Und das seit Dezember 2013.

Ursula von der Leyen darf aber nicht alleine entscheiden, ob die Bundes-Wehr in das Ausland soll.

Auch die Bundes-Regierung darf das nicht.



Die Regierung muss erst den Bundes-Tag fragen.

Den Bundes-Tag nennt man auch: Parlament.

Im Parlament stimmen die Politiker ab. Die Mehrheit muss Ja-sagen.

Erst dann darf die Bundes-Wehr ins Ausland.

Weitere Informationen in leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in leichte Sprache übersetzt von:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Die Bilder sind von Stefan Albers, Atelier Fleetinsel, 2013 ©Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Bremen e.V. und:

Picto Selector

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 50/2014